

WIFO

1030 WIEN, ARSENAL, OBJEKT 20
TEL. 798 26 01 • FAX 798 93 86

 **ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

**Strukturveränderungen als Folge
demographischer Veränderungen**

Ulrike Famira-Mühlberger, Christine Mayrhuber

Wissenschaftliche Assistenz: Stefan Fuchs, Anna Albert

Dezember 2015



Strukturveränderungen als Folge demographischer Veränderungen

Ulrike Famira-Mühlberger, Christine Mayrhuber

Dezember 2015

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Im Auftrag des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger

Wissenschaftliche Assistenz: Stefan Fuchs, Anna Albert

Inhalt

Wie die Analyse der demographischen Veränderungen der Erwerbsbevölkerung in Österreich zeigt, wird die Beschäftigungsdynamik stärker von der Wirtschaftsdynamik als von der demographischen Struktur beeinflusst. Die stärkste Rückwirkung der demographischen Veränderungen findet sich im Pflegebereich: Sowohl die Aufwendungen als auch die Beschäftigtenzahlen steigen künftig deutlich.

Rückfragen: Ulrike.Famira-Muehlberger@wifo.ac.at, Christine.Mayrhuber@wifo.ac.at

2015/441/A/WIFO-Projektnummer: 9211

© 2015 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Inhaltsverzeichnis

Key Findings	1
Einleitung	4
1. Wirkungszusammenhänge zwischen demographischen Veränderungen und wirtschaftlicher Entwicklung	6
1.1. Wirkungen auf das Arbeitsangebot	7
1.2. Wirkungen auf die Arbeitsproduktivität	8
1.2.1. Individuelle Leistungsfähigkeit	9
1.2.2. Produktivität der Betriebe	10
1.2.3. Gesamtwirtschaftliche Produktivität	11
1.3. Wirkungen auf die Konsumnachfrage	13
1.3.1. Private Konsumnachfrage	14
1.3.2. Öffentliche Konsumnachfrage	17
2. Demographische Rahmenbedingungen	19
2.1. Altersstruktur der Bevölkerung im europäischen Vergleich	19
2.2. Österreichs Erwerbsbevölkerung im europäischen Vergleich	21
2.3. Demographische Entwicklungen in Österreich in den kommenden Jahrzehnten	23
2.3.1. Sinkende Erwerbsbevölkerung in Österreich	25
2.3.2. Zukünftige Entwicklung der Erwerbsbevölkerung in den Bundesländern	27
3. Strukturveränderungen am Arbeitsmarkt	30
3.1. Altersstruktur der unselbständig Beschäftigten	30
3.2. Altersstruktur selbständig Erwerbstätiger	34
3.3. Entwicklungen in ausgewählten Wirtschaftsbereichen	41
3.4. Auswirkungen der demographischen Veränderungen auf die Arbeitslosenquote	44
3.5. Wandel in der Bildungs- und Berufsstruktur	45
3.6. Zukünftige Entwicklung der Erwerbsbeteiligung in Österreich - Zusammenschau	46
4. Auswirkungen demographischer Verschiebungen im Pflegebereich	50
4.1. Zukünftige Entwicklung des Finanzierungsaufwands für Pflegedienstleistungen	51
4.1.1. Methodik	53
4.1.2. Projektionsergebnisse der öffentlichen Aufwände 2012 bis 2075 auf der Basis demographischer Entwicklungen	54
4.2. Pflegebereich und Beschäftigung	59
4.2.1. Unselbständig Beschäftigte im Pflegebereich	60
4.2.2. Selbständig Beschäftigte im Pflegebereich	62
4.2.3. Zusammenschau	63
4.3. Entwicklung der Beschäftigtenzahlen bis 2075	64
4.3.1. Anhaltspunkte zur Pflegebedarfsentwicklung	64
4.3.1. Pflegebedarf als Determinante der Beschäftigungsentwicklung	65
4.4. Zusammenfassung	67

5. Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Ansatzpunkte	69
Literatur	77
Anhang	82

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Demographisch bedingte Veränderung des Produktivitätswachstums bis 2030	13
Abbildung 2:	Konsumausgaben der privaten Haushalte nach Altersgruppen, 2009/2010	16
Abbildung 3:	Differenz der Konsumausgaben 2009/2010: Haushalte mit Haushaltsvorständen Jahre und älter gegenüber jenen zwischen 30- bis 64-Jährigen	65 16
Abbildung 4:	Veränderung der Wohnbevölkerung (1960- 2013), der Fertilität (1990-2013) und der Restlebenserwartung im 60. Lebensjahr (1990-2013) - EU 28	20
Abbildung 5:	Bevölkerungswachstum und Fertilitätsentwicklung ausgewählter Länder zwischen 1960 und 2013 im Vergleich, 1960=100	21
Abbildung 6:	Altersstruktur der Bevölkerung (2014): EU-28 und Österreich im Vergleich	22
Abbildung 7:	Jährliche Veränderung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) in %	26
Abbildung 8:	Entwicklung der Erwerbsbevölkerung in 5-Jahreskohorten, 2013 bis 2075	27
Abbildung 9:	Veränderung der Zahl der Personen im Erwerbsalter (15 bis 64 Jahre) in den Bundesländern zwischen 2013 und 2075	28
Abbildung 10:	Entwicklung des Anteils der Personen im Erwerbsalter (15 bis 64 Jahre) an der Gesamtbevölkerung in den Bundesländern zwischen 2013 und 2075, sortiert nach den Ständen im Jahr 2035	29
Abbildung 11:	Durchschnittsalter unselbständig Beschäftigter nach sozialrechtlichem Status, 2013	32
Abbildung 12:	Durchschnittliche Altersstruktur unselbständig Beschäftigter nach sozialrechtlicher Stellung, 2013, Einzelbranchen sortiert nach dem Durchschnittsalter der Arbeiterinnen	33
Abbildung 13:	Verteilung der Selbständigen über die Wirtschaftsklassen, 2013, in % aller selbständig Beschäftigten	36
Abbildung 14:	Vergleich der Anteile unselbständig und selbständig Beschäftigter in den Wirtschaftsklassen, 2013	37
Abbildung 15:	Durchschnittsalter selbständig erwerbstätiger Frauen und Männer, 2013	39
Abbildung 16:	Vergleich des Durchschnittsalters von selbständig und unselbständig Erwerbstätigen, 2013	40
Abbildung 17:	Veränderung des Durchschnittsalters der unselbständig Erwerbstätigen zwischen 2008 und 2013	42
Abbildung 18:	Erwerbsquoten der Männer und Frauen nach Qualifikationsniveau, 2013	47
Abbildung 19:	Vergleich der Erwerbsquotenberechnungen bis zum Jahr 2070	48
Abbildung 20:	Demographische Entwicklung Österreich 2013-2075	52
Abbildung 21:	Projektion des Finanzaufwandes für Pflegedienstleistungen nach Bundesländern 2012-2075, 2012=100	57
Abbildung 22:	Projektion der Steigerungsraten der Nachfrage nach Pflegedienstleistungen nach Bundesländern und Österreich gesamt sowie der Entwicklung der Pflegegeldbezieherinnen und -bezieher Österreich gesamt 2012-2075, 2012=100	58
Abbildung 23:	Projektion der Anzahl der Pflegegeldbezieherinnen und -bezieher in Österreich 2012-2075, 2012=100	58

Übersichtenverzeichnis

Übersicht 1:	Schätzergebnisse für das Produktivitätswachstum in Österreich bis 2030	12
Übersicht 2:	Konsum- und Sparquote der Haushalte nach Altersgruppen, 2009/2010	15
Übersicht 3:	Durchschnittsalter der Erwerbsbevölkerung (15 bis 64 Jahre) im Bundesgebiet und den Bundesländern, 2013	23
Übersicht 4:	Vergleich der Bevölkerungsentwicklung in den zehn Prognosevarianten von Statistik Austria	24
Übersicht 5:	Demographische Entwicklung in Österreich 2013-2075	53
Übersicht 6:	Projektion des öffentlichen Aufwands für Pflegedienstleistungen Österreich 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung	56
Übersicht 7:	Projektion der Steigerungsraten der Nachfrage nach Pflegedienstleistungen und Pflegegeld in Österreich 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung	59
Übersicht 8:	Unselbständig Beschäftigte im Pflegebereich.	61
Übersicht 9:	Selbständig Beschäftigte im Pflegebereich.	63
Übersicht 10:	Projektion der Pflegedienstleistungen Österreich 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung	66
Übersicht 11:	Vorausberechnung der Pflegebeschäftigten in Relation zur Erwerbsbevölkerung	67

Anhang

Abbildungen

Abbildung A 1: Demographische Entwicklung Burgenland 2013-2075	82
Abbildung A 2: Demographische Entwicklung Kärnten 2013-2075	82
Abbildung A 3: Demographische Entwicklung Niederösterreich 2013-2075	83
Abbildung A 4: Demographische Entwicklung Oberösterreich 2013-2075	83
Abbildung A 5: Demographische Entwicklung Salzburg 2013-2075	84
Abbildung A 6: Demographische Entwicklung Steiermark 2013-2075	84
Abbildung A 7: Demographische Entwicklung Tirol 2013-2075	85
Abbildung A 8: Demographische Entwicklung Vorarlberg 2013-2075	85
Abbildung A 9: Demographische Entwicklung Wien 2013-2075	86

Übersichten

Übersicht A 1: Projektion des öffentlichen Aufwands für Pflegedienstleistungen Burgenland 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung	87
Übersicht A 2: Projektion des öffentlichen Aufwands für Pflegedienstleistungen Kärnten 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung	88
Übersicht A 3: Projektion des öffentlichen Aufwands für Pflegedienstleistungen Niederösterreich 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung	89
Übersicht A 4: Projektion des öffentlichen Aufwands für Pflegedienstleistungen Oberösterreich 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung	90
Übersicht A 5: Projektion des öffentlichen Aufwands für Pflegedienstleistungen Salzburg 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung	91
Übersicht A 6: Projektion des öffentlichen Aufwands für Pflegedienstleistungen Steiermark 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung	92
Übersicht A 7: Projektion des öffentlichen Aufwands für Pflegedienstleistungen Tirol 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung	93
Übersicht A 8: Projektion des öffentlichen Aufwands für Pflegedienstleistungen Vorarlberg 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung	94
Übersicht A 9: Projektion des öffentlichen Aufwands für Pflegedienstleistungen Wien 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung	94

Key Findings

- Art und Ausmaß der Wirkungen demographischer Veränderungen auf die Wirtschaft eines Landes sind vielschichtig, aber weder theoretisch noch empirisch eindeutig. Sie hängen sowohl von der Art und dem Ausmaß der demographischen Verschiebung als auch vom betrachteten (Wirtschafts-) Bereich wie vom Beobachtungszeitraum ab. Wächst die Erwerbsbevölkerung (15- bis 64) schneller als die Gesamtbevölkerung kann es positive Impulse, eine „demographische Dividende“ geben, wächst sie langsamer und stehen nicht ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung, kann das dämpfende Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung haben. Resultiert das Bevölkerungswachstum aus der Zunahme der Bevölkerung aus der Gruppe der 0- bis 14-Jährigen oder der über 65-Jährigen, entsteht ein höherer Ressourcenverbrauch (Bildungs-Gesundheitsausgaben, Altersausgaben) für diese Gruppen. Ob damit dämpfende oder nachfragestärkende Wirtschaftseffekte verbunden sind, hängt von den konkreten wirtschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen ab.
- Gemäß der Bevölkerungsprojektion von Statistik Austria aus dem Jahr 2014, sinkt zwischen 2022 und 2037 die Zahl der Menschen im Erwerbsalter. Die mittel- und langfristige Verknappung des Arbeitskräfteangebots könnte eine Wachstumsbremse bedeuten. Kurz- und mittelfristig ist das Arbeitskräftepotential nicht ausgeschöpft, konjunkturelle Faktoren bestimmen gegenwärtig stärker die Arbeitsmarktlage in Österreich als die demographische Struktur der Erwerbsbevölkerung.
- Empirische Befunde für Österreich zeigen einen positiven Einfluss der Bildungsbeteiligung auf die Erwerbsbeteiligung: Bei den Höherqualifizierten ist ein größerer Anteil erwerbstätig als bei den Geringqualifizierten. Im Jahr 2030 werden die über 45-Jährigen deutlich besser qualifiziert sein als sie es heute sind. Damit wirken zwei unterschiedliche Kräfte auf die zukünftige Arbeitsmarktentwicklung und Erwerbsbeteiligung: Die rückläufige Zahl an Personen im Erwerbsalter trifft auf eine steigende Erwerbsneigung durch die Höherqualifizierung der Bevölkerung. Bildung kann damit demographische Verschiebungen in der Gruppe der 15- bis 64-Jährigen kompensieren helfen.
- Bezogen sowohl auf die Gesamtbevölkerung als auch auf die Erwerbsbevölkerung im Alter von 15- bis 64 Jahren, zählt Österreich nicht wie Irland und Zypern zu den besonders „jungen“ noch – so wie Deutschland und Italien - zu den besonders „alten“ Ländern in der Europäischen Union. Das Durchschnittsalter der Erwerbsbevölkerung lag 2014 mit 41,1 Jahren knapp unter

dem EU-28 Durchschnitt von 41,3 Jahren. In den Bundesländern Burgenland, Kärnten und Niederösterreich ist die Erwerbsbevölkerung älter, in Tirol, Vorarlberg und Wien jünger als im Österreichschnitt, die restlichen Bundesländer entsprechen dem Gesamtdurchschnitt.

- Die Altersgruppe der 45- bis 49-Jährigen ist gegenwärtig mit 12,5% die am stärksten besetzte Altersgruppe in Österreich, gefolgt von der Gruppe der 50- bis 54-Jährigen mit 11,6%, sowie die der 40- bis 44-Jährigen mit 11,2%. Bei einer Gleichverteilung wären es jeweils 10%. Auch die Erwerbstätigen häufen sich in der Gruppe der 45- bis 49-Jährigen, hier waren 2013 14,8% aller Unselbständigen und 19,1% aller Selbständigen eingereicht. Diese stark besetzten Altersgruppen der 45- bis 49 bzw. der 50- bis 54-Jährigen bedeuten in den kommenden ein bis zwei Jahrzehnten eine entsprechende Zunahme älterer Erwerbstätiger. In diesen Zeitraum fällt auch der vorausberechnete Rückgang der österreichischen Erwerbsbevölkerung, der ab dem Jahr 2022 beginnen sollte. Die Zunahme älterer Erwerbspersonen bei gleichzeitigem Rückgang der Menschen im Erwerbsalter definiert den Rahmen für eine mittelfristige Personalplanung auf betrieblicher Seite.
- Während Männer gegenüber Frauen, selbständig gegenüber unselbständig Erwerbstätige, Angestellte gegenüber Arbeiterinnen und Arbeitern im Schnitt ein höheres Durchschnittsalter haben, variiert auch die Altersstruktur zwischen den Wirtschaftsbranchen erheblich. Im Schnitt sind die Beschäftigten in den relativ kleinen Wirtschaftsklasse des Grundstücks- und Wohnungswesen (42,3 Jahre), Energieversorgung (40,8 Jahre) sowie in der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung (40,6 Jahre) mit knapp 13% aller unselbständig Beschäftigten am ältesten. In diesen Bereichen ist zuerst mit einem großen, altersbedingten Personalumschlag zu rechnen. Am anderen Ende ist im Gastgewerbe/Beherbergung und im Bereich der Erbringung sonstiger Dienstleistungen das Alter der dort unselbständig Beschäftigten mit 34,4 bzw. 36,5 Jahren am niedrigsten, womit hier die bevorstehenden demographischen Verschiebungen - im Gegensatz zu den erstgenannten Wirtschaftsbereichen - weniger zum Tragen kommen werden.
- Die Dynamik von schrumpfenden und wachsenden Wirtschaftsbranchen beeinflusst die Beschäftigungssituation in Österreich: Der Rückgang der Beschäftigung im Sachgüterbereich und die gegenwärtig schwache Beschäftigungsdynamik im Dienstleistungsbereich erhöht die Arbeitslosigkeit, eine Entwicklung die vom demographisch bedingten steigenden Arbeitskräfteangebot mittelfristig anhalten wird.

- Langfristig wirken demographische Veränderungen im Gesundheits- und vor allem im Pflegebereich in zweifache Weise: Die rückläufige Zahl an Personen im Erwerbsalter ab Mitte der 2020er Jahre reduziert das Potential an Pflegekräften, sowohl für die formelle als auch für die informelle Pflege. Gleichzeitig erhöhte die steigende Anzahl an Hochbetagten die Nachfrage nach Pflegedienstleistungen. Die Zahl der Fälle der Inanspruchnahme von Pflegedienstleistungen, wird demographiebedingt bis 2040 um 83% und bis 2070 um 152% zunehmen.
- Gegenwärtig rund 3,2% der Erwerbstätigen im Pflegebereich beschäftigt, das entspricht 2,2% der Bevölkerung im Erwerbsalter zwischen 15- bis 64 Jahren. Auf Basis der projizierten Zunahme der Nachfrage nach Pflegedienstleistungen unter der Annahme eines konstanten Pflegeschlüssels (damit würde das bestehende Marktgleichgewicht mit einem Nachfrageüberhang im Pflegesektor fortgeschrieben), würden 2030 3,3% und 2070 5,6% der Bevölkerung im Erwerbsalter im Pflegebereich beschäftigt sein.

Einleitung

Demographische Verschiebungen sind so alt wie die Menschheitsgeschichte. In Europa wechselten sich die wirtschaftlichen Probleme des seuchen- und kriegsbedingten dramatischen Rückgangs der Bevölkerung in den vergangenen Jahrhunderten¹⁾ mit den Folgewirkungen des raschen Bevölkerungswachstums im 19. Jahrhundert ab²⁾. Jetzt ist die Politik mit einer stagnierenden Bevölkerungszahl, einer sinkenden Zahl der Personen im Erwerbsalter und einer steigenden Lebenserwartung konfrontiert.

Demographische Entwicklungen in der Zukunft sind für politische Maßnahmen der Gegenwart von entscheidender Bedeutung. Fragen der Alterssicherung stehen im Zusammenhang mit der demographischen Alterung schon länger im Mittelpunkt von Forschung und Politik. Die Europäische Kommission modelliert regelmäßig die finanziellen Entwicklungen im Bereich der Altersausgaben, Pflegeaufwendungen und Gesundheitsleistungen (vgl. *European Commission*, 2012, 2015). Die mit den demographischen Verschiebungen zusammenhängenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt fanden erst in jüngster Zeit Eingang in die Forschung und in die Politik. Die vorliegende Arbeit bietet einen Überblick über die unterschiedlichen Auswirkungen, die sich in Zukunft in Österreich durch die demographische Veränderung der österreichischen Erwerbsbevölkerung ergeben werden. Der Focus der demographischen Veränderung liegt dabei auf der Altersgruppe der jetzt 40- bis 50-Jährigen. Das hervorstechende dieser Altersgruppe ist, dass sie stärker besetzt ist als die anderen Alterskohorten und sie eine sehr hohe Erwerbsneigung hat.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit stehen die Veränderungsprozesse, die auf Grundlage der Bevölkerungsprojektionen in Österreich absehbar sind. Im ersten Abschnitt wird gezeigt, welche Auswirkungen demographische Veränderungen auf die Wirtschaft haben können. Konkret sind die möglichen Effekte auf das Arbeitskräfteangebot, auf die Produktivitätsentwicklung und auf die Konsumnachfrage skizziert. Im zweiten Abschnitt ist die Größe der demographischen Veränderungen dargestellt. Es wird gezeigt, dass die demographischen Verschiebungen innerhalb der Bevölkerung im Erwerbsalter in Österreich größer sind als in den meisten Ländern der Europäischen Union. Nur wenige Länder zeigen eine der österreichischen vergleichbaren Besetzungszahlen der betrachteten Alterskohorten. Die Arbeitsmarktentwicklung in den kommenden Jahrzehnten steht im Mittelpunkt des dritten Abschnitts. Es wird aufgezeigt, in welchen Branchen die Beschäftigten ein durchschnittlich hohes Alter haben und wo der Erwerbsaustritt der geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre zuerst stattfinden wird. Die unmittelbaren Folgewirkungen der Erwerbsaustritte der geburtenstarken Jahrgänge sind eine (1) Reduktion des Arbeitskräfteangebots, der

¹⁾ Während des Dreißigjährigen Krieges reduzierte sich die Bevölkerung in Süddeutschland auf ein Drittel.

²⁾ Zwischen 1810 und 1910 verdreifachte sich die europäische Bevölkerung. Die steigende Verelendung der Bevölkerungsmehrheit wurde dabei mit dem zu raschen Bevölkerungswachstum gerechtfertigt. Der anglikanische Geistliche und Nationalökonom Robert Malthus (1766-1834) forderte daraufhin sittliche Enthaltbarkeit und ein an das Angebot an Lebensmitteln angepasstes Bevölkerungswachstum, nicht aber Maßnahmen, die eine Steigerung dieses Angebotes an Lebensgrundlagen forcierten.

(2) Wegfall von Humankapital und (3) Veränderungen für das Pflegesystem in Österreich, da sowohl die Pflegenachfrage als auch Pflegeangebote sich verändern werden. Im vierten Abschnitt finden sich daher Projektionen zum Pflegebereich bis zum Jahr 2075. Hier werden auf Grundlage der jüngsten Bevölkerungsprognose von Statistik Austria aus dem November 2014 mögliche Szenarien erarbeitet, welche die voraussichtliche Pflegesituation der geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre darstellen. Auch die zukünftige Nachfrage nach Pflegebeschäftigten bis 2060 wird angenähert. Abschließend wird die Notwendigkeit umfassender institutioneller Änderungen zur Bewältigung der demographischen Veränderungen skizziert.

1. Wirkungszusammenhänge zwischen demographischen Veränderungen und wirtschaftlicher Entwicklung

Strukturelle demographische Verschiebungen haben vielschichtige Auswirkungen auf wirtschaftliche, soziale aber auch auf politische Gegebenheiten. Makroökonomisch gesehen stellt sich die Frage, wie zukünftige demographische Verschiebungen den Wohlstand der Nationen beeinflussen: Welche Länder werden wirtschaftlich von den Veränderungen profitieren bzw. welche Länder werden verlieren, und welche Rolle kann die Politik hier übernehmen (Börsch-Supan, 2008) Die EinwohnerInnenzahl ist in keinem Land der Erde konstant und der Trend zum steigenden Durchschnittsalter ist besonders in Japan und Deutschland (Italien) weit fortgeschritten und bereits in Österreich deutlich zu sehen.

Insgesamt gibt es in der ökonomischen Disziplin eine lange historische Auseinandersetzung mit den Auswirkungen demographischer Veränderungen, beginnend im 18. Jahrhundert mit Thomas Malthus. Das Bevölkerungswachstum sollte in seinem Ansatz zu einem Ende kommen, da die Knappheit der ökonomischen Ressourcen zu Hungersnöten führen und die Bevölkerung sich wieder auf das Niveau einpendeln würde, da sie nur mit den gegebenen Ressourcen ernährt werden kann (Malthus, 1798). Im vergangenen Jahrhundert wurde das starke Bevölkerungswachstum nach dem 2. Weltkrieg als „Bombe“ rezipiert (Ehrlich, 1968). Selbst die Vereinten Nationen sprachen in den 1970er Jahren vom negativen Nettoeffekt des Bevölkerungswachstums (UN, 1973). In Europa wird gegenwärtig die Strukturveränderung der Bevölkerungszusammensetzung vor dem Hintergrund der Finanzierung der Alterssicherungssysteme thematisiert: Der wachsende Anteil der Personen im Alter von über 65 Jahren erfordert ceteris paribus mehr Ressourcen für diese Gruppe. Gleichzeitig beginnt die Zahl der Erwerbsbevölkerung zu sinken, wie beispielsweise in Deutschland. *“Population and labour force ageing in particular, accompanied by a shrinking of the work force, raise concerns about future economic growth”* (European Commission, 2014, S. 8). Eine Korrelation zwischen Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum zeigte sich statistisch als nicht signifikant, besonders bei Berücksichtigung weiterer Faktoren wie der Außenhandelsverflechtung eines Landes, der Qualifikationsstruktur der Bevölkerung, den institutionellen Rahmenbedingungen etc.

Die Effekte demographischer Veränderungen auf die wirtschaftliche Entwicklung kommen über vielschichtige Wirkungsketten zu Stande. Diese Wirkungsketten sind in den unterschiedlichen theoretischen Ansätzen nicht einheitlich. Insgesamt können die theoretischen Arbeiten zum Thema in drei ökonomische Zugänge zusammengefasst werden: Das Bevölkerungswachstum (1) verringert bzw. (2) erhöht das Wirtschaftswachstum oder ist (3) unabhängig davon. Nachfolgend werden die möglichen Transformationsprozesse demographischer Verschiebungen auf die Wirtschaft dargestellt. Die nacheinander dargestellten Effekte finden in der Regel simultan statt.

1.1. Wirkungen auf das Arbeitsangebot

Der demographische Wandel hat Auswirkungen auf den ökonomischen Wohlstand, der traditionellerweise als Bruttoinlandsprodukt pro Kopf gemessen wird. Das neoklassische Wachstumsmodell konstatiert einen negativen Zusammenhang zwischen Bevölkerung und Wirtschaftswachstum: Ein Bevölkerungsrückgang erhöht bei gleichbleibender Ersparnisbildung das BIP pro Kopf, beim Bevölkerungswachstum und gleichbleibender Kapitalintensität sinkt der Output pro Kopf (Solow-Swan-Modell). Hier steht die Bevölkerungsveränderung im Mittelpunkt. Die Zunahme der Kinderanzahl und die Zunahme der Bevölkerung im Erwerbsalter haben in diesem Ansatz dieselben Folgewirkungen. Für die wirtschaftliche Entwicklung spielt aber in erster Linie die Größe der Erwerbsbevölkerung (Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren), also die Veränderung der Bevölkerungsstruktur und weniger die Entwicklung der Gesamtbevölkerung eine entscheidende Rolle (Bloom – Canning, 2001, Bloom – Canning – Sevilla, 2001). Bei einer statischen Betrachtung führt eine schrumpfende Erwerbsbevölkerung durch die Arbeitskräfteverknappung zu geringeren Produktionskapazitäten. Im traditionellen ökonomischen Zugang wird angenommen, dass das Beschäftigungsniveau vom Arbeitskräfteangebot bestimmt ist. Projektionen zur zukünftigen Wirtschaftsentwicklung sind daher von demographischen Projektionen getrieben, ein Rückgang in der Erwerbsbevölkerung schlägt sich direkt auf das wirtschaftliche Potential nieder (beispielsweise Kaniovski et al. 2014, European Commission, 2014 etc.).

Die Wirkungsketten demographischer Veränderungen variieren also in Abhängigkeit davon, welche Bevölkerungsgruppen sich verändern: Wächst die Erwerbsbevölkerung schneller als die Gesamtbevölkerung gibt es positive Impulse, also eine „demographische Dividende“ (Bloom – Canning – Sevilla, 2001). Die steigende Zahl der potentiellen Arbeitskräfte stimuliert das Wirtschaftswachstum. Stehen nicht ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung, dämpft dies das Wirtschaftswachstum. Gibt es eine Zunahme der Bevölkerung der 0- bis 14-Jährigen oder der über 65-Jährigen, braucht es mehr ökonomische Ressourcen für diese Gruppen und ein dämpfender Wachstumseffekt kann daraus resultieren. Neuere Arbeiten fokussieren daher weniger das Bevölkerungswachstum insgesamt sondern mehr auf die Veränderung in der Alterszusammensetzung der Bevölkerung.

Aus individueller Sicht steht weniger das Wirtschaftswachstum als solches sondern vielmehr das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und hier wiederum das individuell verfügbare Einkommen im Mittelpunkt des Interesses. Nicht nur die Zahl der Erwerbspersonen sondern auch die jeweiligen Einkommensperspektiven und Lebenslagen gestalten Form und Ausmaß des individuellen Arbeitskräfteangebots (Freeman, 2005, Blundell – Bozio – Laronque, 2011). Daneben wirken auch sozialrechtliche Rahmenbedingungen auf die Arbeitsmarktteilnahme (Famira et al, 2015). Ländervergleiche zeigen große Unterschiede in der Arbeitsmarktpartizipation (gemessen an den Erwerbsquoten) trotz vergleichbarer Höhen des Indikators BIP pro Kopf. Darüber hinaus schwankt das Arbeitskräfteangebot sowohl zwischen Frauen und Männer als auch zwischen den Altersgruppen: In Österreich schwankte 2014 die Arbeitsmarktteilnahme von 97,5% bis 28,3% zwischen den 35- bis 39-jährigen und 60- bis 64-

jährigen Männern. Auch die Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen streute zwischen 87,7% bei den 45- bis 50 und 56,4% bei den 55- bis 59-Jährigen.

Obwohl die Bevölkerungsprojektion³⁾ von EUROSTAT für die Länder der Union (EU-28) bis zum Jahr 2030 von einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung um 5% bzw. bis 2050 um 11% ausgeht, ist kurz und mittelfristig das Arbeitskräftepotential nicht ausgeschöpft. Dies zeigt sich in Form der hohen und teilweise steigenden Arbeitslosigkeit (*European Union, 2013, Eurostat, 2015*) in einigen Ländern. In Deutschland ist die Erwerbsbevölkerung bereits rückläufig, die Arbeitslosenzahlen sinken in der jüngeren Vergangenheit kontinuierlich.

Gegenwärtig trifft das Arbeitskräfteangebot in den meisten Ländern auf eine schwache Arbeitskräftenachfrage. In dieser Situation impliziert eine weitere Erhöhung des Arbeitskräfteangebots kurzfristig gesehen andere wirtschaftliche Effekte (beispielsweise steigende Arbeitslosenquote) als bei einer mittel- oder langfristigen Betrachtung. Insgesamt entscheidet damit der jeweilige **Betrachtungszeitraum** über die beobachtbaren Auswirkungen demographischer Verschiebungen auf die wirtschaftliche Lage. Allen voran steht die prognostizierte Schrumpfung der Erwerbsbevölkerung in Europa in den kommenden Jahrzehnten im Widerspruch zur gegenwärtigen Unterauslastung des Arbeitskräftepotentials.

Damit es auch beim vorhergesagten Rückgang der Erwerbsbevölkerung und einer möglichen Arbeitskräfteverknappung zu keinem dämpfenden Effekt auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit kommt, stehen verschiedene Hebel zu Verfügung: Eine Handlungsoption ist die Aktivierung von bislang nicht Erwerbstätiger (gesundheitlich Eingeschränkter, Ältere etc.). Weiters eignet sich technologischer Fortschritt zur Kompensierung eines rückläufigen Arbeitskräfteangebot. Dazu bräuchte es eine kontinuierliche Weiterqualifizierung der Arbeitskräfte. Kommen durch die demographischen Verschiebungen weniger junge Erwerbspersonen die im (Aus)Bildungssystem mit den jüngsten (technologischen) Entwicklungen konfrontiert waren nach, verändert sich die Qualifikationsstruktur (das Humankapital). Jüngere sind jedoch meist besser ausgebildet als Ältere, mit steigendem Alter nehmen Erträge von Investitionen ins Humankapital (Weiterbildung) ab (*Carone – Salomöki, 2005*). Sofern es nicht gelingt, neue Technologien und Fertigkeiten durch systematische Weiterbildungsangebote der Erwerbsbevölkerung zugänglich zu machen, könnte ein bremsender Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung ausgehen, die ökonomische Wohlfahrt würde verringert.

1.2. Wirkungen auf die Arbeitsproduktivität

Strukturelle Veränderungen in der Zusammensetzung der Erwerbsbevölkerung wirken nicht nur auf das Arbeitskräfteangebot sondern auch auf die Arbeitsproduktivität. Aus ökonomischer Sicht ist die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität definiert als Bruttoinlandsprodukt je Arbeitseinsatz, meist je Beschäftigten. Neben der gesamtwirtschaftlichen Produktivität kann diese auch entlang von Branchen oder Unternehmen ermittelt werden. Der Kapitaleinsatz bleibt im Konzept der Arbeitsproduktivität unberücksichtigt, das BIP wird hierbei nur dem

³⁾ EUROPOP 2013, Hauptszenario, <http://ec.europa.eu/eurostat/data/database>, [proj_13nmps].

Produktionsfaktor Arbeit gegenübergestellt. Die Kapitalproduktivität erfordert genaue Angaben über den eingesetzten Kapitalstock (Maschinen, Gebäude, Infrastruktur etc.), deren Erfassung und Bewertung einen aufwendigen Vorgang darstellt. Da der Arbeitseinsatz (Personen, Arbeitsstunden) einfacher zu messen ist, findet die so definierte Arbeitsproduktivität häufiger Anwendung. Im Prinzip handelt es sich beim Indikator Arbeitsproduktivität um eine Teilproduktivität. Eine steigende Arbeitsproduktivität resultiert daher nicht notwendigerweise aus einem effizienten Arbeitseinsatz, sondern aus einem effizienten Einsatz aller Produktionsfaktoren oder einer verbesserten Kombination beider Produktionsfaktoren.

Bevor jedoch mögliche Wirkungskanäle demographischer Veränderungen auf die Arbeitsproduktivität diskutiert werden, muss der Blickwinkel dafür definiert werden. Die individuelle Produktivität ist sowohl vom persönlichen Arbeitsplatz als auch von den individuellen Merkmalen (Bildung, Alter etc.) bestimmt. Produktivität lässt sich aus ökonomischer Sicht damit weniger als individuelles Messkonzept sondern vielmehr als firmenspezifisches, branchenspezifisches oder gesamtwirtschaftliches Konzept bestimmen.

Mayerhofer et al. (2010) zeigen ebenso wie Boersch-Supan et al. (2006) in ihren Arbeiten, dass die empirischen Befunde zur individuellen und zur firmenspezifischen Produktivitätsveränderung im Zuge einer allgemeinen Alterung des Erwerbspotentials nicht eindeutig sind: Alterseffekte werden von Qualifikations- und Kohorteneffekten, Selektionseffekten und institutionellen Regulierungen begleitet. Kohorteneffekte beschreiben die Tatsache, dass sich die schulischen und beruflichen Qualifikationen etc. der Alterskohorten unterscheiden. Verändert sich die relative Größe einer Alterskohorte, verändert sich auch die Qualifikationszusammensetzung und damit die relative Produktivität der einzelnen Altersgruppen. Der Selektionseffekt besagt, dass mit zunehmendem Alter eher gesunde und leistungsfähige Personen im Erwerbsleben verbleiben - die anderen ziehen sich aus dem Arbeitsmarkt zurück. Bei einer relativen Zunahme der älteren Kohorten kann dieser Selektionseffekt die Produktivität(smessung) beeinflussen.

1.2.1. Individuelle Leistungsfähigkeit

Während in der Medizin eine individuelle Leistungsmessung (beispielsweise Sehkraft, Muskelkraft etc.) möglich und die Leistung meist direkt beobachtbar ist, kann seitens der Ökonomie die Leistung einer beschäftigten Person nur unter Berücksichtigung zahlreicher Einflussfaktoren (den Rahmenbedingungen der Leistungserbringung) beobachtet werden.

Die vielschichtigen mikroökonomischen Analysen zur **individuellen Leistungsfähigkeit** lassen sich nicht zu einheitlichen Ergebnissen zusammenfassen. Die veränderten physischen und kognitiven Fähigkeiten und deren Rückwirkungen auf die individuelle Produktivität hängt sowohl von der in einem Land üblichen und branchenüblichen Spezialisierung als auch von der wirtschaftlichen Dynamik der Branchen und den Anpassungsmechanismen des Arbeitskräftepotentials ab. Insgesamt variiert die altersbedingte Produktivität mit den spezifischen Jobanforderungen und den konkreten Situationen in den Betrieben. Empirische Befunde zeigen einen umgekehrten u-förmigen Verlauf der individuellen Produktivität bei

wissenschaftlicher Publikationstätigkeit (Jones, 2010), bei Patentierungen (Henseke – Tivig, 2007) sowie bei Unternehmensgründungen (Blanchflower, 2000, Prskawetz et al. 2006).

1.2.2. Produktivität der Betriebe

Die betriebliche Produktivität ist eine weitere wichtige Ebene: Der Spezialisierungsgrad der Wirtschaft findet nicht nur bei individuellen Kompetenzen statt, sondern auch in der Organisationsform der Leistungserbringung. Management- und Organisationsstrukturen sind daher maßgeblich für die Arbeitsproduktivität mitverantwortlich. Die Rahmenbedingungen der betrieblichen Leistungserbringung determinieren sowohl die Alters-Leistungsfähigkeitsprofile als auch die individuelle Leistungsfähigkeit. Börsch-Supan et al. (2005) zeigen in ihrer Metastudie, dass die individuelle Leistungsfähigkeit von der Leistungsfähigkeit im Umfeld abhängt und diese wiederum bei altersgemischten Arbeitsteams hoch ist. Die alleinige Messung der Leistungsfähigkeit älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in kollektiven Arbeitsprozessen greift jedoch zu kurz. Darüber hinaus ist die Arbeitsplatzgestaltung für die individuelle Beschäftigungsfähigkeit mitverantwortlich (Karazman, 2003).

Es gibt empirische Evidenz, dass ältere Beschäftigte produktiver sind als jüngere (Hellerstein – Neumark, 1995, Aubert – Crépon, 2003 zitiert in Borsch-Supan et al., 2006) sowie Beweise über einen umgekehrt u-förmigen Verlauf der Alters-Produktivitätsprofile (Grund - Westergård-Nielsen, 2005, Ilmakunas – Maliranta 2005). Bei den Studien variieren allerdings die Angaben zu den produktiven Vergleichsgruppen: Während ein Teil der Studien die höchste Produktivität bei den 35- bis 54-Jährigen messen, gibt es auch empirische Evidenz für die Gruppe der 25- bis 34-Jährigen. Zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen Neumark – Troske (1999, zit. in Boersch-Supan et al., 2006) für US-amerikanische Unternehmen. Insgesamt zeigen sich keine Unterschiede bei den Alters-Produktivitätsprofilen. Eine gruppenspezifische Betrachtung bringt aber deutliche Differenzen zutage: In kleinen Unternehmen wie auch in Unternehmen mit einem hohen Frauenanteil steigt die Produktivität im Alter weiter an, in großen Unternehmen wie auch in solchen mit einem geringen Frauenanteil sinkt sie im Alter⁴).

Prskawetz et al. (2007) zeigten für österreichische Unternehmen einen u-förmigen Verlauf der individuellen Produktivität über die Altersgruppen: Sowohl unter 30-Jährige als auch über 50-Jährige haben eine geringere Produktivität als Personen im Haupterwerbsalter (30- bis 39-Jahre). Es zeigen sich aber deutliche Unterschiede nach Berufsgruppen und Betrieben. Diese Unterschiede deuten darauf hin, dass demographische Verschiebungen seitens der Unternehmen nicht erlitten werden sondern vielmehr so gestaltet werden können, dass sich sowohl für das Unternehmen als auch für die Beschäftigten eine Nachhaltigkeit ergibt (Karazman et al., 2003).

Die Schätzungen von Alters-Produktivitätsprofilen auf der Ebene der Betriebe kommen zu keinen Ergebnissen, die für alle Beschäftigten, Branchen etc. zutreffend ist. Weiters zeigt sich,

⁴) In kleinen Unternehmen (weniger als 166 Beschäftigte) und Unternehmen mit einem Frauenanteil von 25% und mehr steigt die Produktivität um 14% bzw. um 23% an. In Großunternehmen sinkt sie im Alter um 41% ab, ebenso wie in Unternehmen mit geringem Frauenanteil (-18%) (Neumark – Troske 1999, zitiert in Borsch-Supan et al. 2006).

dass in jungen Unternehmen die Belegschaft jünger ist als in länger bestehenden Unternehmen. Die Altersstruktur in den Betrieben ist nicht exogen vorgegeben, ein Tatbestand der bei der Interpretation geschätzter Alters-Produktivitäts-Profile berücksichtigt werden muss. Die betriebliche Wachstumsdynamik (Betriebsgründungen, Betriebsschließungen) hat ebenfalls Rückwirkungen auf die Altersstruktur der Unternehmen. Rasch wachsende und profitable Unternehmen mit einem hohen Beschäftigungszugang haben eine tendenziell jüngere Altersstruktur der Belegschaft.

Jasper et al. (2001) halten fünf Fehlreaktionen der Unternehmen in Bezug auf den demographischen Wandel fest: Diese reichen vom falschen Einsatz Älterer im Unternehmen, über Verlust von Know-How durch Pensionierungspraxis, zu wenig Weiterbildung für Ältere, fehlende Zusammenarbeitsformen zwischen Jung und Alt bis hin zur jugendzentrierter Innovationspolitik.

1.2.3. Gesamtwirtschaftliche Produktivität

Der Zusammenhang zwischen Alterung und **Produktivitätsentwicklung** lässt sich somit aus individueller, aus firmen- oder branchenspezifischer oder aus **gesamtwirtschaftlicher** Perspektive betrachten. Die vielschichtigen Wirkungsmechanismen die bei Schätzungen der individuellen und betrieblichen Alters-Produktivitäts-Profile vorhanden sind, bleiben auch bei einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung bestehen. Der Einfluss demographischer Veränderungen auf makroökonomische Wachstumsdeterminanten ist noch nicht eindeutig bestimmt. Bei den Schätzungen wird die Altersstruktur in den Produktionsfaktor Humankapital in die Produktionsfunktion⁵⁾ integriert: Je höher der Humankapitalstock (beispielsweise gemessen an der höchst abgeschlossenen Ausbildung der Erwerbsbevölkerung) desto höher ist das Produktivitätswachstum. Entsprechende makroökonomische Arbeiten zeigen für die EU-15 Länder einen umgekehrten u-förmigen Verlauf der Produktivität, mit der Produktivitätsspitze im Alter zwischen 30 und 44 Jahren (*Brunow – Hirte, 2009*).

Feyrer (2007) zeigt in seiner Arbeit, dass Produktivitätsunterschiede zwischen OECD-Ländern und Nicht-OECD-Ländern durch die unterschiedliche Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung erklärbar sind. Insgesamt kann in der OECD 12% des Wirtschaftswachstums durch demographische Variablen erklärt werden.

Die ermittelten Zusammenhänge zwischen Altersstruktur und gesamtwirtschaftlicher Produktivität fließen auch in Projektionen ein. *Kunnert et al. (2010)* modellierten den Einfluss des demographischen Wandels in Österreich auf die gesamtwirtschaftliche Produktivität. Mit dem Ansatz einer erweiterten Cobb-Douglas-Produktionsfunktion im Input-Output-Modell MultiREG und auf Grundlage der demographischen Projektionen von Statistik Austria schätzen die Autorinnen und Autoren das Produktivitätswachstum bis 2030.

⁵⁾ Die Cobb-Douglas-Produktionsfunktion enthält neben den Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital, Humankapital auch den technischen Fortschritt. Die angenommenen konstanten Skalenerträge führen bei Erhöhung der eingesetzten Produktionsfaktoren zu einer Erhöhung der Outputs um einen bestimmten Faktor (Elastizität).

Das Modell zeigt in Übersicht 1 die erwarteten Zusammenhänge zwischen dem Produktivitätswachstum und den abhängigen Variablen (Produktionsfaktoren). Steigt der Kapitalstock pro Erwerbstätigen um 1% erhöht sich das Arbeitsproduktivitätswachstum um 0,3%. Die Bruttowertschöpfung pro Erwerbstätigen entfällt zu einem Drittel auf den Produktionsfaktor Kapital. Auch der Anstieg der Maturantinnen- und Maturanten- sowie der Akademikerinnen- und Akademikerquote um 1% erhöht das Produktivitätswachstum um 0,03%, dieser Wert ist statistisch allerdings nicht signifikant (p-Wert von 0,580). Der Altersstruktureffekt zeigt, dass der Beitrag zum Produktivitätswachstum in der Gruppe der 15- bis 34-Jährigen um 1,14 Prozentpunkte geringer ist als in der Kontrollgruppe der 35- bis 44-Jährigen. Im Vergleich dazu liegt die Kohorte der 45- bis 54-Jährigen mit -0,07 Prozentpunkten sehr nahe an der Kontrollgruppe. Dieser Wert ist jedoch – im Gegensatz zur Gruppe der 55- bis 64-Jährigen - nicht signifikant. Der geringe Wachstumsbeitrag der 55- bis 64-Jährigen bestätigt den u-förmigen Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Alters-Produktivitäts-Profile.

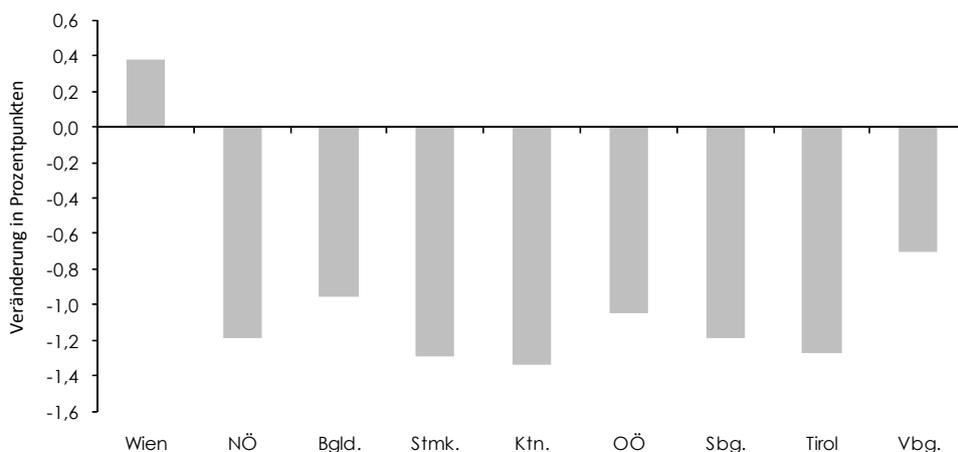
Die Simulationen zum Produktivitätswachstum bis zum Jahr 2030 wurden auf Bundesländerebene durchgeführt. Die deutlich unterschiedlichen demographischen Entwicklungen sind mit unterschiedlichen Produktivitätspotentialen verbunden. Während Wien das einzige Bundesland ist, das durch die Zuwanderung mit einer demographisch bedingten Zunahme des Produktivitätswachstums rechnen kann, verlieren die anderen Bundesländer. Die Produktivitätswachstumseinbußen liegen zwischen -1,34 Prozentpunkten in Kärnten und -0,7 Prozentpunkten in Vorarlberg (vgl. Abbildung 1).

Übersicht 1: Schätzergebnisse für das Produktivitätswachstum in Österreich bis 2030

Erklärende Variablen	Basismodell 2a	
	Parameter*)	p-Werte**)
Konstante	-0,01	0,794
Kapitalstock pro Erwerbstätigen	0,30	0,025
Humankapitalstock pro Erwerbstätigen	0,03	0,580
Bevölkerung 15-34	-1,14	0,021
Bevölkerung 45-54	-0,07	0,471
Bevölkerung 55-64	-0,36	0,024

Q: Kunnert et al., 2010, S.30, Auszug aus Übersicht 2.1. - *) logarithmierte Werte - *) ein p-Wert kleiner 0,1 bedeutet, dass ein Parameter auf dem 10-Prozentriveau statistisch signifikant ist.

Abbildung 1: Demographisch bedingte Veränderung des Produktivitätswachstums bis 2030



Q: Kunnert et al., 2010, S. 38, Abbildung 2.1.

1.3. Wirkungen auf die Konsumnachfrage

Im Jahr 2014 betragen die Konsumausgaben in Österreich 242 Mrd. €, 71% davon wurden von den privaten Haushalten, 27% von den öffentlichen Haushalten und 2% von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck generiert (Statistik Austria, 2015). Von allen Konsumausgaben dienen 90% dem Individualverbrauch die restlichen 10% sind Dienstleistungen des Staates, die allen in der Bevölkerung gleichzeitig zur Verfügung gestellt werden (z.B.: Verwaltung, Verteidigung). Demographische Veränderungen betreffen beide Nachfrageaggregate: Sowohl die private Konsumnachfrage wird durch altersabhängige Konsumstrukturen verändert als auch die öffentliche Konsumnachfrage. Die öffentlich angebotenen Dienstleistungen für beispielsweise Bildung und Pflege variieren mit der Größe der entsprechenden Bevölkerungsgruppe.

In einer geschlossenen Volkswirtschaft bildet die private Ersparnisbildung die Quelle der Investitionsfinanzierung. Unter der Annahme konsummaximierender Individuen orientiert sich die Konsumnachfrage nach dem (absoluten oder permanenten) Einkommen⁴⁾. Die Ersparnisbildung kann Einkommensschwankungen ausgleichen, sie sollte bis zur Pensionierung zunehmen und in der Pension sollten die Ersparnisse verbraucht werden. Eine Zunahme der Bevölkerung im Pensionsalter sollte mit einem Rückgang der Sparquote einhergehen, die wiederum auf die Investitionsfinanzierung durchschlägt und zu einer Bremsung der Wirtschaftsdynamik führt (Mason, 1988). Diese Wachstumsbremse lässt sich gegenwärtig empirisch nicht belegen.

⁴⁾ Theoretische Ansätze gehen von der absoluten bzw. von der permanenten Einkommenshypothese aus: Im ersten Ansatz schwankt die Konsumnachfrage mit dem Einkommen. Im zweiten Ansatz wird die Konsumnachfrage an das permanente Lebenseinkommen angepasst: Bei erwartetem geringen Pensionseinkommen werden in der Erwerbsphase Ersparnisse gebildet um im Alter das Konsumniveau halten zu können, am Lebensende sind alle Ersparnisse aufgebraucht.

1.3.1. Private Konsumnachfrage

Die private Konsumnachfrage ist ein wesentlicher Treiber des Wirtschaftswachstums. Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte generierte 2014 in Österreich 54% der gesamten Wirtschaftsleistung, von der inländischen Verwendung sind es sogar 56% (WIFO, 2015). Die öffentliche Konsumnachfrage ist für rund ein Fünftel der Wirtschaftsleistung verantwortlich.

Mit steigendem Anteil der Bevölkerung im Alter von über 65 Jahren verändert sich die private Konsumnachfrage. Das Ausmaß der Veränderung hängt von den Konsummustern entlang dem Lebensalter ab. Ansatzpunkt der (statistischen) Beobachtung bilden die privaten Haushalte. Wichtige Konsumausgaben für langlebige Konsumgüter und dem Wohnungsbedarf werden nicht Einzelpersonen zugerechnet sondern den Haushalten. Die Determinanten der Konsumnachfrage bilden das verfügbare Haushaltseinkommen (Markt-, Transfer-, Vermögenseinkommen etc.), die Haushaltsgröße, die Bedürfnisse und Präferenzen der Haushaltsmitglieder sowie der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen.

Eine frühe Analyse der Konsumniveaus und -strukturen führte Wüger (1989) durch. Er zeigte einerseits, dass die Konsumausgaben in Haushalten mit jungen Haushaltsvorständen relativ hoch ist, vice versa ist die Sparquote (jener Teil vom verfügbaren Einkommen der nicht für Konsumzwecke ausgegeben wird) gering. Andererseits zeigte sich ein deutlicher Rückgang der Konsumausgaben in Haushalten von Pensionistinnen und Pensionisten. Dieser Rückgang war stärker als die Einkommensrückgänge wodurch - entgegen den theoretischen Annahmen - die Sparquote mit dem Alter ansteigt. Theoretische Ansätze gingen bis dato von einem konstanten Konsumniveau in Abhängigkeit des permanenten (Lebens)Einkommens aus. Wenn Pensionseinkommen als permanent angesehen werden, sollte die Konsumneigung nicht rückläufig sein. Auch die Analyse der Konsumerhebung 1999/2000 zeigte ein niedrigeres Konsumniveau von Haushalten deren Haushaltsvorstand 60 Jahre und älter war: Die um die Haushaltsstruktur (Größe, Einkommen etc.) bereinigten Konsumausgaben waren um 13% geringer als jene mit Haushaltsvorständen unter 60 Jahren (Url – Wüger, 2005). Die Sparquote der Pensionshaushalte lag mit 10,8% deutlich über jene der Nicht-Pensionistinnen und -Pensionisten mit 2,2%.

Auch die jüngste Konsumerhebung 2009/2010, diese wird alle fünf Jahre durchgeführt, bestätigt das Bild der steigenden Sparquoten mit zunehmendem Alter. Bei den Haushalten im Alter von 65 und mehr Jahren lag die Sparquote bei 11,2%. Die andere Altersabgrenzung der Haushalte gegenüber Url – Wüger (2005) lässt keinen direkten Vergleich der Sparquote zu. Es zeigt sich aber ein deutlich unterschiedliches Spar- und Konsummuster in der Gruppe der 65- bis 74- und 75-Jährigen und älteren. Die jungen Alten geben 91% ihres verfügbaren Haushaltseinkommens für Konsumzwecke aus, in der Gruppe der über 74-Jährigen sind es nur mehr 77%. Unter der Annahme dieser unterschiedlichen Konsumniveaus sollte der steigende Anteil Älterer zu einer Zunahme der Konsumnachfrage dieser Gruppe führen.

Übersicht 2: Konsum- und Sparquote der Haushalte nach Altersgruppen, 2009/2010

Haushalte	Konsumquote	Sparquote	Verfügbares Haushalts Einkommen ^{*)}	Einkommen in € pro Monat
Bis 29 Jahre	96,7	3,3	79,3	2362,5
30 bis 64 Jahre	88,8	11,2	111,1	3309,2
65 bis 74 Jahre	91,0	9,0	83,5	2488,9
75 Jahren und älter	77,0	23,0	68,7	2047,9
65 Jahre und älter	85,9	14,1	77,5	2308,0
Alle Haushalte	88,8	11,2	100,0	2979,0

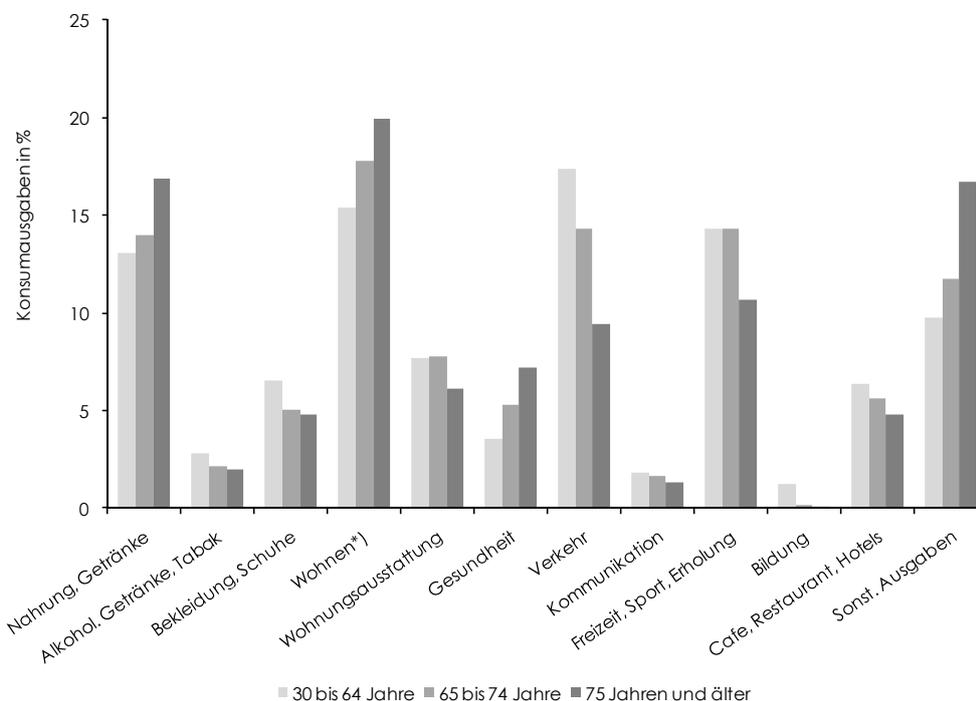
Q: Konsumerhebung 2009/2010, WIFO Berechnungen. - *) Einkommenshöhen im Vergleich zum durchschnittlichen verfügbaren Einkommen aller Haushalte.

Konsumstruktur privater Haushalte

Die Haushalte unterscheiden sich nicht nur im verfügbaren Haushaltseinkommen - Haushalte mit Haushaltsvorständen im Alter von 75 und mehr Jahren weisen das niedrigste Einkommensniveau auf - sondern auch durch ihre **Konsumstruktur**. Der größte Ausgabenposten aller privaten Haushalte sind die Wohnungsausgaben, wobei hier die imputierten Mieten⁷⁾ nicht berücksichtigt sind. Ausgaben für Verkehr (16,5%) sowie Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (13,3%) werden gefolgt von Erholung, Freizeit, Sport (14%) sowie sonstigen Ausgaben (10,3%) (Abbildung 2). Ein Vergleich der Konsumstruktur der Haushalte nach Altersgruppen zeigt, dass in der Gruppe der über 65-Jährigen der Ausgabenanteil für Verkehr (-4,7 Prozentpunkte), Bekleidung (-1,6 Prozentpunkte), Erholung, Freizeit, Sport (-1,2 Prozentpunkte), Bildung (-1,1 Prozentpunkte) und Cafe, Restaurant, Hotels (-1,0 Prozentpunkte) deutlich geringer als in der Gruppe der 30- bis 64-Jährigen ist. Deutlich höhere Ausgaben in Relation zu ihrem verfügbaren Haushaltseinkommen haben Ältere hingegen für Gesundheit (+2,4 Prozentpunkte), für Wohnen (+3,1 Prozentpunkte) und für Sonstiges (vgl. Abbildung 3).

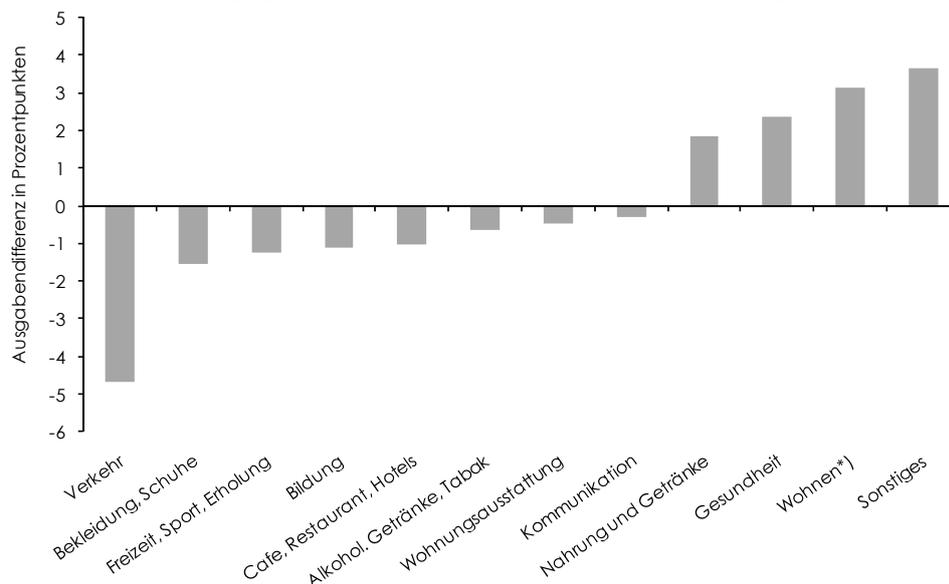
⁷⁾ Die imputierten Mieten stellen den Gegenwert von eigengenutztem Wohnraum dar.

Abbildung 2: Konsumausgaben der privaten Haushalte nach Altersgruppen, 2009/2010



Q: Konsumerhebung 2009/2010, WIFO Berechnungen. - *) Wohnen ohne imputierte Mieten.

Abbildung 3: Differenz der Konsumausgaben 2009/2010: Haushalte mit Haushaltsvorständen 65 Jahre und älter gegenüber jenen zwischen 30- bis 64-Jährigen



Q: Konsumerhebung 2009/2010, WIFO Berechnungen. - *) Wohnen ohne imputierte Mieten.

Eine Simulation der Konsumstruktur gemäß der Konsumerhebung 2004/2005 von Kunnert et al. (2010) auf Grundlage der Bevölkerungsprojektion von Statistik Austria zeigt eine deutliche demographiebedingte Veränderung bis zum Jahr 2050. Es werden bis 2050 die Aufwendungen für Verkehr relativ an Bedeutung verlieren, während die Ausgaben für Wohnen, Beheizung, Beleuchtung, Lebensmittel sowie Gesundheitsprodukte und Gesundheitsdienstleistungen relativ an Bedeutung gewinnen werden.

1.3.2. Öffentliche Konsumnachfrage

Gemäß der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden unter dem öffentlichen Konsum Aufwendungen der öffentlichen Hand subsummiert, die zur Bereitstellung der öffentlichen Dienstleistungen (Personalaufwand, Vorleistungen etc.) notwendig sind, im Jahr 2014 waren das 65,1 Mrd. €. Aber auch öffentliche Infrastrukturinvestitionen werden im öffentlichen Diskurs den öffentlichen Konsumausgaben zugerechnet.

Die Konjunktur wird von der Konsumnachfrage gestützt: Während das Wirtschaftswachstum 2009 ins Negative rutschte, blieb die Konsumnachfrage positiv und dämpfte damit die wirtschaftlichen Einbrüche. In den zehn Jahren vor der gegenwärtigen Krise (1998 – 2008) erhöhte sich die öffentliche Konsumnachfrage im Schnitt um 4% pro Jahr während die private Konsumnachfrage mit 3,6% zunahm. Seit 2009 verzeichneten beide im Schnitt mit 2,5% pro Jahr deutlich geringere Zuwächse. Der Beitrag des Konsums zum Wirtschaftswachstum 2014 lag bei 0,17 Prozentpunkten bei einem realen Wachstum von 0,3%, wobei hier der öffentliche Konsum der Wachstumstreiber war.

Die Bestimmungsgrößen der öffentlichen Konsumausgaben sind zu einem Teil abhängig von der Struktur und dem Umfang der öffentlichen Dienstleistungen. *Bock-Schappelwein – Eppel – Mühlberger (2009)* zeigen die Beschäftigungs- und Wirtschaftseffekte, die von sozialpolitischen Maßnahmen, als Teil der öffentlichen Konsumnachfrage, ausgehen. Zum anderen werden die öffentliche Nachfrage, öffentliche Infrastrukturinvestitionen gezielt zur Konjunkturbelebung eingesetzt.

Die Wirkungskanäle demographischer Veränderungen auf die Entwicklung der öffentlichen Konsumausgaben werden vom Umfang und der Struktur des öffentlichen Leistungsangebotes wie auch von wirtschaftspolitischen Zielstellungen begleitet. Insgesamt sind die Auswirkungen der demographischen Alterung auf die Finanzlage der öffentlichen Haushalte empirisch belegt, nicht jedoch auf die Entwicklung der öffentlichen Konsumnachfrage. Der jüngste Ageing Bericht der Europäischen Kommission (*European Commission, 2015*) berechnet die Entwicklung der altersbedingten Ausgaben für Pensionen, Gesundheit, Langzeitpflege, Bildung und Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2060. Die Aufwandsentwicklung zeigt für Österreich eine Zunahme der Pensionsaufwendungen von 13,9% im Jahr 2013 auf 14,4% des BIP im Jahr 2060. Die Aufwendungen für die Langzeitpflege werden sich von derzeit 1,4% des BIP auf 2,4% des BIP beinahe verdoppeln. Im Bereich der Gesundheitsausgaben geht die Kommission von einem Wachstum im Ausmaß von 1,3 Prozentpunkten des BIP auf 8,2% des BIP aus. Die Bildungsausgaben sollten im Jahr 2060 so wie derzeit bei 4,9% des BIP zu liegen kommen.

Einzig die Ausgaben für Arbeitslosigkeit werden von derzeit 0,8% auf 0,6% des BIP im Jahr 2060 rückläufig.

Grundlage für diese Langfristsimulationen bildet einerseits die gegenwärtige Struktur der Sozialleistungen einschließlich etwaiger beschlossener Reformen, andererseits fließen unterschiedliche Szenarien (neben dem Basisszenario gibt es acht Alternativszenarien) der wirtschaftlichen Entwicklung in die Berechnungen ein. Darüber hinaus bauen die Simulationen auf den demographischen Projektionen von EUROSTAT auf. Demographische Veränderungen fließen über unterschiedliche Wirkungskanäle in die Simulationen ein: Bei der Pensionsaufwandsdynamik ist es die (steigende) Zahl der zukünftigen Pensionen und die (sinkende) Zahl der Erwerbstätigen mit ihrer durchschnittlichen Lohndynamik (Beitragsgrundlagendynamik). Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur wirken somit auf zwei Seiten. Die Gesundheitsausgaben sind neben der demographischen Entwicklung von der Einkommensentwicklung abhängig, da mit steigendem Einkommen die Nachfrage nach Gesundheit(sdienstleistungen) überproportional zunimmt. Der isolierte demographische Effekt in diesem Bereich bedeutet für Österreich eine altersbedingte Zunahme der öffentlichen Gesundheitsausgaben um 1,3 Prozentpunkte (*European Commission, 2015*).

Im Langzeitpflegebereich sind die zukünftigen Aufwendungen von den demographischen Entwicklungen determiniert aber auch vom beobachtbaren Bedeutungsverlust der informellen Pflege. Diese Entwicklung bedeutet auch ein Mehr an formeller Pflege. Auch hier sind verschiedene Szenarien berechnet, wobei die Isolierung des demographischen Effekts zu einer Erhöhung der Langzeitpflegeausgaben um 1,3 Prozentpunkte – gegenüber 1,4 Prozentpunkten im Basisszenario – führt.

Die zahlreichen Simulationen über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten im *Ageing Report 2015* zeigen deutlich, dass die Entwicklung der zukünftigen finanziellen Aufwendungen in den Bereichen Pensionen, Gesundheit, Langzeitpflege – also die öffentliche Konsumnachfrage, stark von nicht-demographischen Faktoren getragen ist. Die Quantifizierung demographischer Effekte auf das öffentliche Dienstleistungsangebot einschließlich der dafür notwendigen Vorarbeiten müssten erst empirisch untersucht werden. Hier gibt es großen Forschungsbedarf.

2. Demographische Rahmenbedingungen

2.1. Altersstruktur der Bevölkerung im europäischen Vergleich

Die Größe wie auch die Zusammensetzung der Bevölkerung eines Landes ist einem ständigen Wandel unterworfen. Die demographische Transformation verläuft selbst in den Ländern der Europäischen Union weder zeitlich noch strukturell gleichförmig. Schon die Entwicklung der Bevölkerungsgröße folgt keinem einheitlichen Trend: Während zwischen 1960 und 2012 die Wohnbevölkerung in Luxemburg (Spitzenreiter) auf das 1,7-fache bzw. in Irland auf das 1,6-fache zugenommen hat, war die Einwohnerinnen- bzw. Einwohnerzahl 2012 in Bulgarien um 7% geringer als im Jahr 1960. Österreich liegt mit einem Bevölkerungsanstieg von in etwa einem Fünftel im unteren Mittelfeld (vgl. Abbildung 4). Die Bevölkerungsdynamik ist eine Folge der Fertilität, der Zu- und Abwanderung sowie der Lebenserwartung. In den vergangenen Jahrzehnten entwickelten sich der Geburtenüberschuss (Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen), der Wanderungssaldo und die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt bzw. die Restlebenserwartung im Alter von 60 Jahren in den Mitgliedsländern der Europäischen Union uneinheitlich.

Anhand der Fertilitätsentwicklung und der Restlebenserwartung⁸⁾ zeigen sich die Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung in den Ländern der Europäischen Union (vgl. Abbildung 4). Von den drei demographischen Indikatoren hat sich einzig die Restlebenserwartung im Alter von 60 Jahren in allen Mitgliedsländern positiv entwickelt, hinsichtlich der anderen beiden Maßzahlen verzeichneten die betrachteten Länder sowohl Rückgänge als auch Zuwächse. Es gibt Länder mit einem deutlichen Bevölkerungswachstum bei annähernd konstanter Fertilität in den vergangenen Jahrzehnten; dazu zählen Luxemburg, Irland, Spanien und die Niederlande. Trotz gesunkener Fertilität stieg in Zypern, der Slowakei und Polen die Bevölkerungszahl deutlich an. Eine schrumpfende Bevölkerung bei stark gesunkener Fertilität ließ sich in den drei baltischen Staaten sowie in Ungarn, Kroatien, Tschechien und Bulgarien beobachten. In Österreich, Italien, Belgien, Großbritannien, Finnland, Dänemark, Portugal und Schweden sank hingegen die Fertilitätsrate und die Bevölkerungszahl nahm trotzdem zu.

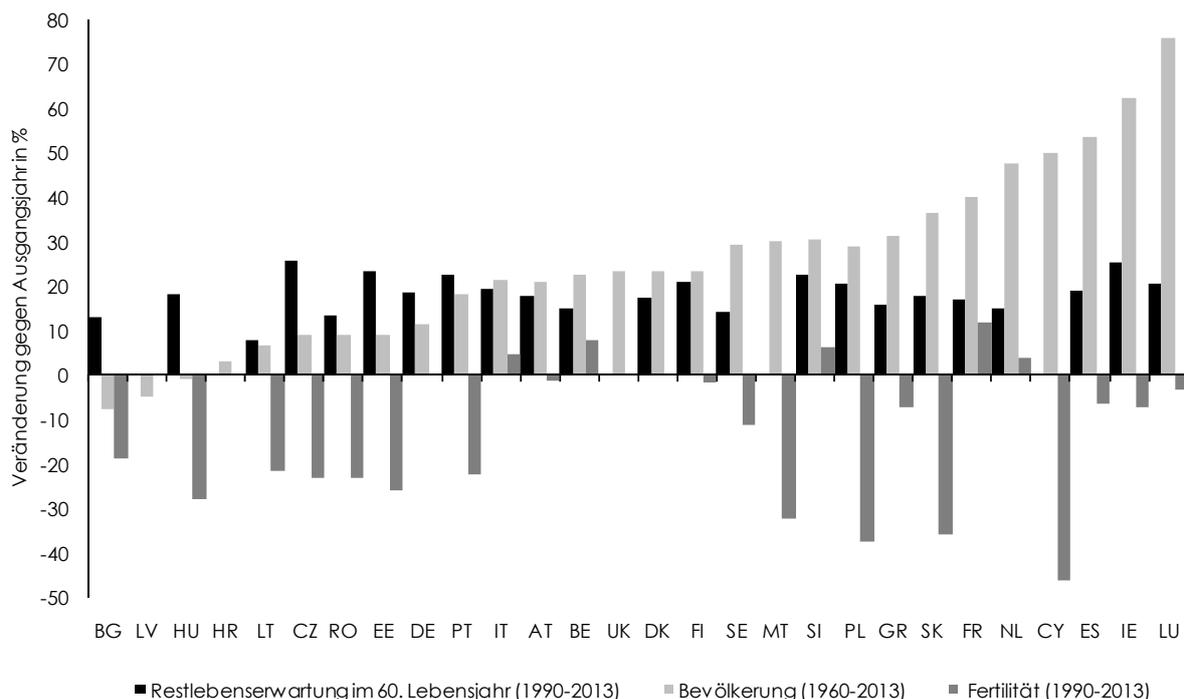
Die Bevölkerungszahl insgesamt reagiert zeitverzögert auf die rückläufige Fertilität. Irland, mit der gegenüber 1960 stark rückläufigen, aber dennoch hohen Gesamtfertilitätsrate⁹⁾ (von 2,01 im Jahr 2012), verzeichnet (nach Luxemburg) das stärkste Bevölkerungswachstum innerhalb der EU-28. Finnland, Portugal und Österreich verzeichnen gegenüber 1960 ein im Vergleich annähernd gleiches Bevölkerungswachstum (sämtlich plus rund ein Fünftel). In Finnland war diese demographische Entwicklung durch die Geburtenzahl getragen. Portugal zeigte zwischen 1960 und 2012 den stärksten Rückgang der Fertilitätsrate (von 3,16 auf 1,28), aber

⁸⁾ Daten zu den Fertilitätsraten und zur Restlebenserwartung für die Länder der Europäischen Union liegen bis zum Jahr 2012 vor, der Vergleich mit der Bevölkerungsentwicklung wird daher bis zum Jahr 2012 angestellt.

⁹⁾ EUROSTAT dokumentiert nur für wenige Länder, u.a. für Portugal, Irland und Finnland die Entwicklung der Fertilität ab dem Jahr 1960.

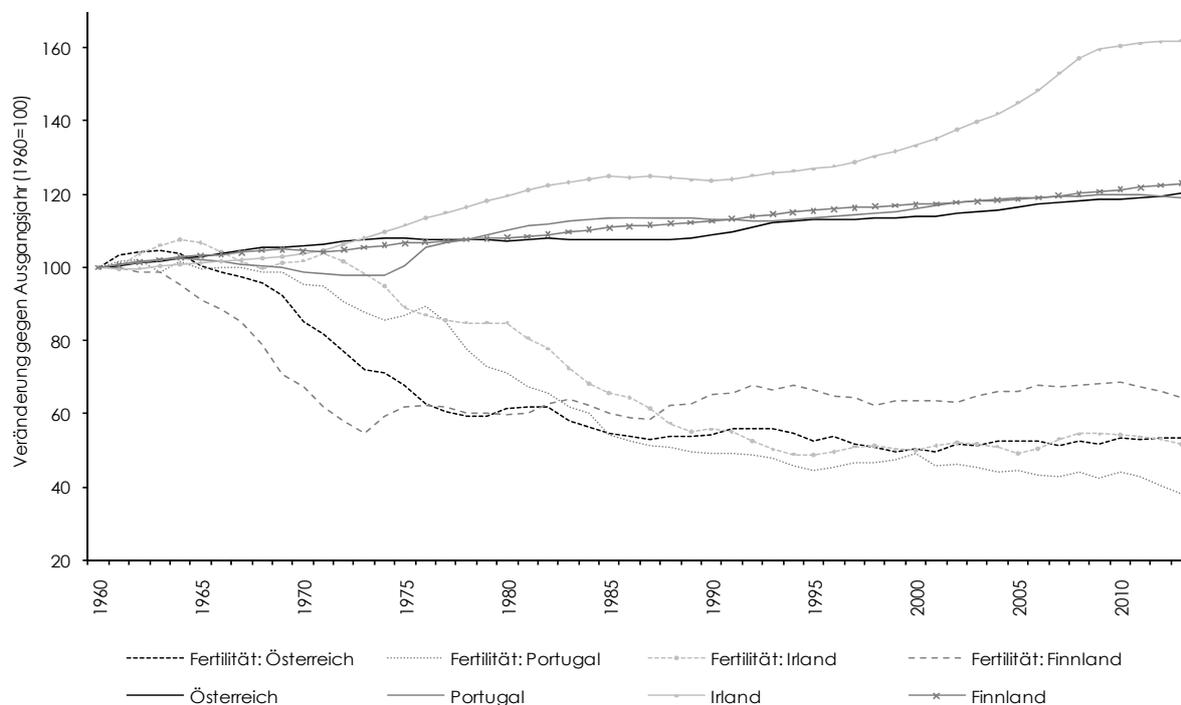
dennoch eine ähnliche Bevölkerungsentwicklung wie Österreich. Die unterschiedlichen Entwicklungen der demographischen Indikatoren Fertilität, Lebenserwartung und Wanderung sind jedoch weniger in der Bevölkerungszahl insgesamt, als in der Altersstruktur der Bevölkerung ablesbar.

Abbildung 4: Veränderung der Wohnbevölkerung (1960- 2013), der Fertilität (1990-2013) und der Restlebenserwartung im 60. Lebensjahr (1990-2013) - EU 28



Q: EUROSTAT, WIFO-Berechnungen. - Bei EUROSTAT finden sich nicht für alle Beobachtungsjahre die Werte aller dargestellten Indikatoren.

Abbildung 5: Bevölkerungswachstum und Fertilitätsentwicklung ausgewählter Länder zwischen 1960 und 2013 im Vergleich, 1960=100



Q: EUROSTAT, WIFO-Berechnungen.

2.2. Österreichs Erwerbsbevölkerung im europäischen Vergleich

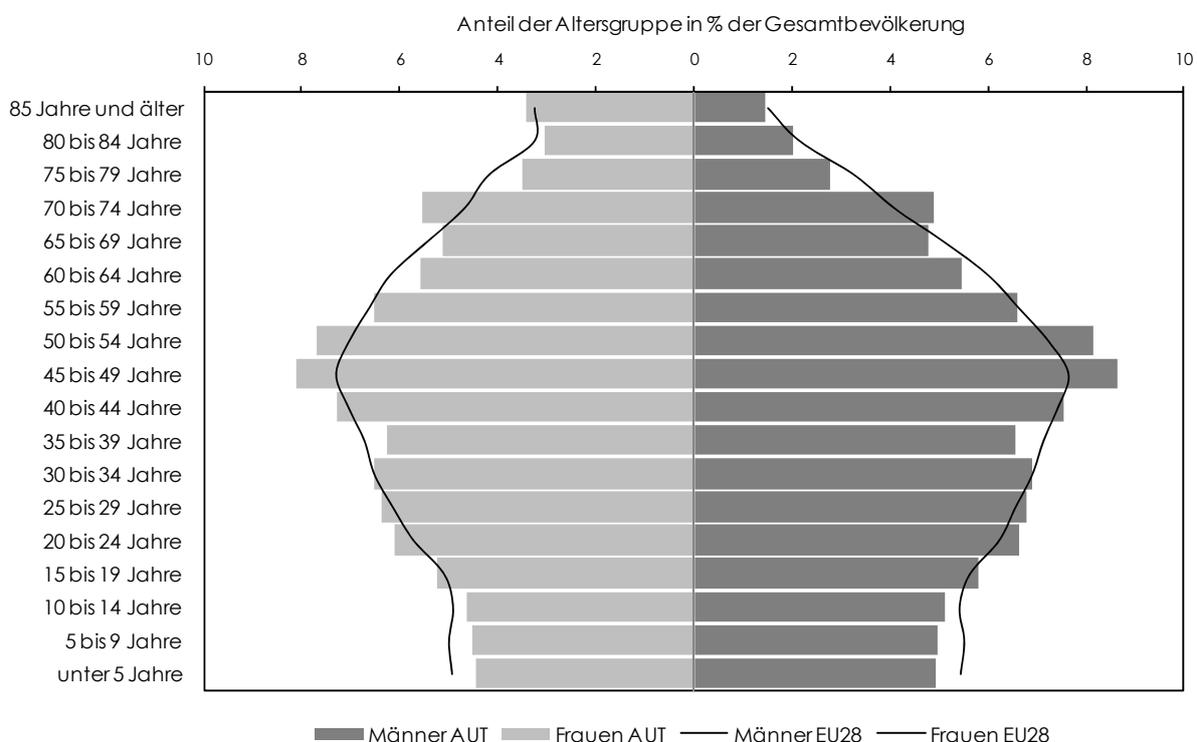
Die Bevölkerungsentwicklung in den Ländern der Europäischen Union und die Altersstruktur dieser Länder unterscheiden sich deutlich. Auch hier zeigen sich Länder mit einer relativ konstanten Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung und solche mit deutlichen Unterschieden in den Besetzungszahlen der Geburtskohorten 1949 bis 1998. Demgemäß kann von „jungen“, „alten“ und gleichbleibenden Erwerbsbevölkerungen gesprochen werden. Die Erwerbsbevölkerung lässt sich in zehn Fünfjahres-Alterskohorten einteilen. Annähernd gleich besetzte 5-Jahres-Altersgruppen weisen Belgien, Frankreich, Kroatien, Ungarn, Finnland und Schweden auf. In Zypern, Großbritannien, Litauen, Malta und Polen macht die Gruppe der unter 30-Jährigen knapp 30% der Erwerbsbevölkerung aus, hier ist die Erwerbsbevölkerung also vergleichsweise jung. Einen hohen Anteil an Erwerbspersonen im Alter von 50 bis 64 Jahren gibt es dagegen in Deutschland, Bulgarien und Slowenien. In Österreich stellten 2013 die 45- bis 49-Jährigen die stärkste Altersgruppe dar, in ihr fanden sich 12,5% der Erwerbsbevölkerung. Ähnlich hohe Anteile gab es noch in Italien und Deutschland. Auch die Gruppe der 40- bis 44-Jährigen und der 50- bis 54-Jährigen ist in Österreich überdurchschnittlich besetzt. Der Vergleich der Altersstruktur aller EU-Mitgliedsstaaten

(durchgezogene Linien in Abbildung 6) mit jener Österreichs (Balken in Abbildung 6) zeigt diese Unterschiede deutlich.

Im Falle einer konstanten Bevölkerungsstruktur müssten auf jede der zehn Fünfjahres-Altersgruppen zwischen 15 und 64 Jahren 10% der Erwerbsbevölkerung entfallen. Die größten Abweichungen von dieser Gleichverteilung finden sich in Spanien, gefolgt von Italien, Deutschland und Irland. In Griechenland, Portugal und Österreich ist die Abweichung von dieser Gleichverteilung annähernd gleich groß, allerdings ist in diesen Ländern die Gruppe der 30- bis 39-Jährigen stärker und die Gruppe der über 45-Jährigen schwächer besetzt als in Österreich.

Die Alterung der Erwerbsbevölkerung findet in den Ländern der Europäischen Union nicht in denselben Zeiträumen statt. Die möglichen Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt, so wie sie im ersten Abschnitt dargestellt sind, variieren nicht nur zwischen den Ländern, die Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten hängt auch von der generellen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftslage ab. Trotz schrumpfender Erwerbsbevölkerung haben Griechenland und Spanien eine hohe Arbeitslosigkeit, in Deutschland sank die Erwerbsbevölkerung ebenfalls, hier sinkt auch die Arbeitslosigkeit. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen determinieren die Arbeitslosigkeit in einem stärkeren Ausmaß als die demographische Entwicklung.

Abbildung 6: Altersstruktur der Bevölkerung (2014): EU-28 und Österreich im Vergleich



Q: EUROSTAT, WIFO-Berechnungen.

Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung in Österreich

Das Durchschnittsalter der 15- bis 64-jährigen Erwerbsbevölkerung betrug im Jahr 2013 bei den Männern 39,8 Jahre, jenes der Frauen 40,2 Jahre. Das etwas höhere Frauendurchschnittsalter lässt sich damit erklären, dass ab der Altersgruppe der 54-Jährigen mehr Frauen als Männer in Österreich leben.

Während vor allem Wien, in einem kleineren Ausmaß aber auch Vorarlberg und Tirol, im Schnitt eine leicht jüngere Erwerbsbevölkerung aufweist, ist das Durchschnittsalter im Burgenland, aber auch in Kärnten und Niederösterreich, höher als im Österreichschnitt. Das Durchschnittsalter der aktiv Beschäftigten liegt mit 38,7 Jahren um rund ein Jahr niedriger als jenes der Erwerbsbevölkerung.

Übersicht 3: Durchschnittsalter der Erwerbsbevölkerung (15 bis 64 Jahre) im Bundesgebiet und den Bundesländern, 2013

	Öster- reich	Burgen- land	Kärnten	Nieder- öster- reich	Ober- öster- reich	Salz- burg	Steier- mark	Tirol	Vorarl- berg	Wien
Männer	39,8	41,4	40,6	40,4	39,8	39,7	39,9	39,3	39,4	38,9
Frauen	40,2	41,6	41,2	40,7	40,2	40,3	40,4	39,7	39,7	39,2
	Abweichung vom Österreichschnitt in Jahren									
Männer		1,6	0,8	0,6	0,0	-0,1	0,1	-0,5	-0,4	-0,9
Frauen		1,4	1,0	0,6	0,0	0,1	0,2	-0,5	-0,5	-0,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

2.3. Demographische Entwicklungen in Österreich in den kommenden Jahrzehnten

Eine mittel- bzw. langfristige politische Planung bedarf einer Vorausschau auf demographische Entwicklungen der Zukunft. Zukünftige demographische Entwicklungen bilden daher eine zentrale Grundlage von politischen Maßnahmen auf europäischer wie auf nationaler Ebene. Allerdings sind langfristige Prognosezeiträume von etlichen Jahrzehnten mit großen Unsicherheiten behaftet. So hätte, um zutreffende Prognosen der weiteren Bevölkerungsentwicklung zu gewährleisten, beispielsweise in den 1950er Jahren, in der Zeit Theodor Körners, die Entwicklung der Kontrazeptiva ebenso vorausgesagt werden müssen, wie der Trend hin zur Kleinfamilie. Innerhalb eines halben Jahrhunderts treten solche nicht vorhersehbaren Entwicklungsbrüche mit großer Wahrscheinlichkeit auf. Prognosen bauen jedoch auf gegebenen Strukturen auf, Strukturbrüche stehen nicht im Mittelpunkt. Projektionen über mehrere Jahrzehnte sind daher weniger als Prognosen zu bezeichnen, sondern stecken vielmehr einen Möglichkeitsraum bei unterschiedlichen aber wahrscheinlichen Entwicklungen der Prognosevariablen ab.

Methodisch werden die Bevölkerungsvorausschätzungen der offiziellen Statistischen Ämter laufend verbessert und die Projektionen, die bereits bis zum Jahr 2075 reichen, werden jährlich

aktualisiert (*Statistik Austria¹⁰⁾, Statistisches Bundesamt, 2009*). Daneben sind weitere Vorausschätzungen vorhanden, beispielsweise von den United Nations, vom Wittgenstein-Centre, etc.

Die Bevölkerungsvorausschätzungen¹¹⁾ legen eine Bandbreite fest. Für Österreich geht die jüngste Bevölkerungsvorausberechnung von Statistik Austria (Stand November 2014) in der Hauptvariante von einer Bevölkerungszunahme bis zum Jahr 2075 im Ausmaß von 1,26 Mio. Personen, von derzeit 8,48 Mio. auf 9,74 Mio. Personen, aus. Die Projektionen schwanken gemäß den zugrundeliegenden Annahmen der Indikatoren. Diese variieren hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Kinderzahl, des Wanderungssaldos und der Lebenserwartung. Selbst die Zahl der über 60-Jährigen im Jahr 2070 kann aufgrund starker Wanderungsbewegungen nur angenähert werden, obwohl diese Jahrgangskohorte bereits geboren ist.

In den aktuellen Berechnungen von Statistik Austria variiert die mögliche Bevölkerungszahl im Jahr 2075 zwischen 11,32 Mio. Personen (unter der Voraussetzung hoher Fertilität sowie hoher Zuwanderung und Lebenserwartung) und 8,57 Mio. Personen (bei vorausgesetzter niedriger Fertilität und Zuwanderung sowie hoher Lebenserwartung). Gemäß der hypothetischen Annahme, dass es in Hinkunft keine Wanderung mehr gäbe, wird wiederum ein Bevölkerungsrückgang bis 2075 im Ausmaß von einem Fünftel der gegenwärtigen Bevölkerung prognostiziert. Bis zum Jahr 2030 ist die Spannweite der Prognosen erwartungsgemäß weniger groß: Hier schwankt die Bevölkerungszahl Österreichs zwischen 8,40 Mio. in der Variante ohne Wanderung und 9,31 Mio. in der hohen Wanderungsvariante.

Übersicht 4: Vergleich der Bevölkerungsentwicklung in den zehn Prognosevarianten von Statistik Austria

Prognosevarianten	2013	2030		2075		2013-2075	
		Stand	absolut	absolut	In %		
1 Hauptszenario (mittl. Fert., Lebenserw., Zuwand.)	8.477.230	9.194.135	9.739.952	1.262.722	+14,9		
2 Wachstumsszen. (hohe Fert., Lebenserw., Zuwand.)	8.477.230	9.483.349	11.322.909	2.845.679	+33,6		
3 Alterungsszen. (niedr. Fert./Zuwand., hohe Lebenserw.)	8.477.230	9.005.177	8.569.897	92.667	+1,1		
4 Hohe Wanderungsvariante (mittl. Fert. und Lebenserw.)	8.477.230	9.308.412	10.089.216	1.611.986	+19,0		
5 Niedrige Wanderungsvar. (mittl. Fert. und Lebenserw.)	8.477.230	9.003.638	9.159.860	682.630	+8,1		
6 Fertilitätsvar. (hohe Fert., mittl. Lebenserw./Zuwand.)	8.477.230	9.300.612	10.745.422	2.268.192	+26,8		
7 Hohe Lebenserwartungsvar. (mittl. Fert. und Zuwand.)	8.477.230	9.261.127	9.963.636	1.486.406	+17,5		
8 Niedrige Lebenserwartungsvar. (mittl. Fert./Zuwand.)	8.477.230	9.120.570	9.439.680	962.450	+11,4		
9 Status-quo Variante (kon. Fert., Lebenserw. und Zuwand.)	8.477.230	9.236.169	9.570.654	1.093.424	+12,9		
10 Hauptvariante ohne Wanderungen	8.477.230	8.397.913	6.288.830	-2.188.400	-25,8		

Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2014, erstellt am 7.11.2014.

¹⁰⁾ Datenbank: <http://statcube.at/superwebquest/login.do?quest=quest&db=debeviahresanfragebland>

¹¹⁾ Für Österreich siehe http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_prognosen/index.html.

Gemäß der Hauptvariante steigt die Gesamtfertilitätsrate¹²⁾ von derzeit 1,44 bis 2075 auf 1,55 an und stagniert anschließend auf diesem Niveau; hinsichtlich der Lebenserwartung bei der Geburt wird angenommen, dass diese bis 2060 bei Männern um 8,8 Jahre auf 87,3 Jahre und bei Frauen um 7,1 Jahre auf 90,6 Jahre steigt. Der jährliche Wanderungssaldo¹³⁾, dieser betrug 2013 57.728, sinkt annahmegemäß bis 2041 auf 25.800 und steigt bis 2075 wieder auf 30.000 Personen an.

Die Bevölkerungsvorausschätzungen werden regelmäßig, meist jährlich, an die neuesten Entwicklungen angepasst. Diese jährlichen Revisionen fallen bei kurzfristig starken Schwankungen im Bereich der Fertilität und des Wanderungssaldos hoch aus. Wurde in der Bevölkerungsprojektion 2013 zwischen 2013 und 2075 noch von einer Zunahme der Gesamtbevölkerung um 0,95 Mio. auf 9,43 Mio. ausgegangen, prognostiziert die aktuelle Projektion eine Zunahme von +1,26 Mio. auf 9,74 Mio. Personen im Jahr 2075. Aber auch die Richtung der Bevölkerungsentwicklung kann sich, beeinflusst durch Ereignisse am aktuellen Rand, allen voran durch den Wanderungssaldo, ändern: Während die österreichische Bevölkerungsvorausschätzung des Jahres 1998 beispielsweise einen Rückgang der Bevölkerung bis 2050 um 5% vorausgesagt hatte, war die Revision zwei Jahre später bereits von einer gleich großen Bevölkerung im Jahr 2050 ausgegangen; derzeit wird wiederum mit einer Zunahme der Einwohnerinnen- und Einwohnerzahl bis 2050 um 10%¹⁴⁾, bzw. bis 2075 um +11% gerechnet.

2.3.1. Sinkende Erwerbsbevölkerung in Österreich

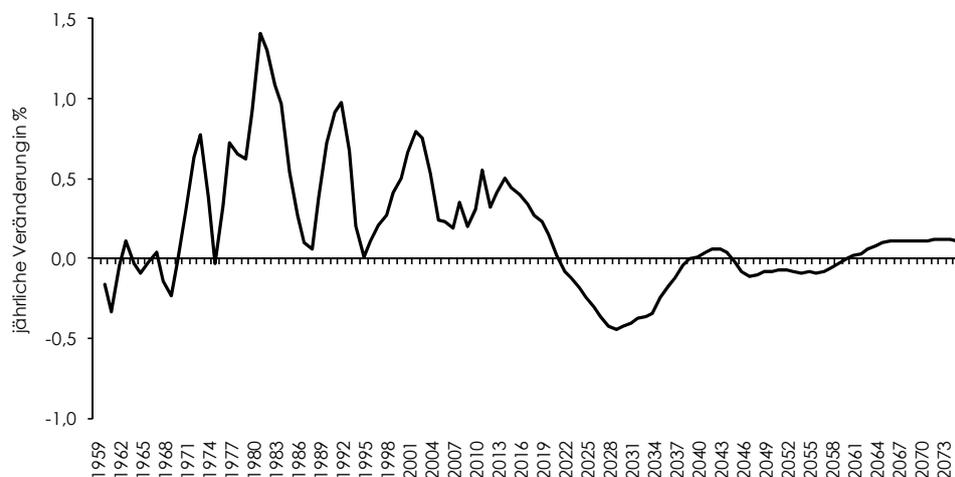
Im Jahr 2013 betrug die Zahl der Personen im Alter zwischen 15 bis 64 Jahren 5,717 Mio. Bundesweit wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis 2021 voraussichtlich weiterhin ansteigen und beginnt anschließend zu sinken. Im Jahr 2029 wird die Erwerbsbevölkerung mit 5,72 Mio. Personen quantitativ etwa jener des Jahres 2013 entsprechen. Zu diesem Zeitpunkt werden die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre noch am Arbeitsmarkt sein und das Arbeitskräfteangebot prägen. Ab dem Jahr 2022 bis zum Jahr 2037 wird die Erwerbsbevölkerung jedoch sinken, da in diesem Zeitraum die starken Geburtenjahrgänge das 65. Lebensjahr überschreiten werden. Gemäß der jüngsten Bevölkerungsprojektion sollte es ab dem Jahr 2039 wieder zu einer leichten Zunahme der Erwerbsbevölkerung kommen (vgl. Abbildung 7).

¹²⁾ Bei der Berechnung der Gesamtfertilitätsrate wird davon ausgegangen, dass eine fiktive Frauenkohorte während ihrer gesamten reproduktiven Phase (zwischen dem 15. und dem 45. Lebensjahr) die altersspezifische Fertilitätsrate aufweist, die sie im Berichts- bzw. Beobachtungsjahr zeigt (vgl. *Statistik Austria*, 2014).

¹³⁾ Der Wanderungssaldo ist die Differenz zwischen internationaler Zuwanderung und Abwanderung, ein positiver Saldo besagt demnach, dass mehr Menschen zu- als abwandern.

¹⁴⁾ Statistik Austria, <http://statcube.at/superwebguest/login.do?guest=guest&db=debevjahresanf>.

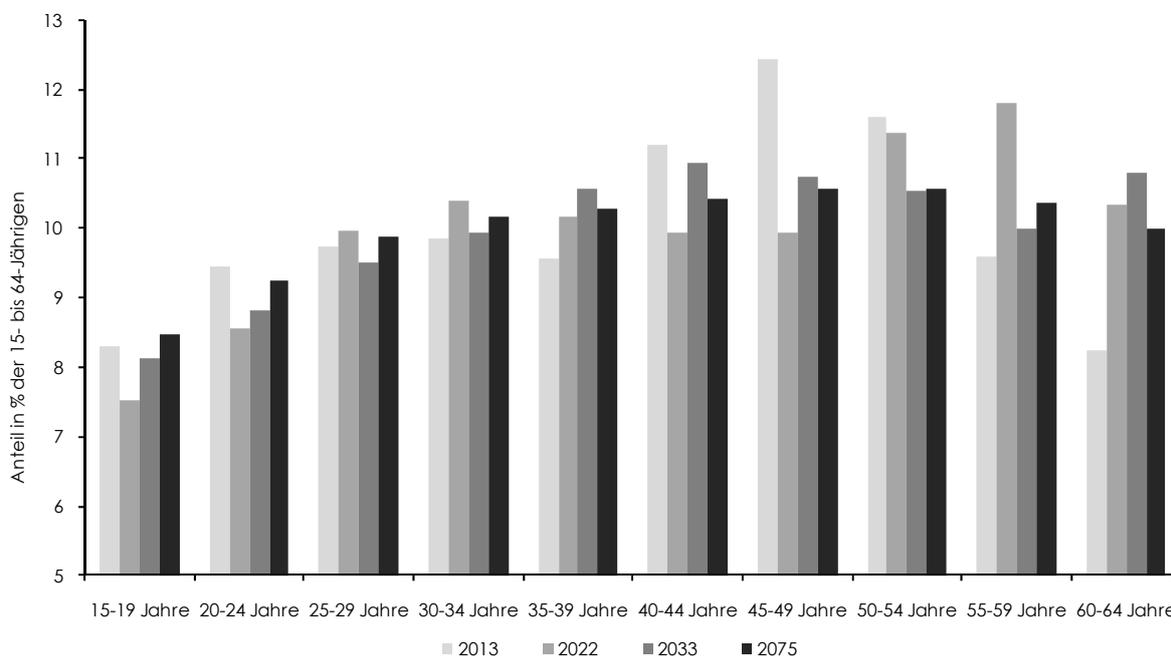
Abbildung 7: Jährliche Veränderung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) in %



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Ab dem Jahr 2022 werden die großen Jahrgangskohorten die Altersgrenze von 65 Jahren überschreiten, 2033 wird dieser Prozess weitgehend abgeschlossen sein, die Jahrgänge der 1960er Jahre werden dann ins Pensionsalter vorgerückt sein. Die nachrückenden, jüngeren Alterskohorten werden deutlich kleiner sein (vgl. Abbildung 8), sodass die Schrumpfung der Erwerbsbevölkerung, die sich maßgeblich im Jahrzehnt zwischen 2022 und 2032 vollziehen wird, voraussichtlich sehr ausgeprägt sein wird. Für den darauffolgenden Zeitraum geht die Bevölkerungsprojektion von einer balancierteren Altersstruktur aus: Während 2013 die 45- bis 49-Jährigen mit einem Anteil von 12,4% an der Erwerbsbevölkerung die größte Gruppe darstellten, wird sich ab 2033 die Größe der Altersgruppen bis auf jene der 15- bis 29-Jährigen einander angleichen und dann bei je rund 10% liegen.

Abbildung 8: Entwicklung der Erwerbsbevölkerung in 5-Jahreskohorten, 2013 bis 2075



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

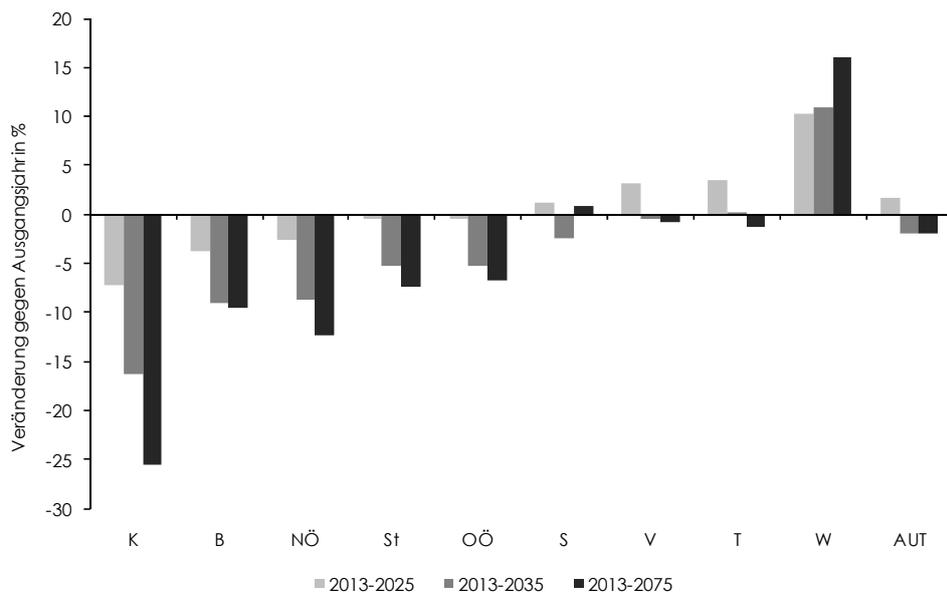
2.3.2. Zukünftige Entwicklung der Erwerbsbevölkerung in den Bundesländern

Die österreichischen Bevölkerungsprojektionen werden auch auf Bundesländerebene durchgeführt. Aufgrund der Binnenwanderung sollte es in Wien die stärkste Zunahme der Einwohnerinnen- und Einwohnerzahlen von derzeit 1,75 Mio. auf 2,26 Mio. im Jahr 2075 geben, was einer Zunahme von 29% entspricht. Auch die niederösterreichische Bevölkerung wird in den nächsten sechs Jahrzehnten um 20% auf 1,94 Mio. zunehmen. Die Zunahme in Tirol und Vorarlberg liegt mit je +17,5% ebenfalls über dem Österreichschnitt von 15%. Oberösterreich und Burgenland wachsen mit knapp über elf Prozent voraussichtlich etwas schwächer als Gesamtösterreich. Die Bevölkerungszahl Salzburgs nimmt bis 2075 voraussichtlich um 8,4%, jene der Steiermark um 4,0% zu. Einzig in Kärnten geht die jüngste Bevölkerungsprojektion von einem deutlichen Bevölkerungsverlust aus: Hier sinkt die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner von derzeit 0,556 Mio. auf 0,507 Mio. im Jahr 2075, das entspricht einem Rückgang von knapp unter 9%.

Die jüngste Bevölkerungsprojektion zeigt auch unterschiedliche länderspezifische Entwicklungen bei der Erwerbsbevölkerung im Alter von 15- bis unter 65 Jahren. Bundesweit wird bis 2075 ein Rückgang der Erwerbsbevölkerung im Ausmaß von 1,9% prognostiziert. Für die Bundeshauptstadt ist in diesem Zeitraum eine Zunahme der Erwerbsbevölkerung im Ausmaß von 16% zu erwarten, leichte Zuwächse sollte es auch in Niederösterreich (+0,8%) geben. Alle anderen Bundesländer haben mit einer schrumpfenden (Tirol: -0,85%, Vorarlberg:

-1,2%, Oberösterreich: -6,7%, Salzburg: -7,3%) bzw. einer stark schrumpfenden Erwerbsbevölkerung zu rechnen: Im Burgenland wird bis 2075 die Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren um 9,5%, in der Steiermark um 12,3% und in Kärnten sogar um voraussichtlich 25,5% sinken (vgl. Abbildung 9).

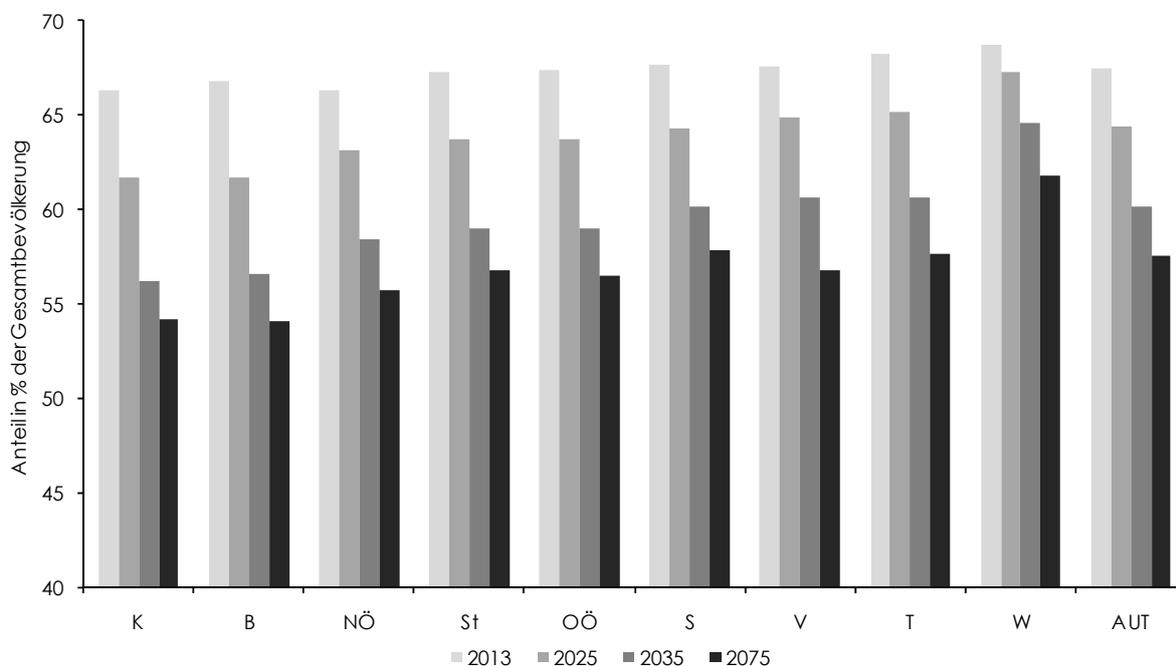
Abbildung 9: Veränderung der Zahl der Personen im Erwerbssalter (15 bis 64 Jahre) in den Bundesländern zwischen 2013 und 2075



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die dargestellten Entwicklungslinien führen zu einer maßgeblichen Strukturverschiebung in der Bundesländerbevölkerung. Insgesamt ist eine starke Abnahme des Anteils der Bevölkerung im Erwerbssalter zu erwarten. Während sich derzeit im Österreichschnitt 67% der Menschen im Erwerbssalter zwischen 15 und 64 Jahren befinden, wird sich dieser Anteil bis 2075 auf 58% reduzieren. Einen ähnlich hohen Rückgang im Ausmaß von rund 10 Prozentpunkten wird es auch in Niederösterreich, Oberösterreich, der Steiermark, Salzburg, Vorarlberg und Tirol geben. Ein stärker schrumpfender Anteil der Erwerbsbevölkerung an der Gesamtbevölkerung ist für Kärnten (-12 Prozentpunkte) und Burgenland (-13 Prozentpunkte) zu erwarten. Einzig die Bundeshauptstadt wird sich von diesem allgemeinen Trend etwas absetzen. Derzeit sind 69% der Wiener Wohnbevölkerung im Erwerbssalter. Dieser Anteil ist höher als in allen anderen Bundesländern und auch der Rückgang bis 2075 wird hier mit -7 Prozentpunkten voraussichtlich deutlich geringer ausfallen als im Österreichschnitt bzw. in den andern Bundesländern (vgl. Abbildung 10).

Abbildung 10: Entwicklung des Anteils der Personen im Erwerbsalter (15 bis 64 Jahre) an der Gesamtbevölkerung in den Bundesländern zwischen 2013 und 2075, sortiert nach den Ständen im Jahr 2035



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Der demographische Wandel verläuft regional sehr unterschiedlich und auch hier mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Im Hinblick auf das Erwerbspotential wird es Regionen geben, die aus der Verschiebung gewinnen –wie etwa die Bundeshauptstadt - und solche, die verlieren werden (Frosch – Kühntopfer – Tivig, 2007, Schipfer, 2007, Mayerhofer, 2010, Grundig et al., 2007).

Der Vergleich der Bevölkerungsstruktur 2013 mit 2075 zeigt grobe Trends auf. Für eine mittelfristige Politikplanung braucht es kurzfristigere Perspektiven. Mit Blick auf die Jahre 2025 und 2035 - in diesem Jahrzehnt werden die geburtenstarken Jahrgänge sukzessive in die Pension übertreten – lassen sich die Bundesländer in vier Gruppen zusammenfassen.

- Wien ist das einzige Bundesland, indem die Zahl der Personen im Erwerbsalter kontinuierlich ansteigen wird.
- In Vorarlberg, Tirol und Niederösterreich wird die Bevölkerung im Erwerbsalter bis zum Jahr 2025 ansteigen und wird dann in den folgenden Jahrzehnten moderat sinken.
- In Oberösterreich und Salzburg wird es bereits bis 2025 moderate Rückgänge der Erwerbsbevölkerung geben, die sich bis 2035 beschleunigen werden.
- In der Steiermark, im Burgenland und in Kärnten wird bereits vor 2025 die Erwerbsbevölkerung deutlich zurückgehen. Diese Dynamik wird sich in diesen Bundesländern bis zum Ende des Projektionszeitraums am ausgeprägtesten fortsetzen.

3. Strukturveränderungen am Arbeitsmarkt

Demographische Projektionen zeigen die zukünftigen Verschiebungen in den Besetzungszahlen der unterschiedlichen Geburtsjahrgänge der Erwerbsbevölkerung. Die vielschichtigen Rückwirkungen werden nachfolgend näher beleuchtet, nachdem der Status Quo der Altersstruktur entlang des sozialrechtlichen Status und der Wirtschaftsklassen diskutiert wurde.

Datengrundlagen

Die anonymisierten Individualdaten des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger (HV) bilden die Grundlage der Altersstrukturanalyse. Die HV-Daten enthalten persönliche Merkmale wie Alter und Geschlecht, sowie die berufliche Stellung in der Ausprägung Arbeiter, Arbeiterin, Angestellte, Angestellter und Selbständige, Selbständiger. Zudem wurde dieser Datenbasis auch die Information zur Partizipation am Arbeitsmarkt entnommen. Diese ist in den Kategorien „beschäftigt“, „atypisch beschäftigt“, „arbeitslos“, „nicht in der Erwerbsbevölkerung“ (out of labour force) und „selbständig“ vorhanden. Der Beschäftigungsstatus zum Stichtag 9. November definiert die Zurechnung zum sozialrechtlichen Status. Eine Information gemäß ÖNACE-Klassifikation¹⁵⁾ liegt aber ausschließlich für unselbständig Beschäftigte vor. Die selbständig Beschäftigten werden in der Hauptverbands-Beitragsgrundlagenstatistik nicht der österreichischen Systematik der Wirtschaftstätigkeiten zugeordnet. Die Altersstruktur der selbständig Erwerbstätigen in den Wirtschaftsbereichen wurde für die Jahre 2010 und 2013 den Daten des Arbeitsmarktservices entnommen¹⁶⁾.

3.1. Altersstruktur der unselbständig Beschäftigten

Die hohe Dynamik im Bereich der Beschäftigung ist in der jüngeren Vergangenheit von den Einbrüchen des Wirtschaftswachstums seit dem Jahr 2009 gekennzeichnet. Die Beschäftigungsrückgänge im Zuge der Finanzmarktkrise konnten wieder aufgeholt werden. Mittel- und langfristig ist die Beschäftigungsentwicklung von der Produktionsentwicklung bzw. von der Nachfrageentwicklung in den unterschiedlichen Wirtschaftszweigen bestimmt. Darüber hinaus sind technische und organisatorische Innovationen und Veränderungen im Konsumverhalten mit Veränderungen in den Arbeits- und Produktionsbedingungen innerhalb der und zwischen den Wirtschaftszweigen verbunden. Diese Veränderungen zeigen sich mittel- und langfristig sowohl in der Beschäftigungsdynamik als auch im Beschäftigungsniveau in den Wirtschaftsbranchen.

¹⁵⁾ Die ÖNACE ist die österreichische Fassung der europäisch einheitlichen Systematik der Wirtschaftszweige (NACE = Nomenclature générale des activités économiques dans les communautés européennes). Es handelt sich um eine hierarchisch strukturierte statistische Klassifikation aller Wirtschaftstätigkeiten, die Zuordnung erfolgt auf Basis der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit des eine Person beschäftigenden Unternehmens.

¹⁶⁾ vgl. <http://iambweb.ams.or.at/ambweb/>.

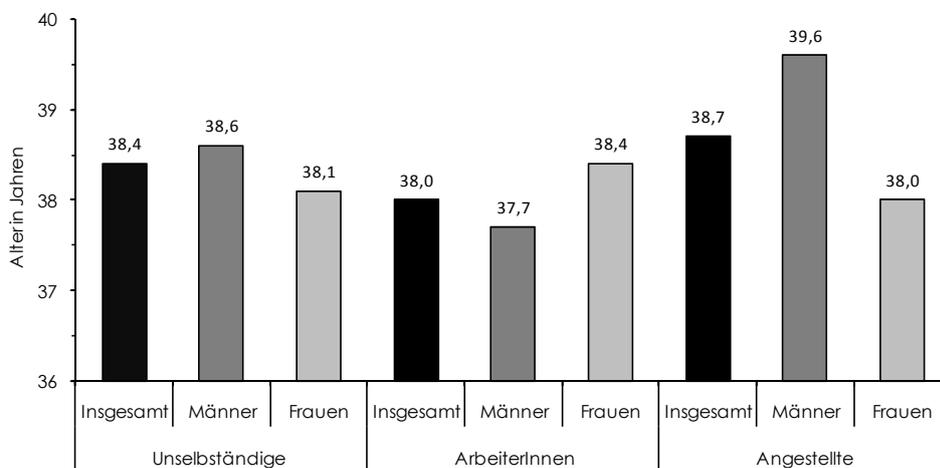
Die Tertiärisierung der Wirtschaft, also die Gesamtheit der strukturellen Veränderungen in Richtung einer Dienstleistungsgesellschaft, ist von einer Zunahme der Beschäftigten in Angestelltenverhältnissen zulasten jener der Arbeiterinnen und Arbeiter gekennzeichnet. Das duale österreichische Bildungssystem mit dem frühen Erwerbseinstieg in Form der Lehrlingsausbildung geht mit einem geringeren Durchschnittsalter der Arbeiterinnen und Arbeiter im Vergleich mit den angestellten Frauen und Männern einher. Im Jahr 2013 konzentrierten sich die Angestellten auf die Altersgruppe der 27- bis 55-Jährigen, während der Anteil der unter 27-Jährigen bei den Angestellten geringer ist als bei den ArbeiterInnen. Ab dem 55. Lebensjahr wiederum gleichen sich die Beschäftigungsanteile zwischen den Angestellten und den ArbeiterInnen wieder an. Die schulische Ausbildung, welche einem Angestelltenverhältnis typischerweise vorgelagert ist, resultiert in einem geringeren Anteil der unter 27-jährigen Angestellten (an allen Angestellten) im Vergleich mit den Arbeiterinnen und Arbeitern.

Im Jahr 2013 wiesen Arbeiter mit 36,6 Jahren das geringste Durchschnittsalter¹⁷⁾ und angestellte Männer mit 40,9 Jahren das höchste Durchschnittsalter bei den unselbständig Beschäftigten auf. Das gegenüber Arbeitern höhere Durchschnittsalter der Arbeiterinnen folgt aus der Tatsache, dass mehr Burschen einen Lehrberuf ergreifen und damit in der Beschäftigungsstatistik mit ihrem geringen Alter aufscheinen. Mädchen besuchen dagegen eher weiterführende Schulen, steigen erst später in den Arbeitsmarkt ein und sind häufiger als Angestellte und weniger häufig als Arbeiterinnen tätig.

Das höhere Durchschnittsalter der angestellten Männer ist auch durch einen Selektionseffekt mitbestimmt. Ihre Qualifikationsstruktur wie ihre Arbeitsverdienste sind im Schnitt höher (*Horvath – Mahringer, 2014A*). Personen mit höheren Qualifikationen sind besser am Arbeitsmarkt integriert, sie sind weniger oft arbeitslos und treten später aus dem Arbeitsmarkt aus. Diese Faktoren deuten darauf hin, dass das höhere Alter der angestellten Männer mit den betrieblichen Vorgaben vereinbar ist, ein steigendes Alter der Erwerbsbevölkerung seitens der Betriebe absorbierbar ist (*Frimmel – Horvath, 2014*).

¹⁷⁾ Für die Durchschnittsalterberechnung wurden ausschließlich Beschäftigte im Alter zwischen 15 und 64 Jahren herangezogen. Beschäftigte im Alter von 65 und mehr Jahren würden die Durchschnitte stark nach oben drücken und wurden daher ausgeblendet.

Abbildung 11: Durchschnittsalter unselbständig Beschäftigter nach sozialrechtlichem Status, 2013



Q: WIFO-INDIDV.

Altersstruktur der Beschäftigten in den Wirtschaftszweigen

Am Durchschnittsalter der Beschäftigten lassen sich die demographischen Verschiebungen weniger deutlich erkennen, als bei einem näheren Blick in die Wirtschaftsbereiche. Hier manifestieren sich in der Beschäftigungsdynamik wirtschaftliche Strukturverschiebungen.

Anhand der Altersstruktur in den Wirtschaftsbranchen lassen sich jene Bereiche finden, in denen die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre beschäftigt sind. In Branchen ohne große Nachfrageschwankungen oder generelle Nachfragerückgänge ist die Wahrscheinlichkeit von länger andauernden Beschäftigungsverhältnissen und damit eines höheren Durchschnittsalters der dort Beschäftigten größer. In Branchen mit Beschäftigungsrückgängen oder in expandierenden Wirtschaftszweigen sollte die Altersstruktur dagegen stärker vom erstgenannten Branchentypus abweichen.

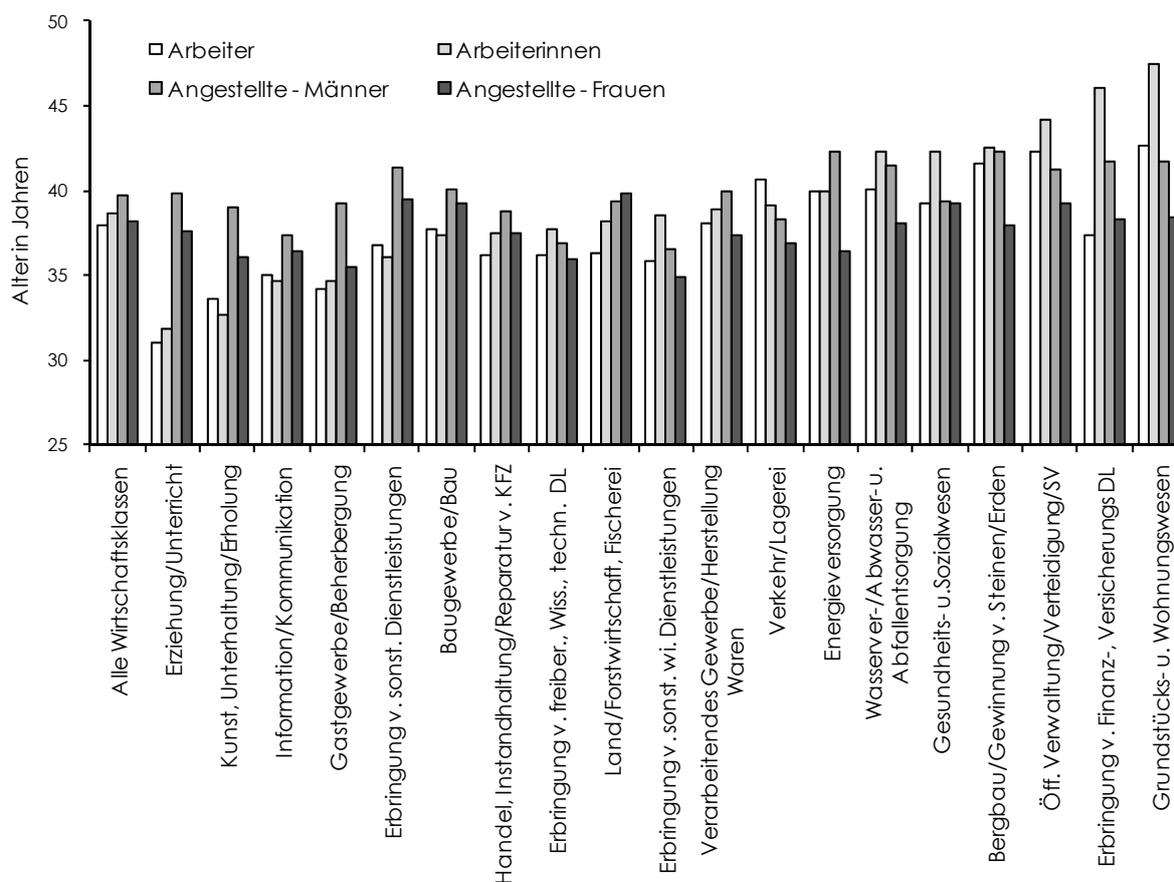
Neben den bereits dargestellten Unterschieden im Durchschnittsalter zwischen Arbeiterinnen bzw. Arbeitern und Angestellten schwankt dieses Alter auch zwischen den Wirtschaftsbereichen¹⁸⁾ deutlich: Bei den Arbeiterinnen und Arbeitern markiert die ÖNACE-2008-Branche ‚Erziehung und Unterrichtswesen‘¹⁹⁾ mit 31,0 (Männer) bzw. 31,8 Jahren (Frauen) das unter Ende des Durchschnittsalters und das ‚Grundstücks- und Wohnungswesen‘ mit 42,7 (Männer) bzw. 47,5 (Frauen) Jahren das obere Ende des Spektrums. Im letztgenannten Bereich sind allerdings nur 1,3% aller Unselbständigen beschäftigt.

¹⁸⁾ Die Wirtschaftsbereiche ‚Private Haushalte‘ und ‚Exterritoriale Organisationen‘ bleiben im Folgenden unberücksichtigt, da hier nur rund 3.700 bzw. 700 unselbständig Beschäftigte vorhanden sind, das entspricht einem Anteil von 0,1% bzw. 0,02% aller unselbständig Beschäftigten.

¹⁹⁾ In diesem Bereich waren 2013 allerdings nur 1,2% aller Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt.

Das Durchschnittsalter der Angestellten liegt in der Branche ‚Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen‘ mit 36,5 (Männer) bzw. 34,9 Jahren (Frauen) am niedrigsten und in der ‚Energieversorgung‘ mit 42,3 Jahren bei den Männern bzw. im ‚Baugewerbe und Bau‘ bei den angestellten Frauen mit 39,2 Jahren am höchsten, wobei in der letztgenannten Wirtschaftsabteilung 2,6% der angestellten Frauen arbeiten.

Abbildung 12: Durchschnittliche Altersstruktur unselbständig Beschäftigter nach sozialrechtlicher Stellung, 2013, Einzelbranchen sortiert nach dem Durchschnittsalter der Arbeiterinnen



Q: HV, WIFO-INDIDV; DL = Dienstleistungen.

Abbildung 12 gibt einen Einblick in die großen Altersunterschiede der unselbständig Beschäftigten in den Wirtschaftszweigen. Das Durchschnittsalter schwankt zwischen 31 Jahren bei den Arbeitern im Bereich Erziehung und Unterricht (hier arbeiten 0,8% aller Arbeiter) und 47,5 Jahren bei den Arbeiterinnen im Grundstücks- und Wohnungswesen, wo 2,4% aller Arbeiterinnen Beschäftigung finden.

3.2. Altersstruktur selbständig Erwerbstätiger

Die Entwicklung der Selbständigenzahlen ist von mehreren Strukturveränderungen geprägt. War noch zu Beginn der 1960er Jahre von den knapp 1 Mio. selbständig Erwerbstätigen der Großteil in der Land- und Forstwirtschaft zu finden, bedingt die Tertiärisierung der Wirtschaft einen starken Rückgang der Erwerbstätigen im Primärsektor zugunsten des Dienstleistungssektors. Bis zum Jahr 1996 sank die Zahl der selbständig Erwerbstätigen auf 360.000. Dem Rückgang im Bereich der Land- und Forstwirtschaft steht seither eine deutliche Zunahme der Zahlen im Bereich der neuen Selbständigen, der Ein-Personen-Unternehmen (EPU) gegenüber. Die Eingliederung der neuen Arbeitsformen in die Sozialversicherung der Gewerbetreibenden (Lutz – Mayrhuber, 2010) und der Bedeutungsgewinn der Ein-Personen-Unternehmen bedingten seither wieder einen Anstieg der Zahl der selbständig Beschäftigten auf rund 463.500 bis zum Jahr 2013. Im Jahr 2013 ermittelte die Wirtschaftskammer insgesamt 266.910 Ein-Personen-Unternehmen, definiert als EinzelunternehmerInnen oder GesmbHs', welche keine unselbständig Beschäftigten oder geringfügig Beschäftigte haben (WKO, 2014). Der Rückgang der Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft, sowie die Zunahme bei den Ein-Personen-Unternehmen bilden die beiden strukturellen Verschiebungen, welche die Altersstruktur im Bereich der selbständig Erwerbstätigen kennzeichnen.

Definition der Selbständigenzahlen

Die Zahl der selbständig Erwerbstätigen gemäß WIFO²⁰⁾ lag 2013 bei 463.500, 40% davon waren Frauen und 60% Männer. Laut Datenbank des Arbeitsmarktservices (AMDB) waren es 330.154 gewerblich und freiberuflich selbständig Erwerbstätige und weitere 98.109 Selbständige in der Landwirtschaft. In der Sozialversicherungsanstalt der Gewerblichen Wirtschaft wurden 2013 insgesamt 401.744 pensionsversicherte Pflichtversicherungsverhältnisse registriert, in der Sozialversicherungsanstalt der Bauern waren es 146.345 Pflichtversicherte. Die Differenzen beider Statistiken beruhen unter anderem darauf, dass die Sozialversicherungsanstalten Versicherungsverhältnisse und nicht wie die Datenbank des AMS Personen erfassen.

Eine weitere Systematisierung der Selbständigen findet sich im Steuerrecht. Gemäß der Einkommenssteuerstatistik 2011 waren 587.481 steuerpflichtige Personen mit Selbständigeneinkommen²¹⁾ erfasst. Durch den Ausschluss von Steuerfällen aufgrund von

²⁰⁾ Die Selbständigenzahlen werden vom WIFO aus der Datenbank (**B**eschäftigung **A**rbeitsmarkt **L**eistungsbezieher **I**nformationen) des BMASK übernommen. Die Priorisierung „Unselbständige Beschäftigung vor selbständiger Beschäftigung“ wird übernommen und nur Personen mit ausschließlich selbständiger Tätigkeit gezählt, um Doppelzählungen zu vermeiden. Zu den so gewonnenen Daten werden die aktiven Mitglieder aus den jeweiligen Statistiken der Kammern für freie Berufe (Mitglieder der Länderkammern der Architekten und Ingenieurkonsulenten, der Österreichischen Rechtsanwaltskammer und bis 2008 der Österreichischen Notariatskammer, etc.), sofern sie nicht im DWH erfasst sind, hinzugezählt.

²¹⁾ Relevante Einkommen in der Einkommenssteuerstatistik sind: Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft; selbständiger Arbeit (freiberuflich Tätige); Gewerbebetrieb; nichtselbständige Arbeit; Kapitalvermögen (Gewinnanteile, Zinsen etc. soweit sie nicht durch die Entrichtung der Kapitalertragsteuer endbesteuert sind); Vermietung und Verpachtung; sonstige Einkünfte.

Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, verbleiben knapp 30.000 Steuerfälle mit Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, 160.000 Steuerfälle mit Einkommen aus freiberuflicher Tätigkeit und 170.000 Fälle mit Einkünften aus Gewerbebetrieben. In der Einkommensteuerstatistik 2011 waren rund 330.000 Selbständige (ohne Land- und Forstwirtschaft) erfasst. Diese Zahl liegt deutlich unter den Selbständigenzahlen gemäß AMDB und gemäß den Pensionsversicherungsanstalten. Auch im Bereich der Land- und Forstwirtschaft unterscheiden sich die Selbständigenzahlen zwischen den Erfassungssystematiken: Das Landwirtschaftsministerium registrierte für 2013 145.485 selbständig Erwerbstätige (umgerechnet in Vollzeitäquivalente²²) und die Beitragsgrundlagenstatistik des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger erfasste 146.345 Pensionsversicherungspflichtige in der Sozialversicherungsanstalt der Bauern (BMLFUW, 2014).

Die Zahl der Selbständigen ist am höchsten, wenn sozialversicherungsrechtliche Daten herangezogen werden. Hier gibt es allerdings den Nachteil, dass die Erfassung an den Beschäftigungsverhältnissen und nicht an den Personen ausgerichtet ist. Eine Person kann mehrere Beschäftigungsverhältnisse haben, bei den unselbständig Beschäftigten üben 1,2% der Personen zwei oder mehr Beschäftigungsverhältnisse aus (Haydn, 2015), in der Einkommenssteuer entfallen auf jeden Steuerpflichtigen durchschnittlich 1,8 Einkunftsarten (Statistik Austria, 2014).

Datengrundlage

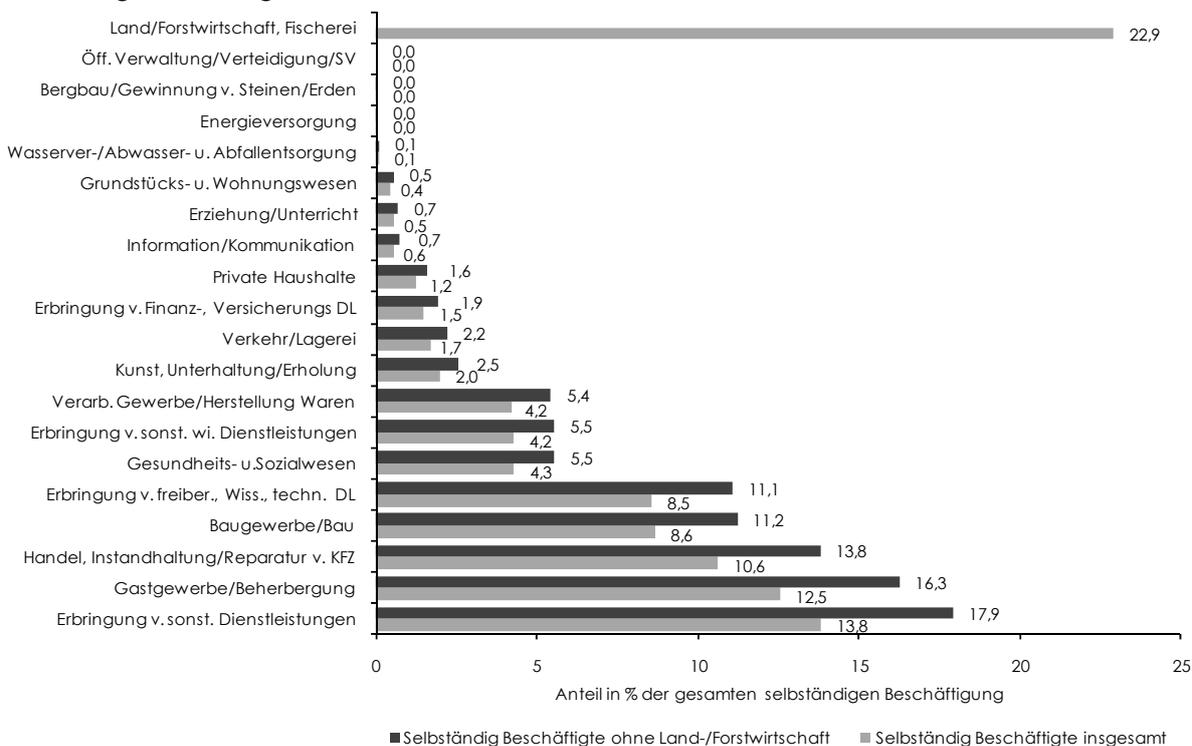
Selbständig Erwerbstätige können in der Beitragsgrundlagenstatistik des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger entsprechend dem Versicherungsträger in Land- und Forstwirtinnen und Forstwirte und Gewerbetreibende untergliedert werden. Die Steuerstatistik bietet die Unterscheidungsmöglichkeit in land- und forstwirtschaftlich Tätige, Gewerbetreibende und freiberuflich Tätige. Allerdings finden sich in dieser keine ausreichenden Informationen zum Alter der steuerpflichtigen Selbständigen. Auch in der Beitragsgrundlagenstatistik des Hauptverbands fehlen sowohl die Wirtschaftsklassensystematik der selbständig Erwerbstätigen als auch eine – für die vorliegende Fragestellung notwendige – Altersangabe. Die Altersstruktur der Selbständigen insgesamt kann den Rohdaten des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger entnommen werden, die in der AMS-Arbeitsmarktdatenbank (AM-DB) aufbereitet werden. Für diese Selbständigen sind auch die Wirtschaftsbereiche, in denen sie tätig sind, weitgehend bekannt. Auf der Ebene der NACE-2-Steller sind die Selbständigen nach Alter in Fünf-Jahres-Kohorten zugänglich, das Einzelalter ist aufgrund der vorgeschriebenen Anonymisierung nicht vorhanden. Für die Berechnung des Durchschnittsalters wurde die vereinfachende Annahme getroffen, dass innerhalb der Fünfjahresgruppen, die Selbständigen gleichmäßig verteilt sind.

²²) Geleistetes Arbeitsvolumen innerhalb eines Jahres dividiert durch die durchschnittliche Arbeitszeit je Vollzeitarbeitsplatz.

Selbständigenanteil in den Wirtschaftsklassen

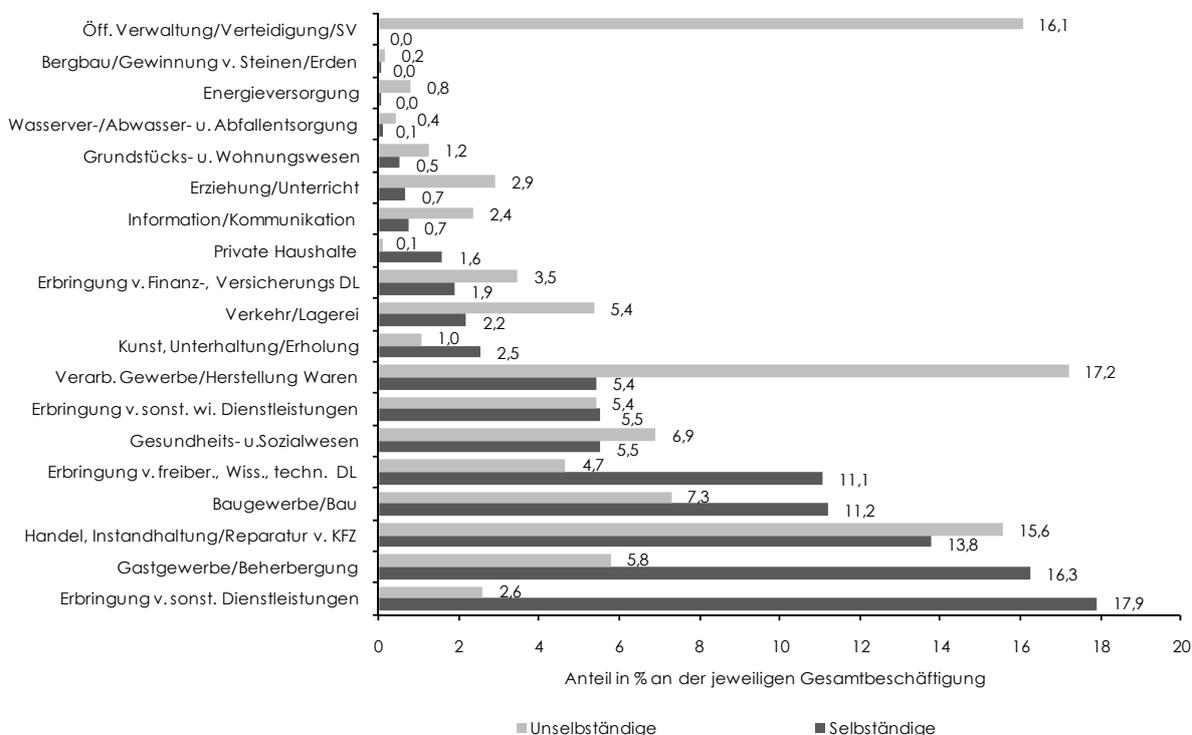
Im Jahr 2013 waren knapp 98.100 Selbständige in der Landwirtschaft und 330.000 Selbständige in ÖNACE-2-Stellern eingereiht. Die Landwirtinnen und Landwirte stellen mit 23% die größte Gruppe der Selbständigen. Abgesehen vom Landwirtschaftsbereich ist die größte Gruppe der Selbständigen in der Branche Erbringung von sonstigen Dienstleistungen (14%) zu finden. Hierunter fallen Selbständige im Bereich der Interessenvertretungen (NACE 94), der Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern (NACE 95) und der Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen (NACE 96). Im Gastgewerbe sind 13%, im Handel 11% und im Bau bzw. in der Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen je 9% aller Selbständigen tätig (vgl. Abbildung 13). In der öffentlichen Verwaltung finden sich erwartungsgemäß keine selbständig Tätigen, ebenso in der Energieversorgung.

Abbildung 13: Verteilung der Selbständigen über die Wirtschaftsklassen, 2013, in % aller selbständig Beschäftigten



Q: AMDB, WIFO-Berechnungen. - DL = Dienstleistungen.

Abbildung 14: Vergleich der Anteile unselbständig und selbständig Beschäftigter in den Wirtschaftsklassen, 2013



Q: AMDB, WIFO-Berechnungen. – DL = Dienstleistungen.

Über die Wirtschaftsklassen sind unselbständig und selbständig Beschäftigte recht unterschiedlich verteilt (vgl. Abbildung 14): Für die erstgenannte Gruppe sind das verarbeitende Gewerbe mit knapp über 17%, die öffentliche Verwaltung mit 16,1% und der Handel mit 15,2% die größten Arbeitgeber; für Selbständige – wie erwähnt – die Erbringung von sonstigen Dienstleistungen, Gastgewerbe und Handel.

Altersstruktur in der Land- und Forstwirtschaft

Die Land- und Forstwirtschaft verliert kontinuierlich ihre Bedeutung als Beschäftigungssektor: Allein in den vergangenen drei Jahren sank die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe um 3,4% und die Zahl der Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft im vergangenen Jahrzehnt um rund 14%. Der Rückgang entspricht einem Verlust von rund 28.000 Vollzeitäquivalenten. 2013 gab es bei den Selbständigen rund 145.000 Vollzeitäquivalente (BMLFUW, 2014). 2010 waren 60% der BetriebsführerInnen zwischen 35 bis 55 Jahre alt, zehn Jahre zuvor lag der Anteil in dieser Altersgruppe bei 54% (ebenda). Die sinkenden Erwerbstätigenzahlen bedeuten hier ein Sinken des Anteils bei den Jungen. Die Tatsache, dass die Landwirtschaft für eine kleiner werdende Zahl von Personen eine Beschäftigungsperspektive bietet, führt zu einem steigenden Durchschnittsalter der verbleibenden Selbständigen in diesem Sektor. Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft ist

das steigende Alter der Erwerbstätigen weniger Folge des allgemeinen demographischen Wandels als vielmehr der Strukturverschiebung, des Bedeutungsverlustes des Primärsektors als Beschäftigungsfeld zugunsten des tertiären Sektors. *Kletzan-Slamanig et al. (2014)* zeigten mittels Trendextrapolation, dass bis 2025 die Beschäftigungszahlen in der Land- und Forstwirtschaft voraussichtlich um jährlich zwischen 1,8% und 2,0% zurückgehen werden.

Altersstruktur in der gewerblichen Wirtschaft, bei den freien Berufen

Während die Selbständigenzahlen in der Land- und Forstwirtschaft rückläufig sind, erhöhen sich die Selbständigenzahlen im nicht-landwirtschaftlichen Bereich. Hier ist zu vermuten, dass sich die Altersstruktur der EPU's von jenen der Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen unterscheidet und das Durchschnittsalter insgesamt nach unten drückt. Für eine getrennte Alters-Analyse der Selbständigen (Gewerbetreibende, freie Berufe, EPU's etc.) fehlt die Datengrundlage. Vorhanden sind Informationen über die Altersstruktur der Selbständigen insgesamt entlang der Wirtschaftsklasse (NACE-2-Steller) gemäß Arbeitsmarktdatenbank.

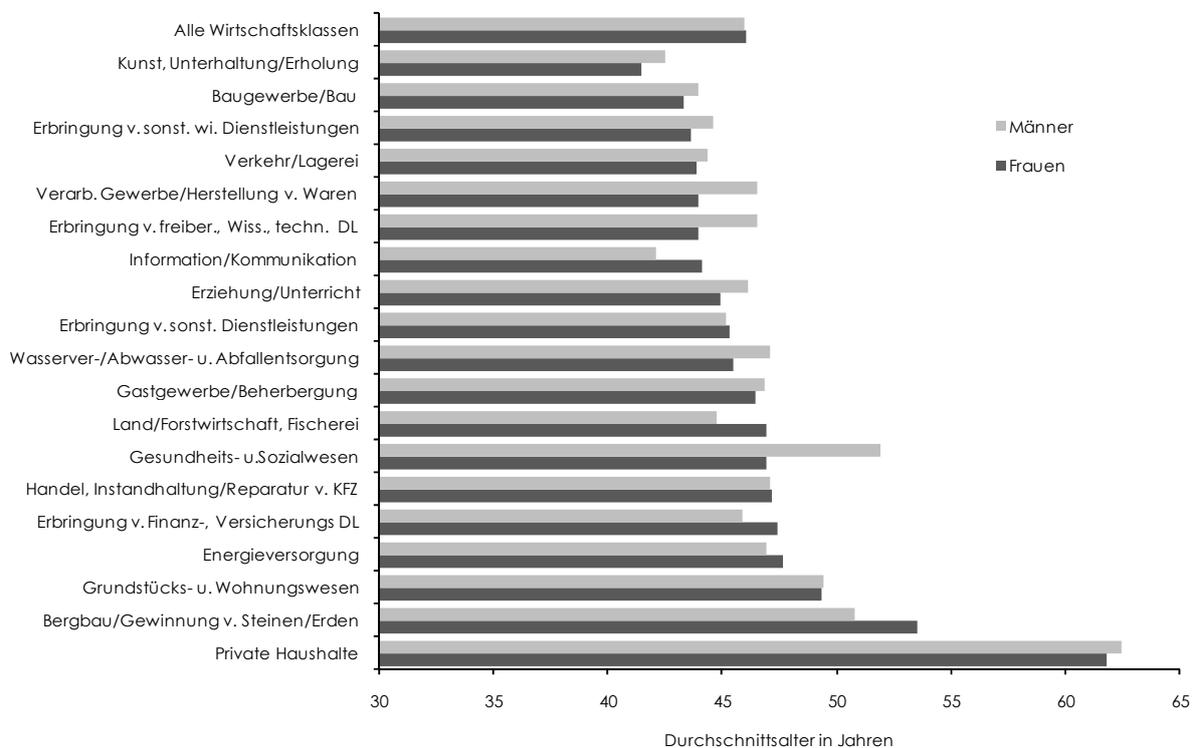
Das Durchschnittsalter der selbständig Beschäftigten ist nachfolgend für jene Wirtschaftsbereiche festgehalten, in denen zumindest 0,5% der Selbständigen beschäftigt sind. Durch diese Mindestanforderung fallen die Bereiche Bergbau, Energieversorgung, Wasserver- und -entsorgung, öffentliche Verwaltung und exterritoriale Organisationen weg, da sich hier keine (öffentliche Verwaltung, Energie) oder nur wenige selbständig Beschäftigte finden.

Das Durchschnittsalter der Selbständigen streut zwischen rund 62 Jahren in der Wirtschaftsklasse „Private Haushalte²³⁾“ (hier sind allerdings nur 1,2% aller Selbständigen tätig) und 42,2 Jahren in der Branche „Kunst, Unterhaltung und Erholung²⁴⁾“ (hier sind ebenfalls nur 2% aller Selbständigen tätig). In jenen Wirtschaftsklassen, auf die sich die Selbständigen konzentrieren, beträgt das Durchschnittsalter bei den „sonstigen Dienstleitungen“ (knapp 18% aller Selbständigen) 44,3 Jahre, im Gastgewerbe (rund 16% aller Selbständigen) 46,7 Jahre, im Handel (knapp 14%) 47,1 Jahre und im Bau (rund 11%) 43,9 Jahre (vgl. Abbildung 15).

²³⁾ Darunter fallen private Haushalte mit Hauspersonal, die Herstellung von Waren und die Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte.

²⁴⁾ Darunter fallen kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten, Bibliotheken, Museen, Spiel-, Wett-, und Lotteriewesen, die Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und Erholung.

Abbildung 15: Durchschnittsalter selbständig erwerbstätiger Frauen und Männer, 2013

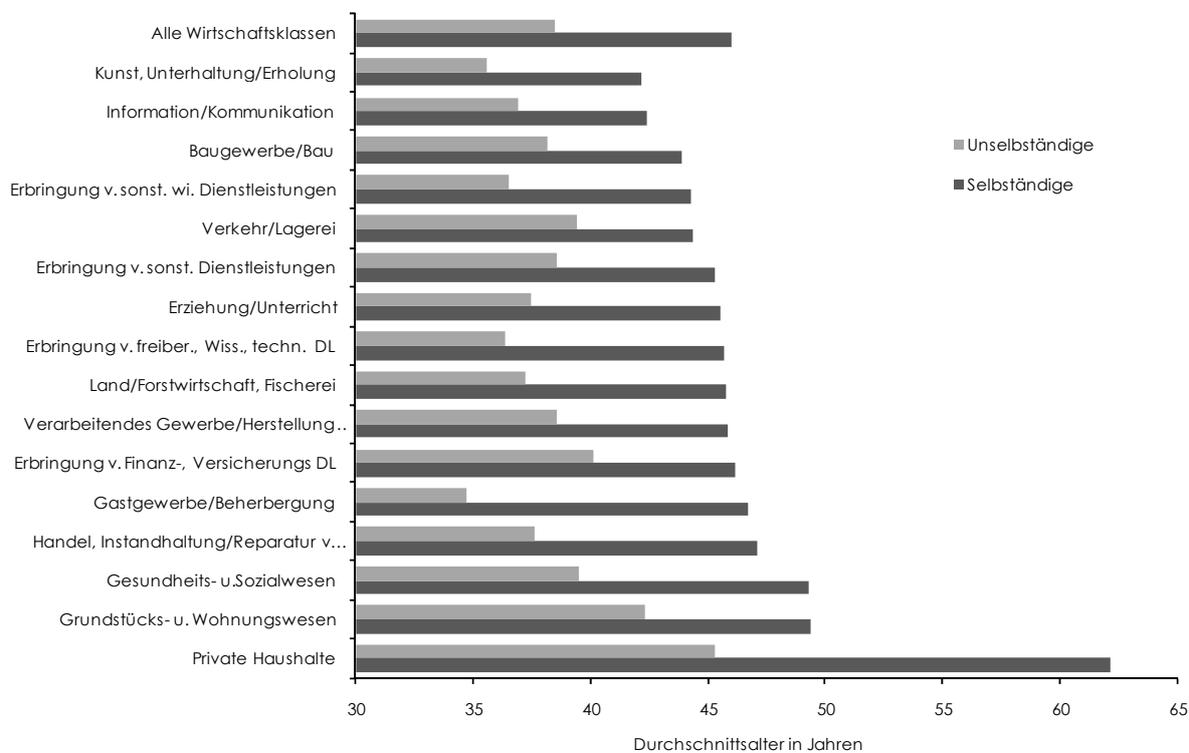


Q: AMDB, WIFO-Berechnungen. – DL = Dienstleistungen.

Über alle Wirtschaftsbereiche hinweg liegt das Durchschnittsalter der selbständig Erwerbstätigen deutlich über jenem der unselbständig Erwerbstätigen (vgl. Abbildung 16). Das Durchschnittsalter der Selbständigen entspricht damit eher jenem der Erwerbsbevölkerung. Damit wird sich der Erwerbsaustritt der geburtenstarken 1960er Jahre bei den selbständig Erwerbstätigen früher auswirken als bei den unselbständig Erwerbstätigen.

Innerhalb der Erwerbsbevölkerung der 15- bis 64-Jährigen fanden sich 2013 insgesamt 24,1% der Personen in der besetzungstärksten Gruppe der 45- bis 54-Jährigen. Bei den selbständig Erwerbstätigen ohne Landwirtschaft fanden sich 36,3%, bzw. unter Berücksichtigung der Landwirtschaft 37,3% in der genannten Altersgruppe. Höhere Anteile zeigten sich im Grundstücks- und Wohnungswesen (39,8%), im Beherbergungs- und Gastgewerbe (39,8%) sowie im Handel (39%) und im Erziehungs- und Unterrichtswesen (37,5%). In den verbleibenden Wirtschaftsklassen ist die Kohorte der 45- bis 54-Jährigen schwächer besetzt als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt.

Abbildung 16: Vergleich des Durchschnittsalters von selbständig und unselbständig Erwerbstätigen, 2013



Q: AMDB, WIFO-Berechnungen. – DL = Dienstleistungen.

3.3. Entwicklungen in ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Bei Nichtberücksichtigung der privaten Haushalte und der exterritorialen Organisationen²⁵⁾ streut das Durchschnittsalter der Beschäftigten bei den Arbeiterinnen und Arbeitern zwischen 31,4 und 45,5 Jahren und bei den Angestellten zwischen 35,6 und 41,0 Jahren. Werden die zusammengefassten Wirtschaftsklassen auf ÖNACE-1-Steller-Ebene betrachtet, zeigt sich, dass ein hohes Durchschnittsalter in jenen Bereichen vorliegt, die weder eindeutig öffentlich noch eindeutig privatwirtschaftlich dominiert sind. Das Durchschnittsalter der unselbständig Erwerbstätigen in jenen Wirtschaftsbereichen, in denen die öffentliche Hand eine bedeutende Arbeitgeberin ist, liegt – mit wenigen Ausnahmen – über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Durch vorhandene Pragmatisierungen, einem Spezifikum der öffentlichen Verwaltung, das vor allem bei älteren Arbeitskräften wirkt, das gleiche Pensionsantrittsalter von beamteten Frauen und Männern und den überdurchschnittlich hohen Anteil von Akademikerinnen und Akademikern mit einem späteren Arbeitsmarkteinstieg, weicht hier das Durchschnittsalter tendenziell nach oben ab. Auch der höhere AkademikerInnenanteil im Aufgabengebiet des Bundes von 32,2% im Vergleich zur Privatwirtschaft von 11,8% (*Bundeskanzleramt*, 2013) und der spätere Erwerbsaustritt von Personen mit Tertiärausbildung wirken erhöhend auf das Durchschnittsalter.

Bei den Angestellten (einschließlich der Beamteten) liegt in den Wirtschaftsbereichen der Energieversorgung (mit 1,1% aller Angestellten), der Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung (mit nur 0,3% aller Angestellten), sowie in der Erbringung der sonstigen Dienstleistungen (mit 3,0% aller Angestellten) das Durchschnittsalter deutlich über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Unter die sonstigen Dienstleistungen fallen die Vermietung von beweglichen Sachen (Kraftfahr-, Wasser- und Luftfahrzeugen), die Vermietung und Überlassung von Arbeitskräften, Reisebüros- und Reiseveranstalter, die Gebäudebetreuung (Reinigung) und wirtschaftliche Dienstleistungen (Call Centers, Ausstellungs- und Kongressveranstaltungen). Im Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, hier arbeiten 5,9% aller Angestellten, beträgt das Durchschnittsalter 40 Jahre und bewegt sich damit ebenfalls über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. In der öffentlichen Verwaltung übersteigt das Durchschnittsalter der Männer jenes der Männer insgesamt (über alle Branchen) um 1,5 Jahre; die Altersstruktur ist hier maßgeblich von den Beamtetendienstverhältnissen geprägt.

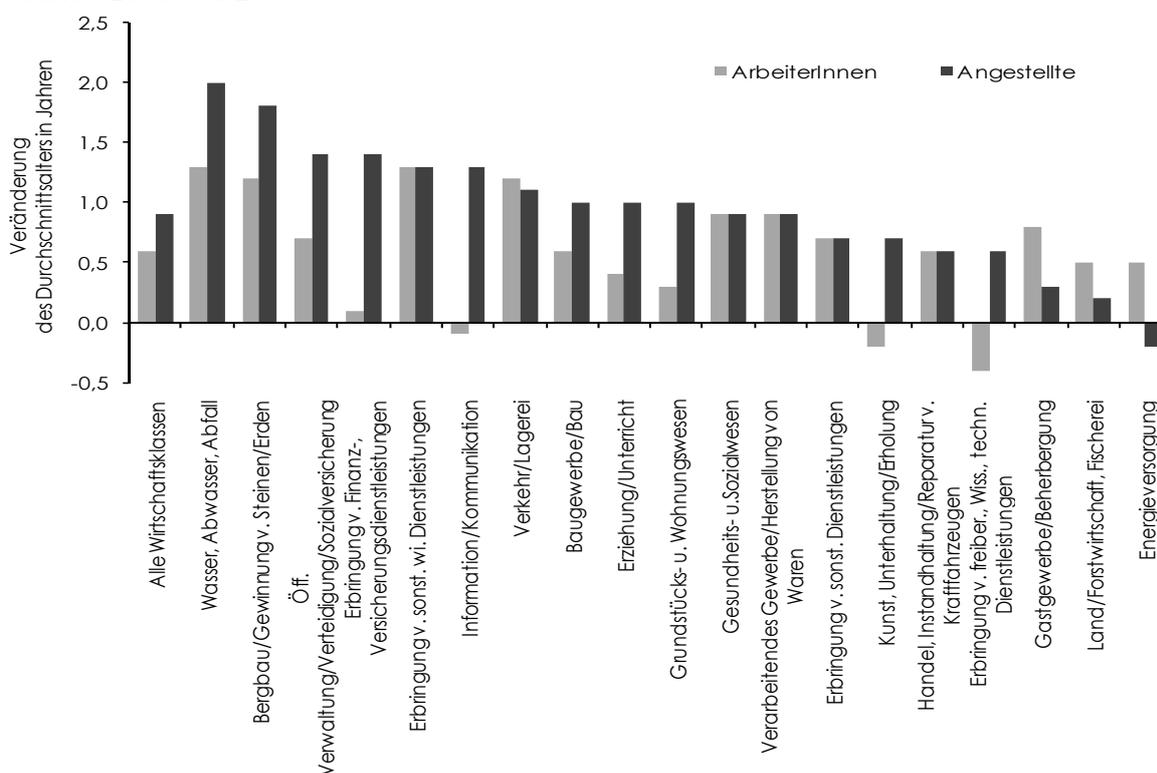
Das Durchschnittsalter von 38,1 Jahren bei den ArbeiterInnen weicht besonders in den für sie kleinen Arbeitsbereichen des Grundstücks- und Wohnungswesens (1,3% aller ArbeiterInnen), in der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (0,3% aller ArbeiterInnen) und in der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung (6,6% aller ArbeiterInnen sind hier beschäftigt) nach oben ab. Auch im Gesundheits- und Sozialwesen, wo 2,8% aller

²⁵⁾ In den genannten Wirtschaftsklassen arbeiteten 2013 weniger als 0,1% der unselbständig Beschäftigten.

ArbeiterInnen beschäftigt sind, liegt das Durchschnittsalter mit 41,2 Jahren über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt.

Die höchste Veränderung der Altersstruktur zwischen 2008²⁶⁾ und 2013, gemessen am Durchschnittsalter entlang der Wirtschaftsbereiche (nach ÖNACE 2008), war bei ArbeiterInnen und Angestellten in der Wasserversorgung bzw. Abwasser- und Abfallentsorgung beobachtbar: Hier stieg das Durchschnittsalter bei den Angestellten um 2 Jahre und bei den ArbeiterInnen um 1,3 Jahre an. Das Durchschnittsalter der Angestellten im Bergbau, in der öffentlichen Verwaltung, bei der Erbringung von Finanzdienstleistungen, und in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen erhöhte sich zwischen 2008 und 2013 schneller als in der Gesamtwirtschaft. Bei den ArbeiterInnen lag eine überdurchschnittliche Dynamik in der Wasserversorgung, in der Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen sowie im Verkehr vor (vgl. Abbildung 17).

Abbildung 17: Veränderung des Durchschnittsalters der unselbständig Erwerbstätigen zwischen 2008 und 2013



Q: AMDB, WIFO-Berechnungen.

²⁶⁾ Da die ÖNACE-Klassifizierung mit dem Jahr 2008 erneuert wurde, wird aus Datenbruchgründen auf einen längeren Zeitvergleich verzichtet.

Zusammenfassend stechen im Fall der unselbstständig Beschäftigten somit folgende Wirtschaftsbereiche durch hohe Altersveränderungen hervor: Neben der Wasserver- und -entsorgung und dem Bergbau sind es die Bereiche der öffentlichen Verwaltung, der Erbringung von Finanz- und Versicherungs- sowie der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. Im Bereich der Selbstständigkeit sticht das Grundstücks- und Wohnungswesen und im Gesundheits- und Sozialwesen dem mit einem hohen Durchschnittsalter von 49,4 bzw. 49,3 Jahren hervor.

Unter der Annahme einer Beibehaltung des jeweiligen branchenspezifischen Beschäftigungsniveaus sowie der Fortsetzung dieses Trends in den kommenden Jahrzehnten, wird es in den genannten Bereichen voraussichtlich zu einer stärkeren Beschäftigungsnachfrage bzw. einem überdurchschnittlichen Beschäftigungsumschlag kommen. Der Pflegebereich, dieser steht im nachfolgenden Abschnitt im Mittelpunkt, stach 2013 durch ein hohes Durchschnittsalter der dort selbständig Erwerbstätigen hervor.

Die Altersdynamik in den einzelnen Wirtschaftsbereichen ist auch durch die unterschiedlichen Berufsgruppen in einem Wirtschaftsbereich gekennzeichnet (*Horvath et al.* 2012). Ob es durch die Pensionierung der geburtenstarken 1960er Kohorten zu einer Beschäftigtenknappheit in einzelnen Berufsgruppen kommen wird, hängt sowohl von der Altersstruktur ab als auch von der Nachfrage nach den jeweiligen Tätigkeitsbereichen. Veränderungen in der (zukünftigen) Nachfrage nach bestimmten Berufsgruppen sind durch Veränderungen in der Nachfrage nach bestimmten Gütern und Dienstleistungen oder Veränderungen im Herstellungsprozess begründet.

Horvath et al (2012) differenzieren in ihrer Prognose der unselbständigen Beschäftigung im Zeitraum von 2010 bis 2016 zwischen einem Brancheneffekt und einem Berufseffekt. Wächst die jeweilige Branche, steigt auch die Zahl der Beschäftigten der darin enthaltenen Berufe. Beim Berufseffekt kommt es zu Veränderungen der Beschäftigungsanteile einzelner Berufsgruppen. Die Autorinnen und Autoren berechneten für den genannten Zeitraum einen positiven Brancheneffekt im Ausmaß von +0,9% jährlichen Beschäftigungswachstums. Sie zeigten für den genannten Zeitraum weiters, entlang von 57 Berufshauptgruppen, einen positiven Berufseffekt für Natur- und SozialwissenschaftlerInnen, TechnikerInnen auf Maturaniveau und UnternehmensberaterInnen; negative Berufseffekte fanden sich vor allem bei Hilfskräften. Die Veränderungen bis 2016 sind weniger stark als die Veränderungen ab Mitte der 2020er Jahre. Zur Quantifizierung der Berufsveränderungen aufgrund des Arbeitsmarktaustritts der geburtenstarken Jahrgänge um 2030 müssten langfristige Modellprognosen, wie sie für Österreich beispielsweise von *Kaniovski - Url – Hofer – Müllbacher* (2014) entwickelt wurden, um die altersspezifische Berufsstruktur der unselbständig und selbständig Erwerbstätigen ergänzt werden. Darüber hinaus wäre dafür die Entwicklung eines Moduls zur Berufsstrukturnachfrage von Nöten, um die Veränderungen ab dem Jahr 2025 quantifizierbar zu machen.

3.4. Auswirkungen der demographischen Veränderungen auf die Arbeitslosenquote

In den kommenden eineinhalb Jahrzehnten ist mit einem weiteren Anstieg des Arbeitskräfteangebots zu rechnen. Eine Erhöhung des Arbeitskräfteangebotes innerhalb einer bestimmten demographischen Gruppe kann für diese Gruppe mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote verbunden sein (*Jimeno, 2004, Boersch-Supan, 2001*). Die diskutierte Erwerbsquotenentwicklung in den kommenden Jahrzehnten setzt sich zusammen aus der Entwicklung der Beschäftigungsquote, definiert als Anteil der aktiv Beschäftigten an der Erwerbsbevölkerung, und der Entwicklung der Arbeitslosenquote. Empirische Arbeiten zur Reaktion der altersspezifischen Arbeitskräfteangebotsausweitungen auf die Arbeitslosenquote zeigen folgende Zusammenhänge: *Farber (1999)* konstatierte einen häufigeren Arbeitsplatzwechsel von jüngeren Arbeitskräften und bei Älteren größere Probleme, nach einem Jobverlust wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Auch *Ochsen (2009)* bestätigte für Deutschland die Erhöhung der Arbeitslosigkeit Älterer aufgrund der Zunahme des Arbeitskräfteangebots dieser Altersgruppe. *Jimeno (2004)* konnte dagegen keinen robusten Zusammenhang zwischen steigender Altersarbeitslosigkeit und der Alterung der Erwerbsbevölkerung in 19 OECD-Ländern finden.

Für den österreichischen Arbeitsmarkt zeigte *Huber (2010)* den Einfluss der Ausweitung der Erwerbsbevölkerung auf die Arbeitslosigkeit. Bei einer Erhöhung des Anteils der Jugendlichen an den Erwerbspersonen um 1%, erhöhte sich zwischen 1974 und 2003 die Arbeitslosenquote kurzfristig um 0,5%. Langfristig steigt bei einer Zunahme des Anteils der Jugendlichen an den Erwerbspersonen um 1% die Arbeitslosenquote um 1%. Ein steigender Anteil junger Arbeitskräfte hat somit einen signifikanten Einfluss auf die Arbeitslosenquote. Etwas andere Effekte zeigen sich bei der Zunahme des Arbeitskräfteangebots bei den Älteren. Für den Zeitraum 1974 bis 2003 berechnete *Huber (2010)* einen kurzfristigen Rückgang der Arbeitslosenquote um -0,2 bis -0,4% aufgrund einer Erhöhung des Anteils der über 45-jährigen Arbeitskräfte um 1%. Der langfristige Effekt ist allerdings schwächer, die Arbeitslosenquote sinkt in diesem Fall zwischen -0,1% und -0,2%.

Eichhorst et al. (2013) zeigen für die Mitgliedsländer der Europäischen Union, dass es keinen Zusammenhang zwischen Beschäftigungsquote der 55- bis 64-Jährigen und Arbeitslosenquote der 21- bis 30-Jährigen gibt. Es findet sich für die meisten Beschäftigungsgruppen kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen einem späteren Pensionsübertritt und einer höheren Jugendarbeitslosigkeit. Einzig in der Gruppe der geringqualifizierten Männer erhöht sich die Arbeitslosigkeit junger geringqualifizierter Männer mit steigendem Pensionsantrittsalter älterer Geringqualifizierter. Diese Korrelation in der Gruppe der Geringqualifizierten lässt sich nicht als Kausalität interpretieren.

Empirische Befunde zeigen, dass die Arbeitslosigkeit wenn überhaupt dann nur zu einem geringen Maß demographisch bedingt ist. Vielmehr ist die Arbeitsmarktlage von der wirtschaftlichen Prosperität bestimmt und diese nur mittelbar von der demographischen Struktur. Deutschland hat eine Erwerbsbevölkerung die im europäischen Vergleich

überdurchschnittlich alt ist, dennoch sinkt die Arbeitslosenquote in den vergangenen zwei Jahren kontinuierlich.

3.5. Wandel in der Bildungs- und Berufsstruktur

Die Verschiebung der Wirtschaftsstruktur ging mit deutlichen Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur einher. Das bezieht sich einerseits auf das durchschnittliche Erwerbsalter, das von einer Zunahme des Anteils der über 45-jährigen Erwerbspersonen und vom Rückgang des Anteils der Jüngeren geprägt ist; andererseits sind die Anforderungen der Arbeitswelt an die Arbeitskräfte bezogen auf die formalen Ausbildungsabschlüsse als auch an die beruflichen Tätigkeiten (*Violante, 2009, Huber, 2010*) gestiegen. Gleichzeitig verzeichnet Österreich eine Zunahme von de-standardisierten Beschäftigungsverhältnissen und eine zunehmende Segmentierung des Arbeitsmarktes (*Eppel et al., 2013*): Das Beschäftigungssegment mit fragmentierten Erwerbsbiographien und instabilen Einkommensperspektiven auf der einen Seite steht dem Segment der stabil Beschäftigten auf der anderen Seite gegenüber. Die veränderte Branchen- und Berufsstruktur war bislang schon mit einer stärkeren Arbeitsmarktintegration der Höherqualifizierten verbunden (*Horvath – Mahringer, 2014*). Im Jahr 2030 werden über 45-Jährige deutlich besser qualifiziert sein, als es diese Altersgruppe heute ist. Die stärkere Bildungsbeteiligung in der Vergangenheit führt laut Huber (2010) zu stärkeren Auswirkungen auf die zukünftige Arbeitsmarktentwicklung, als von den demographischen Veränderungen zu erwarten ist. Die Segmentierungstendenzen werden sich vor diesem Hintergrund auch in Zukunft fortsetzen.

Setzt sich der vergangene Trend zur Höherqualifizierung fort, würde sich bis 2030 der Anteil der Hochschulabsolventinnen und -absolventen verdoppeln und dann rund 26% betragen. Auch der Anteil jener Personen mit AHS/BHS-Abschluss sollte weiter wachsen und die Gruppe der Personen mit Pflichtschul- oder Lehrabschluss entsprechend sinken. Mit der veränderten Qualifikationsstruktur der Erwerbsbevölkerung verändert sich auch die Berufsstruktur und vice versa: Veränderungen in der wirtschaftlichen Ausrichtung in Österreich gehen mit Veränderungen in der Berufsstruktur einher.

Mesch (2014) zeigte für den Ballungsraum Wien, dass sich die Berufsstruktur im vergangenen Jahrzehnt hin zu qualifizierten Angestelltenberufen verschoben hat. Im Jahr 2012 waren bereits die Hälfte der Wiener Erwerbspersonen Angestellte mit Maturaniveau und darüber. In Wien ist die De-Industrialisierung weit fortgeschritten, dadurch verringerte sich der Beschäftigtenanteil im Bereich der mittelqualifizierten Fertigungsberufe und der dazugehörigen Hilfstätigkeiten. In der Bundeshauptstadt arbeiten rund 83% der Beschäftigten in Dienstleistungsberufen, im Österreichdurchschnitt sind es knapp über 70%. Die Anteile der Dienstleistungsbeschäftigten wuchsen insbesondere in wissens- und humankapitalintensiven Marktdienstleistungen wie auch in den öffentlichen Dienstleistungen, allen voran im Bildungs- und Gesundheitswesen.

Eine Weiterentwicklung vergangener Trends würde auch in Tirol, Vorarlberg und Kärnten zu einer Veränderung der Qualifikationsstruktur in Richtung eines steigenden Anteils der

Einwohnerinnen und Einwohner mit Universitätsabschluss führen. In Ober- und Niederösterreich zeigt die Fortschreibung vergangener Trends keinen Rückgang im Bereich der Lehrausbildung, aber einen Rückgang des Anteils der Personen mit maximal Pflichtschulabschluss. In Salzburg werden sich der Rückgang des Anteils mit höchstens Pflichtschulabschluss und der Zuwachs des Anteils mit Universitätsabschluss voraussichtlich moderater als in den anderen Bundesländern entwickeln. In der Steiermark könnte der Anteil der Personen mit Lehrabschluss an der Erwerbsbevölkerung schneller sinken und die Akademikerinnen- und Akademikerquote schneller steigen als im Österreichschnitt. Der Rückgang des Anteils der Personen mit maximal Pflichtschulabschluss sinkt im Burgenland zugunsten eines steigenden Anteils an AHS/BHS-Absolventinnen und Absolventen.

3.6. Zukünftige Entwicklung der Erwerbsbeteiligung in Österreich - Zusammenschau

Die zukünftige Entwicklung der Erwerbsbeteiligung ist von mehreren Faktoren mitbestimmt, die auf der Arbeitsangebotsseite und der Arbeitsnachfrageseite angesiedelt sind.

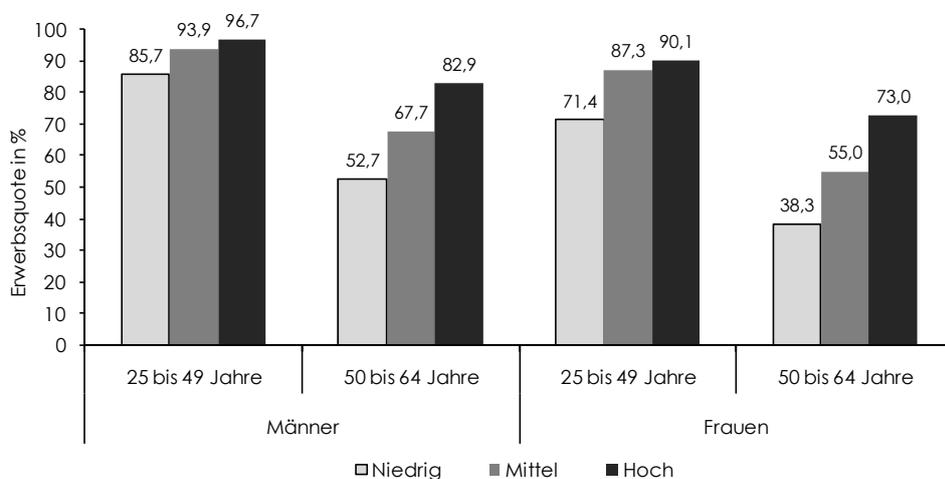
- Insgesamt wird ab 2020 eine tendenziell sinkende Zahl an Personen im Erwerbsalter prognostiziert. Wenn in Zukunft die neu in den Arbeitsmarkt eintretenden Jahrgangskohorten schrumpfen und die Beschäftigtenzahlen konstant bleiben, sollte die Beschäftigungs- und damit auch die Erwerbsquote – aufgrund der demographischen Verschiebungen – ansteigen.
- Das Erwerbsverhalten in Österreich ist maßgeblich vom Bildungs- bzw. Qualifikationsniveau abhängig: Je höher der Bildungsabschluss, desto höher die Erwerbsneigung. Gemäß den Arbeitsmarktdaten von EUROSTAT (Labour Force Survey) waren 2013 von den Männern mit tertiärem Ausbildungsabschluss 97,6% (25- bis 49-Jährige) bzw. 82,9% (50- bis 64-Jährige) erwerbstätig. Lag ein Pflichtschulabschluss vor, waren es dagegen um 10 bzw. 30 Prozentpunkte weniger. Diese Differenzen sind bei Frauen noch ausgeprägter und betragen im Haupterwerbsalter (25 bis 49 Jahre) knapp 20 Prozentpunkte und in der Gruppe der 50- bis 64-Jährigen knapp 35 Prozentpunkte. Der Trend hin zur Höherqualifizierung sollte daher mit einer Zunahme der Erwerbsquoten einhergehen (vgl. Abbildung 18).
- Reformen in den sozialen Sicherungssystemen, allen voran im Pensionsversicherungssystem, führen zu einer stärkeren Arbeitsmarktbindung älterer Arbeitskräfte. Veränderte Pensionsübertrittsbedingungen im Bereich des Eintrittsalters, bei den abschlagsfreien vorzeitigen Pensionierungen etc., werden in Zukunft das Arbeitskräfteangebot und damit die Erwerbsquote erhöhen. Soll dadurch eine steigende Beschäftigungsquote erreicht werden, ist eine größere Nachfrage nach älteren Arbeitskräften seitens der Unternehmen Voraussetzung.
- Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage (Auslandsnachfrage, private Konsumnachfrage, öffentliche Konsumnachfrage) bestimmt das Produktionsniveau und damit auch die

Arbeitsnachfrage. Der Rückgang der Erwerbsbevölkerung und mit ihr der Rückgang ihrer Konsumnachfrage könnte zu einer Schwächung der Gesamtnachfrage führen sofern die Konsumnachfrage der über 65-jährigen Bevölkerung hier keine kompensatorische Funktion übernimmt. Die höhere Nachfrage der Pensionsgeneration nach Gesundheitsdienstleistungen wird mit der Zunahme dieser Bevölkerungsgruppe in Zukunft einen Nachfrageimpuls darstellen.

Horvath – Mahringer (2014) modellierten mögliche Entwicklungen der Erwerbsquote bis zum Jahr 2030. Die Erhöhung beträgt – je nach Szenario – bei den Frauen zwischen 6 und 9 Prozentpunkte (von gegenwärtig 65% auf maximal 74% im Jahr 2030). Die entsprechende Quote der Männer wird voraussichtlich von gegenwärtig 80% auf 82% bis zum Jahr 2030 steigen.

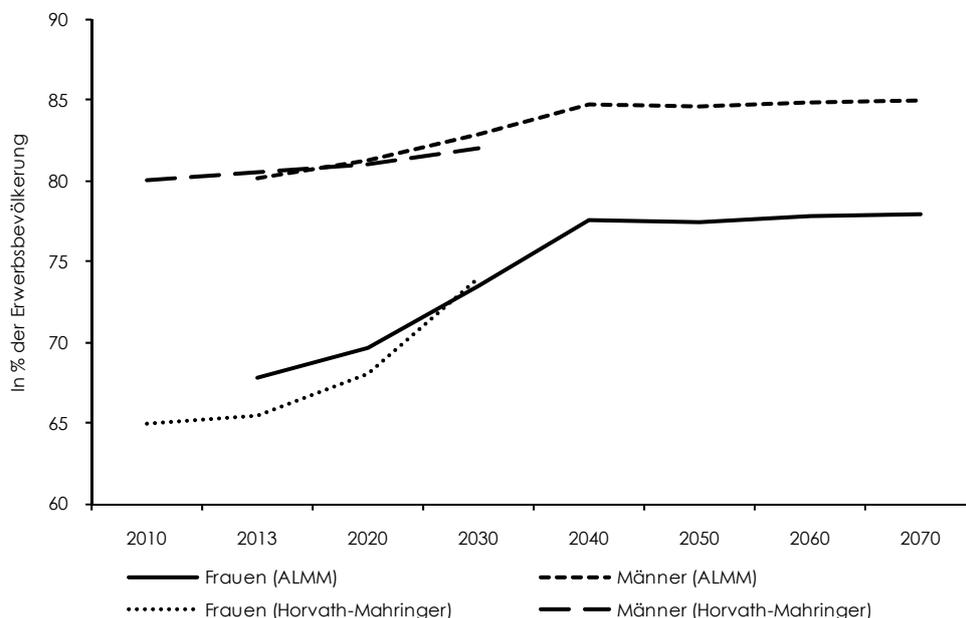
Kaniovski et al. (2014) berechneten im Rahmen des makroökonomischen Langfristmodells die Erwerbsquoten bis zum Jahr 2060. Auch gemäß dieser Studie steigen die Erwerbsquoten bis 2030 deutlich an, ein Trend, der sich bis 2040 fortsetzen und danach abflachen wird. In diesen Simulationen wird davon ausgegangen, dass nach der Pensionierung der geburtenstarken Jahrgänge ein steigender Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter am Arbeitsmarkt aktiv sein wird.

Abbildung 18: Erwerbsquoten der Männer und Frauen nach Qualifikationsniveau, 2013



Q: EUROSTAT.

Abbildung 19: Vergleich der Erwerbsquotenberechnungen bis zum Jahr 2070



Q: Kaniovski et al., 2014; Horvath – Mahringer, 2014; ALMM bezieht sich auf die Berechnungen von Kaniovski et al., (2014).

In welchen Berufen und Wirtschaftsbereichen die steigende Erwerbsquote ihren Niederschlag finden wird, hängt von Angebots- und Nachfragefaktoren ab. Die Dynamik im Beschäftigungsalter der unselbständig und selbständig Erwerbstätigen zwischen 2008 und 2013 sowie die gegenwärtige Altersstruktur bringt einige Wirtschaftsbereiche hervor, die tendenziell früher von den demographischen Verschiebungen betroffen sein werden. Die unselbständig Beschäftigten im Grundstücks- und Wohnungswesen haben mit 42,3 Jahren das höchste Durchschnittsalter, dieses liegt in der Gesamtwirtschaft bei 38,5 Jahren, gefolgt vom Bergbau, der öffentlichen Verwaltung, der Wasserver-, und Abfallentsorgung sowie dem Gesundheits- und Sozialwesen. Während im Grundstücks- und Wohnungswesen nur 0,5% der Unselbständigen beschäftigt sind, beträgt der Anteil im Gesundheits- und Sozialwesen knapp sieben Prozent und in der öffentlichen Verwaltung/Sozialversicherung rund 16%.

Bei den selbständig Erwerbstätigen liegt das Durchschnittsalter im Wirtschaftsabschnitt Grundstücks- und Wohnungswesen sowie im Gesundheitswesen mit 49,4 bzw. 49,3 ebenfalls überdurchschnittlich hoch, wobei im letztgenannten Bereich rund 5,5% Beschäftigung finden. In der Erbringung von sonstigen Dienstleistungen, im Gastgewerbe und im Handel ist der größte Teil der Selbständigen zu finden, wobei einzig im Handel das Alter über dem Gesamtdurchschnitt liegt.

Das Gesundheits- und Sozialwesen und im Bereich der unselbständig Erwerbstätigen auch die öffentliche Verwaltung sind jene Bereiche mit hohem Durchschnittsalter der Beschäftigten, in denen der Erwerbsaustritt der geburtenstarken Jahrgänge zur zukünftige

Beschäftigungsdynamik beitragen wird. Die kommende Dynamik hängt neben dem strukturellen Wandel der Wirtschaft insgesamt auch von technischen und organisatorischen Innovationen, den zukünftigen Lebens- und Konsumgewohnheiten ab. In den beiden Wirtschaftssektoren wird auch Art und Ausmaß zukünftiger öffentlicher Dienstleistungen die Beschäftigungsdynamik mitbestimmen.

4. Auswirkungen demographischer Verschiebungen im Pflegebereich

Die zukünftige Entwicklung im Bereich der Alterssicherung ist wesentlich von der Zunahme der PensionistInnenzahlen und diese von der Zahl der über 65-Jährigen bestimmt. Die Wechselwirkungen zwischen demographischen Veränderungen und Altersaufwendungen sind gut dokumentiert (beispielsweise *European Commission*, 2012 und 2015, *Pensionskommission*, 2014, *Kaniovski et al.* 2014). Bis zum Jahr 2060 steigen aus heutiger Sicht die öffentlichen Aufwendungen für Pensionen um 0,5 Prozentpunkte von 13,9% auf 14,4% des Bruttoinlandsprodukts (*European Commission*, 2015). Günstigere demographische Entwicklungen im Bereich der Erwerbsbevölkerung lassen die Aufwendungen weniger stark steigen als dies noch im Jahr 2012 gesehen wurde: Damals wurde eine Zunahme der öffentlichen Altersaufwendungen bis 2060 auf 16,1% des BIP berechnet (*European Commission*, 2012).

Ein weiterer Bereich wo demographische Veränderungen Folgewirkungen zeigen, ist der Gesundheitsbereich. Hier ist die Bindung zur Demographie weniger stark als im Bereich der Altersaufwendungen. Über den Lebenszyklus betrachtet, ist am Lebensanfang ein hoher Gesundheitsdienstleistungsbedarf vorhanden, dieser sinkt mit zunehmendem Alter ab und steigt am Ende des Lebens wieder an. Dieser Effekt der zunehmenden Gesundheitsdienstleistungen bei steigendem Anteil älterer Menschen wird allerdings von der Einkommensabhängigkeit der Nachfrage überlagert. Die Literatur zeigt eine Elastizität größer eins, das bedeutet, dass Gesundheitsausgaben bei einer 1%igen Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens der Bevölkerung um mehr als 1% ansteigen (beispielsweise *OECD*, 2006, *Medeiros – Schwierz*, 2013). Zukünftige Veränderungen der Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistung hängen damit sowohl von demographischen und noch stärker von wirtschaftlichen Entwicklungen ab. Gemäß der europäischen Kommission werden die öffentlichen Gesundheitsausgaben in Österreich von derzeit 6,9% um 1,6 Prozentpunkte auf 8,5% des BIP im Jahr 2060 ansteigen (*European Commission*, 2015). Gegenüber den Pensionsaufwendungen, die im gleichen Zeitraum um 0,5 Prozentpunkte zulegen, zeigen die Gesundheitsausgaben damit eine deutlich höhere Dynamik (*ebenda*).

Das Gesundheits- und Sozialwesen, wo rund 7,5% der Erwerbstätigen selbständig oder unselbständig beschäftigt sind, ist von einem hohen Durchschnittsalter der Erwerbspersonen gekennzeichnet. Die demographischen Veränderungen, der Erwerbsaustritt der geburtenstarken 1960er Jahre, wird hier früher stattfinden als (mit Ausnahme der Wirtschaftsklasse O „öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung“) in den anderen Wirtschaftsbereichen. Dieser Bereich ist von der Demographie doppelt betroffen: Die steigende Zahl der Hochbetagten in Österreich wird zu einem steigenden Pflegebedarf führen. Die informelle Pflege hat derzeit einen großen Stellenwert in der Versorgung der Betreuungs- und Pflegebedürftigen. Im Laufe der 2020er Jahre werden die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre ins Pensionsalter übertreten. Damit sinkt nicht nur die Erwerbsbevölkerung, die bis dato formelle und informelle Pflegedienstleistungen übernommen hat. Mit zunehmendem Alter der 1960erKohorten wird auch die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen steigen. Die langfristigen finanziellen Auswirkungen dieser

demographischen Veränderung wie auch der steigende Bedarf an Beschäftigten im Pflegesektor werden nachfolgend dargestellt.

4.1 Zukünftige Entwicklung des Finanzierungsaufwands für Pflegedienstleistungen

Eine WIFO-Studie aus 2014 hat sich mit dem zu erwartenden Finanzaufwand für Pflegedienstleistungen²⁷⁾ in den österreichischen Bundesländern bis zum Jahr 2030 auseinandergesetzt (*Firgo – Famira-Mühlberger, 2014B*). Dabei wurden die Kosten für Pflegedienstleistungen auf Basis von demographischen (Änderung der Bevölkerungsstruktur, Entwicklung des Gesundheitszustands) und nicht-demographischen Faktoren (Arbeitsmarkteteiligung von Frauen und Haushaltsstruktur als Approximation für das Ausmaß der informellen Pflege, Kostenentwicklung im Pflegesektor) projiziert. Unter den konkreten Annahmen der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria (Stand Oktober 2013), einer Verbesserung der Gesundheit im Alter²⁸⁾, eines Rückgangs der informellen Pflege²⁹⁾ sowie einer Kostensteigerung³⁰⁾ von real 2% pro Jahr ergibt sich für alle Bundesländer im Durchschnitt eine projizierte Kostensteigerung von rund 124% zwischen 2012 und 2030 bzw. von durchschnittlich 4,6% pro Jahr. Dabei zeigt sich ein deutliches Ost-West-Gefälle mit höheren Kostenanstiegen im Westen, welches nicht nur durch die Demographie, sondern auch durch höhere Versorgungsgrade im Westen im Ausgangsjahr 2012 begründet ist. So wird für Vorarlberg eine Steigerung von rund 159% berechnet (bzw. jährlich 5,4%), für das Burgenland hingegen eine Steigerung von nur rund 112% (bzw. jährlich 4,3%) und für Wien rund 116% (bzw. jährlich 4,4%; hier vor allem aufgrund der günstigeren demographischen Entwicklung).

Ein Blick auf die demographischen Vorausschätzungen von Statistik Austria macht jedoch deutlich, dass zwar die Anzahl der hochaltrigen Personen in Österreich bis 2030 zunehmen wird, allerdings zeigt eine längerfristige Betrachtung, dass diese Zunahme vor allem in den Jahren zwischen 2035 und 2050 noch stärker ausfallen wird. Während der Anteil der über 80-Jährigen 2013 5% der Bevölkerung ausmachte, wird er bis 2030 auf 7% und bis 2050 auf 11,6% ansteigen. Zwischen 2050 und 2075 wird dieser Anteil zwar noch weiter steigen, nämlich auf 12,4%, aber mit einer deutlich niedrigeren Rate als in den Jahren zuvor (vgl. Abbildung 20). Dementsprechend früher, nämlich zwischen 2025 und 2040, wird ein starker Anstieg des Anteils der über 65-Jährigen an der Bevölkerung zu beobachten sein.

Zwei weitere Kennzahlen zeigen das Ausmaß der demographischen Entwicklung und deren Auswirkung auf Pflegekapazitäten eindringlich. Die Abhängigenquote gibt das Verhältnis der

²⁷⁾ Berechnungen umfassen die öffentlichen Nettoausgaben für stationäre, teilstationäre und mobile Dienste, alternative Wohnformen, Kurzzeitpflege und Case- und Care-Management, soweit sie aus Mitteln der Sozialhilfe bzw. der Mindestsicherung (mit-)finanziert werden.

²⁸⁾ Auf Basis von retrospektiven Gesundheitsdaten wurde angenommen, dass sich das individuelle Risiko der über 65-Jährigen, Pflegedienstleistungen zu beziehen, ab dem Jahr 2025 um ein Jahr verschiebt (mittleres Szenario).

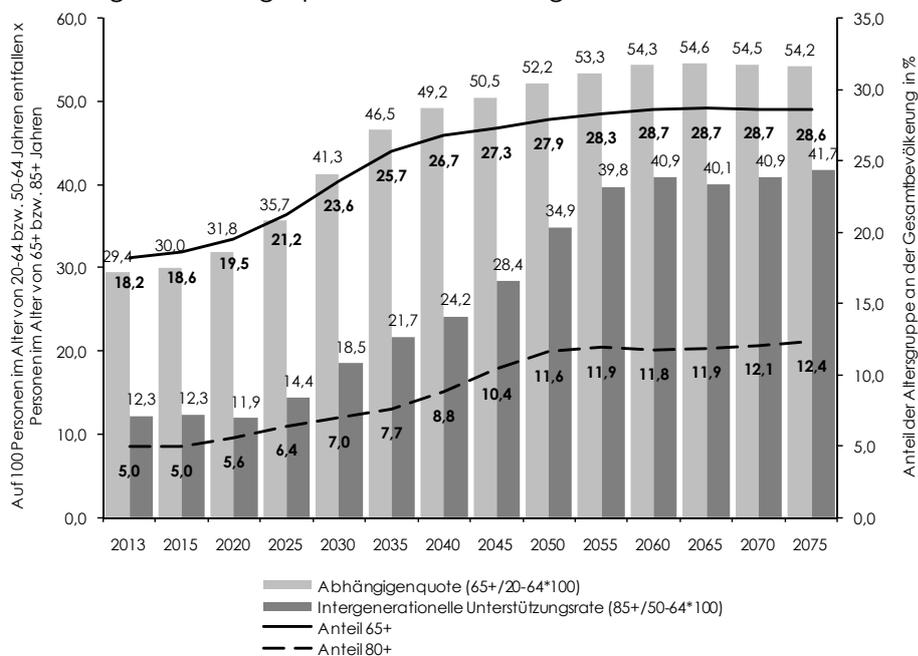
²⁹⁾ Ausgehend von der Schätzung, dass im Jahr 2012 70% der Pflegeleistungen informell erbracht wurden, wurde angenommen, dass sich der Anteil der informellen Pflege jedes Jahr um 0,2 Prozentpunkte reduzieren wird (mittleres Szenario).

³⁰⁾ Im Wesentlichen durch Lohnsteigerungen und die Baumol'sche Kostenkrankheit verursacht (mittleres Szenario).

über 65-Jährigen zu den 20- bis 64-Jährigen an. Während im Jahr 2013 auf 100 20- bis 64-Jährige 18,2 über 65-Jährige entfielen, wird dieses Verhältnis bis zum Jahr 2060 auf 54,6 ansteigen, um bis 2075 auf 54,2 zu fallen. Ab dem Jahr 2045 werden mehr als 50 über 65-Jährige auf 100 20- bis 64-Jährige entfallen. Die höchsten Steigerungsraten sind zwischen 2020 und 2040 zu erwarten, wenn nämlich die Baby-Boomer-Generation der 1960er Jahre das pensionsfähige Alter erreicht. Die intergenerationale Unterstützungsrates gibt das Verhältnis der über 80-Jährigen zu den 50- bis 64-Jährigen bzw. das Verhältnis der zu pflegenden Hochaltrigen zu den Personen, die in der Regel die informelle Pflege übernehmen, an. Dieses Maß zeigt deutlich, dass sich die Kapazität der informellen Pflege reduzieren wird. Während 2013 auf 100 50- bis 64-Jährige 12,3 über 80-Jährige entfielen, wird sich die intergenerationale Unterstützungsrates bis 2040 verdoppeln (100:24,2) und bis 2075 auf 41,7 anwachsen. Im Jahr 2075 werden also auf 100 50- bis 64-Jährige 41,7 über 80-Jährige entfallen (vgl. Abbildung 20). In der Betrachtung der Bundesländer zeigen sich einerseits unterschiedliche Ausgangswerte im Jahr 2013, andererseits aber auch unterschiedliche Entwicklungen (vgl. die Abbildungen A1 – A9 im Anhang).

Übersicht 5 zeigt die zu erwartende Steigerungsrate der über 80-Jährigen zwischen 2013 und 2040 sowie zwischen 2013 und 2075. Dabei wird deutlich, dass die einzelnen Bundesländer sehr unterschiedliche Entwicklungen zu erwarten haben. Während der Anstieg der über 80-Jährigen zwischen 2013 und 2040 in Wien 179,2% betragen wird, ist dieser Anstieg mit 233,1% in Vorarlberg deutlich höher. Vorarlberg und Tirol müssen sowohl bis 2040 als auch bis 2075 mit den höchsten Anstiegen der über 80-Jährigen rechnen, was sich auch in den nachfolgenden Projektionen widerspiegelt.

Abbildung 20: Demographische Entwicklung Österreich 2013-2075



Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2014 (Bevölkerung zur Jahresmitte, Hauptvariante); WIFO-Berechnungen.

Übersicht 5: Zunahme der über 80-Jährigen in Österreich im Zeitraum 2013-2075

	2013/2040	2013/2075
	Veränderung in %	
Burgenland	199,4	266,9
Kärnten	192,3	231,5
Niederösterreich	201,2	300,9
Oberösterreich	204,7	287,9
Salzburg	215,1	290,6
Steiermark	185,2	245,4
Tirol	220,1	328,1
Vorarlberg	233,1	356,4
Wien	179,2	279,6
Österreich	197,9	282,8

Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2014 (Hauptvariante); WIFO-Berechnungen.

4.1.1. Methodik

Der zu erwartende Anstieg der Inanspruchnahme von Pflegedienstleistungen und der Anzahl der Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger sowie die daraus voraussichtlich resultierenden öffentlichen Nettoausgaben für alle neun Bundesländer ist nachfolgend für die Jahre 2015, 2020, 2025, 2030, 2035, 2040, 2045, 2050, 2055, 2060, 2065, 2070 und 2075 prognostiziert.

Die Projektionen basieren auf der jüngsten Vorausschau von Statistik Austria zur demographischen Entwicklung (Stand November 2014), auf Daten zu den öffentlichen Nettoausgaben für Dienste der Langzeitpflege, soweit sie aus Mitteln der Sozialhilfe bzw. der Mindestsicherung (mit-)finanziert werden, sowie auf Daten zur Anzahl der Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger im Jahr 2012 (BMASK, 2013). Das vorhandene Datenmaterial lässt einen Vergleich zwischen den Bundesländern jedoch nur eingeschränkt zu, da aufgrund der teils unterschiedlichen Einheiten in der Leistungs- und Kostenberechnung (Normstundensätze vs. spezifische Vereinbarungen) einem Vergleich Grenzen gesetzt sind.

Die folgende Projektion berechnet die Zunahme der Inanspruchnahme von Pflegedienstleistungen und des Pflegegeldes ausschließlich aufgrund der demographischen Entwicklung. Sie kalkuliert die Anzahl der Fälle in den unterschiedlichen Pflegestufen auf Basis von demographischen Projektionen der Pflegewahrscheinlichkeiten nach Altersgruppen. Es wird also davon ausgegangen, dass die Struktur der Pflegedienstleistungsbeziehungen und -bezieher bzw. der Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger gleich bleiben wird, und dass es keine Veränderungen des Risikos, in einer bestimmten Altersgruppe Pflegeleistungen zu beziehen, geben wird. Anders ausgedrückt, wird die Wahrscheinlichkeit, in einem bestimmten Alter Pflegedienstleistungen bzw. Pflegegeld zu beziehen, über den Projektionszeitraum als konstant angenommen. Ebenfalls als konstant angenommen werden die relativen Nettokosten der einzelnen Pflegedienstleistungsarten (also ohne Kostensteigerung pro Kopf und Leistungsart). Das zugrundeliegende Modell abstrahiert von Gesundheitsentwicklungen, den Veränderungen der Kapazität von informeller Pflege und auch von Kostensteigerungen –

die Projektionen geben die zu erwartenden Kostensteigerungen wie erwähnt rein auf Basis der prognostizierten demographischen Entwicklungen an. Das Modell berücksichtigt auch keine künftigen politischen Eingriffe (die z. B. den Zugriff auf Pflegedienstleistungen oder Pflegegeld erschweren könnten).

Als Grundlage der Projektionen der Pflegedienstleistungen dienen – neben Daten aus dem Österreichischen Pflegevorsorgebericht 2012 – Daten der Pflegedienstleistungsstatistik des Berichtsjahres 2012, welche die einzelnen Bundesländer anlässlich der Studie „Ausbau der stationären Pflege in den Bundesländern. Quantitative und qualitative Effekte des Einsatzes öffentlicher Mittel im Vergleich zur mobilen Pflege“ (Firgo – Famira-Mühlberger, 2014B) an das WIFO übermittelt haben. Diese Daten geben Aufschluss über die Personenstruktur nach Pflegegeldstufen bzw. nach Alterskohorten, nach der die unterschiedlichen Pflegedienstleistungen (mobil, stationär, teilstationär, Kurzzeitpflege und alternative Wohnformen) zum Stichtag 31.12.2012 in Anspruch genommen wurden³¹⁾. Die fehlende Verknüpfung der Altersstruktur der Pflegedienstleistungsbezieherinnen und -bezieher mit jener der Pflegegeldstufen wurde mittels eines iterativen Randlösungsverfahrens (RAS-Algorithmus; Bacharach, 1970) auf Basis der vorhandenen alters- und pflegestufenspezifischen Daten der Pflegegeldbezieherinnen und -bezieher berechnet. Fehlende Daten zur Alters- oder Pflegestufenstruktur für einzelne Dienstleistungsarten in einzelnen Bundesländern konnten entweder durch die aus Fragebögen gewonnenen Daten ergänzt werden (siehe Firgo – Famira-Mühlberger, 2014B), oder wurden über Informationen aus Bundesländern mit einer ähnlichen Struktur in der Alters- und Pflegegeldstufenverteilung imputiert. Dadurch stehen Informationen über Pflegedienstleistungsbezieherinnen und -bezieher verknüpft nach Altersgruppen (unter 60, 60 bis 74, 75 bis 84, über 85), Pflegestufen und Dienstleistungsart für alle neun Bundesländer zur Verfügung, die in weiterer Folge mit den Daten der Bevölkerungsprognose für die einzelnen Bundesländer hochgerechnet wurden. Die daraus errechneten Veränderungsdaten wurden für die Berechnung der Entwicklung der dazugehörigen Kosten herangezogen. Dargestellt werden die Entwicklung der Inanspruchnahme der Pflegedienstleistungen, die Entwicklung der damit verbundenen Kosten sowie die Veränderungsdaten. Für die Entwicklung der Pflegegeldbezieherinnen und -bezieher wird die projizierte Anzahl der Personen bis 2075 dargestellt.

4.1.2. Projektionsergebnisse der öffentlichen Aufwände 2012 bis 2075 auf der Basis demographischer Entwicklungen

Die im Folgenden vorstellten Projektionen basieren rein auf der demographischen Entwicklung und sehen von Veränderungen der Gesundheit, der Kosten und der informellen Pflege ab. Die wahren Kosten werden unter Berücksichtigung dieser Faktoren höher sein. Jedoch verdeutlicht eine Projektion auf Basis der demographischen Entwicklung, wie hoch der Anstieg allein aufgrund der Entwicklung und des Zusammenspiels von Fertilität, Sterblichkeit und Migration voraussichtlich sein wird.

³¹⁾ Von den Ausgaben für Case- und Care-Management wurde abgesehen, da für das Case- und Care-Management großteils keine Informationen über die Anzahl der betreuten Personen übermittelt wurden.

Über alle Bundesländer hinweg betrachtet, zeigen sich hohe Steigerungsraten bei der Nachfrage nach Pflegedienstleistungen bis 2075 (vgl. Übersicht 6). Dieser langfristige Ausblick enthält aber auch Informationen über die unterschiedlichen demographischen Phasen. Bis 2020 ist ein eindeutiger, aber moderater Anstieg ersichtlich, zwischen 2020 und 2050 beschleunigt sich dieser Anstieg rasant, um zwischen 2050 und 2055 wieder etwas moderater auszufallen. Von 2055 bis 2075 flacht der Anstieg eindeutig ab. Im österreichischen Durchschnitt ist zwischen 2012 und 2050 durch die demographische Entwicklung mit einer Steigerungsrate der Pflegedienstleistungen von 128,6% zu rechnen, zwischen 2012 und 2075 mit 156,7%. Bereits bis 2050 wird sich die Nachfrage nach Pflegedienstleistungen aufgrund der Demographie unter den getroffenen Annahmen weit mehr als verdoppeln.

Die bundesländerspezifische demographische Entwicklung, aber auch die unterschiedlichen Versorgungsgrade im Ausgangsjahr 2012 führen zu sehr heterogenen Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern. Vorarlberg wird über den gesamten Projektionszeitraum mit den höchsten Steigerungsraten für Pflegedienstleistungen konfrontiert werden: zwischen 2012 und 2050 +175% und zwischen 2012 und 2075 +214,9% (vgl. die Übersichten A1-A9 im Anhang). Bis knapp vor dem Jahr 2060 wird Wien eine günstigere Entwicklung aufweisen als andere Bundesländer (vor allem durch die günstigere demographische Entwicklung, die im Wesentlichen auf Migration beruht) (vgl. Q: Statistik Austria, BMASK, Pflegevorsorgebericht; WIFO-Berechnungen).

Übersicht A 9), im gesamten Projektionszeitraum 2012 bis 2075 sind die Steigerungsraten in Kärnten (+116,8%) (vgl. Übersicht A 2) und in der Steiermark (+126,2%) (vgl. Übersicht A 6) voraussichtlich am niedrigsten. Die Entwicklungen in den restlichen Bundesländern werden gemäß der demographischen Projektion zwischen diesen Extremen liegen. Klar ersichtlich ist, dass die demographischen Entwicklungen in den Bundesländern sehr unterschiedliche Ausprägungen annehmen und sich dadurch (und durch die unterschiedlichen Versorgungsgrade im Ausgangsjahr, welche fortgeschrieben wurden) die künftigen Finanzaufwände in den Bundesländern unterschiedlich gestalten werden.

Die Projektionen zeigen nicht nur beträchtliche Unterschiede zwischen den Bundesländern, sondern auch zwischen den einzelnen Pflegedienstleistungsarten. Die Finanzaufwände für die stationäre Pflege steigen durch die demographische Entwicklung zwischen 2012 und 2050 um 111,7% in Wien und um 177% in Tirol, zwischen 2012 und 2075 um 119,3% in Kärnten und um 217,6% in Vorarlberg. Die Finanzaufwände für die mobile Pflege steigen zwischen 2012 und 2050 um 88,2% in Wien und um 166,8% in Tirol und zwischen 2012 und 2075 um 102,6% in Kärnten und um 203,7% in Vorarlberg.

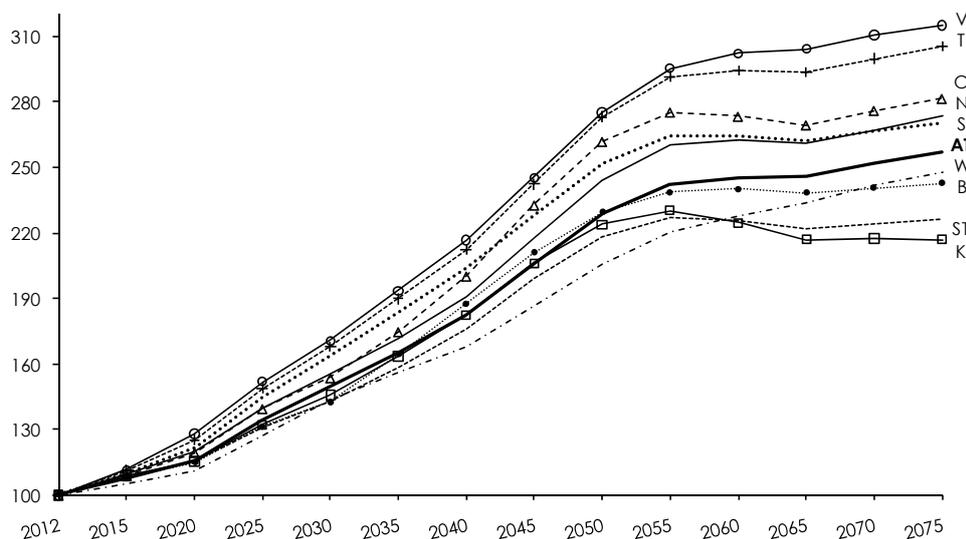
Übersicht 6: Projektion des öffentlichen Aufwands für Pflegedienstleistungen Österreich 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung

Fälle	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeitpflege	Alternative Wohnformen	Teilstationäre Dienste	
2012	71.916	139.013	4.916	11.140	5.983	
2015	78.037	151.092	5.415	11.809	6.491	
2020	84.506	164.983	5.965	12.623	7.160	
2025	98.421	188.476	7.001	14.350	8.076	
2030	109.661	207.765	7.824	16.052	8.860	
2035	122.577	230.628	8.764	17.464	9.761	
2040	136.461	255.887	9.789	18.842	10.778	
2045	155.466	286.040	11.170	20.807	11.849	
2050	173.721	311.784	12.529	22.744	12.615	
2055	183.964	325.798	13.343	24.124	13.016	
2060	184.865	328.671	13.489	24.884	13.197	
2065	183.667	328.526	13.450	25.450	13.313	
2070	187.616	334.698	13.762	26.261	13.565	
2075	191.114	339.411	14.042	26.886	13.720	
Finanzaufwand In 1.000 €	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeitpflege	Alternative Wohnformen	Teilstationäre Dienste	Gesamt
2012	1.227.231	321.526	8.843	76.486	21.644	1.655.730
2015	1.321.615	346.492	9.626	81.018	23.205	1.781.955
2020	1.420.643	376.460	10.537	86.497	25.465	1.919.602
2025	1.651.503	427.674	12.191	98.635	28.418	2.218.420
2030	1.849.611	471.065	13.550	110.625	30.943	2.475.794
2035	2.056.345	518.147	15.004	120.379	33.594	2.743.469
2040	2.271.232	569.255	16.591	129.844	36.578	3.023.500
2045	2.575.935	632.426	18.713	143.849	39.857	3.410.780
2050	2.876.858	687.697	20.763	158.081	42.330	3.785.730
2055	3.056.474	719.780	22.041	168.423	43.865	4.010.584
2060	3.090.427	729.207	22.423	174.135	44.871	4.061.064
2065	3.089.928	732.564	22.532	178.403	45.658	4.069.085
2070	3.165.366	748.144	23.095	184.429	46.683	4.167.716
2075	3.230.739	760.129	23.573	189.141	47.353	4.250.934
Steigerungsraten In %	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeitpflege	Alternative Wohnformen	Teilstationäre Dienste	Gesamt
2012/2015	8,5	8,7	10,2	6,0	8,5	7,6
2012/2020	17,5	18,7	21,3	13,3	19,7	15,9
2012/2025	36,9	35,6	42,4	28,8	35,0	34,0
2012/2030	52,5	49,5	59,2	44,1	48,1	49,5
2012/2035	70,4	65,9	78,3	56,8	63,1	65,7
2012/2040	89,8	84,1	99,1	69,1	80,1	82,6
2012/2045	116,2	105,8	127,2	86,8	98,0	106,0
2012/2050	141,6	124,3	154,9	104,2	110,9	128,6
2012/2055	155,8	134,4	171,4	116,6	117,6	142,2
2012/2060	157,1	136,4	174,4	123,4	120,6	145,3
2012/2065	155,4	136,3	173,6	128,5	122,5	145,8
2012/2070	160,9	140,8	179,9	135,7	126,7	151,7
2012/2075	165,7	144,2	185,6	141,3	129,3	156,7

Q: Statistik Austria, BMASK, Pflegevorsorgebericht; WIFO-Berechnungen.

Graphisch ausgedrückt zeichnen die Projektionen der Steigerungsraten für Pflegedienstleistungen nach Bundesländern folgendes Bild:

Abbildung 21: Projektion des Finanzaufwandes für Pflegedienstleistungen nach Bundesländern 2012-2075, 2012=100



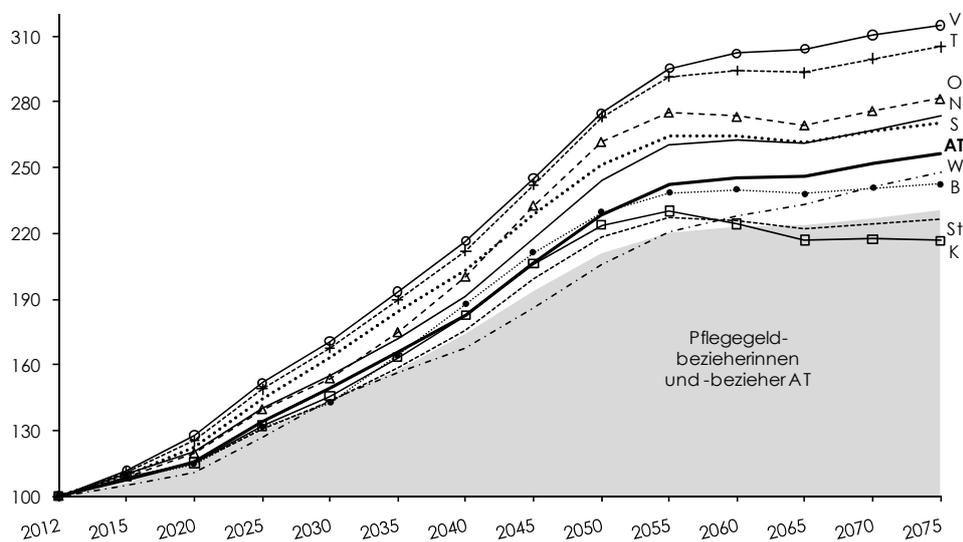
Q: Statistik Austria, BMASK, Pflegevorsorgebericht; WIFO-Berechnungen.

Alle Bundesländer werden insbesondere zwischen 2020 und 2050 mit hohen Steigerungsraten konfrontiert sein, die sich erst nach 2055 deutlich abschwächen. In einigen Bundesländern (Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Kärnten) wird es zwischen 2055 und 2065 sogar zu einem leichten Rückgang kommen, zwischen 2065 und 2075 zeigt sich in fast allen Bundesländern wieder ein moderater Anstieg. Deutlich wird in dieser graphischen Ausarbeitung auch der Unterschied zwischen den Bundesländern, der vor allem durch die unterschiedliche demographische Entwicklung, aber auch durch die unterschiedlichen Versorgungsgrade im Jahr 2012 (welche bis 2075 fortgeschrieben wurden) begründet ist.

Im Gegensatz zu den Pflegedienstleistungen wird die Anzahl der Pflegegeldbezieherinnen und -bezieher im Projektionszeitraum etwas moderater ansteigen (vgl. Abbildung 23). Während die Nachfrage nach Pflegedienstleistungen zwischen 2012 und 2050 demographiebedingt um 128,6% ansteigen wird, beträgt dieser Anstieg beim Pflegegeld nur 110,6%, von 2012 bis 2075 +156,7% (Pflegedienstleistungen) bzw. 130,5% (Pflegegeld) (vgl. Übersicht 7).

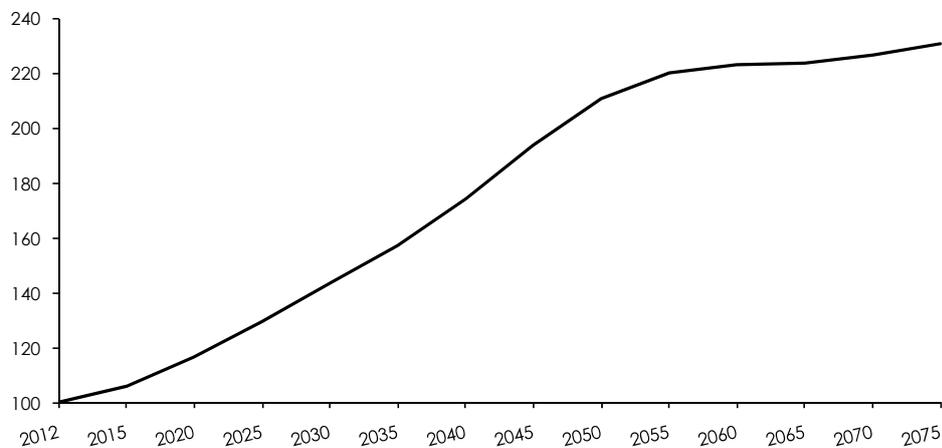
Während im Jahr 2012 rund 440.000 Personen Pflegegeld bezogen haben, wird diese Zahl durch die demographische Entwicklung bis 2050 auf 930.000 und bis 2075 auf über eine Million Personen ansteigen. Diese Projektionen gehen von einer konstanten „take up rate“ (Bezugsquote) aus, was bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person in einem bestimmten Alter Pflegegeld bezieht, als gleichbleibend angenommen wird.

Abbildung 22: Projektion der Steigerungsraten der Nachfrage nach Pflegedienstleistungen nach Bundesländern und Österreich gesamt sowie der Entwicklung der Pflegegeldbezieherinnen und -bezieher Österreich gesamt 2012-2075, 2012=100



Q: Statistik Austria, BMASK, Pflegevorsorgebericht; WIFO-Berechnungen.

Abbildung 23: Projektion der Anzahl der Pflegegeldbezieherinnen und -bezieher in Österreich 2012-2075, 2012=100



Q: Statistik Austria, BMASK, Pflegevorsorgebericht; WIFO-Berechnungen.

Übersicht 7: Projektion der Steigerungsraten der Nachfrage nach Pflegedienstleistungen und Pflegegeld in Österreich 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung

Steigerungsraten in %	Nachfrage nach Pflegedienstleistungen	Pflegegeldbezieherinnen und -bezieher
2012/2015	7,6	5,8
2012/2020	15,9	16,4
2012/2025	34,0	29,6
2012/2030	49,5	43,6
2012/2035	65,7	57,4
2012/2040	82,6	74,0
2012/2045	106,0	93,5
2012/2050	128,6	110,6
2012/2055	142,2	120,2
2012/2060	145,3	122,9
2012/2065	145,8	123,6
2012/2070	151,7	126,7
2012/2075	156,7	130,5

Q: Statistik Austria, BMASK, Pflegevorsorgebericht; WIFO-Berechnungen.

4.2. Pflegebereich und Beschäftigung

Dem Problem der wachsenden Zahlen an betreuungs- und pflegebedürftiger Menschen muss mit einem entsprechenden Ausbau der Pflegedienstleistungen begegnet werden. Da es sich um persönlich zu erbringende Dienstleistungen handelt, stellt die Zahl und die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten im Pflegedienstleistungsbereich die wesentlichste Grundlage für diesen Ausbau dar.

Durch die Heterogenität der Dienstleistungen und der Dienstleister können die Beschäftigtenzahlen nur durch eine Annäherung ermittelt werden (*Schneider et al.*, 2011). Ein erster Anhaltspunkt findet sich im österreichischen Pflegevorsorgebericht. Hier sind jene Beschäftigten dokumentiert, die in den Dienstleistungsbereichen der Länder und Gemeinden für Langzeitpflege (mobile, teilstationäre/stationäre Dienste, Kurzzeitpflege, alternative Wohnformen und Case- und Care-Management), finanziert durch Mittel der Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung, tätig sind. In diesem Ausschnitt¹⁾ waren 2013 insgesamt 67.137 Personen unselbständig oder selbständig tätig (*Sozialministerium* 2013). Im vorliegenden Bericht sind die Pflegedienstleistungen aller Gebietskörperschaften und aller Träger enthalten, von der stationären und mobilen Pflege, der Kurzzeitpflege, alternative Wohnformen und teilstationäre Dienste; die Beschäftigung gemäß Pflegevorsorgebericht ist damit eine Teilgruppe bzw. eine Untergrenze. Nachfolgend ist die Ermittlung der Zahl der Pflegebeschäftigten in allen genannten Pflegebereichen, beschrieben.

¹⁾ Berücksichtigt sind hier die unselbständig Beschäftigten, freie Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer und neuen Selbständigen zum Stichtag 31.12, administratives Personal wurde ausgeklammert (*Sozialministerium*, 2014).

Als Beschäftigungsstatistiken stehen zwei Datenquellen zur Verfügung, die Administrativdaten des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger und die Erhebungsdaten des Mikrozensus von Statistik Austria. Der Vorteil der Administrativdaten liegt in der Gliederung der Beschäftigten entlang der wirtschaftlichen Aktivität der Unternehmen. Der Vorteil der Erhebungsdaten liegt hingegen in der vorhandenen Berufsinformation der Beschäftigten als auch im Bereich der selbständigen Erwerbstätigkeit.

Entsprechend den realisierten Pflegedienstleistungen im vorherigen Abschnitt bildet auch in diesem Kapitel das Jahr 2012 das Basis- bzw. Ausgangsjahr der Beschäftigung. Für dieses Jahr werden die Beschäftigungszahlen im Pflegebereich angenähert.

4.2.1. Unselbständig Beschäftigte im Pflegebereich

In der wirtschaftlichen Aktivitätsklassifikation ÖNACE 2008 werden alle Unternehmen, die in Österreich tätig sind, eingeordnet. Die Zuordnung erfolgt über die ausgeübte Haupttätigkeit. Es gibt 21 Abschnitte, 88 Abteilungen, 272 Gruppen, 615 Klassen und 701 Unterklassen.

Die Pflegebeschäftigten finden sich in den Klassen „Gesundheits- und Sozialwesen“ (Abschnitt Q), auch als ÖNACE-Viersteller bezeichnet: 8710 „Pflegeheime“, 8730 „Altenheime, Alten- und Behindertenwohnheime“, 8810 „Soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter“ sowie 8690 „Gesundheitswesen anderweitig nicht genannt (a.n.g.)“. Die genannten Heime (8710, 8730) und in der sozialen Betreuung (8810) sind auch Einrichtungen für Behinderte inkludiert. Eine weitere Untergliederung ist nicht möglich, weshalb alle Beschäftigten der genannten Bereiche herangezogen werden. Dadurch entsteht eine leichte Überschätzung der Beschäftigtenzahlen. Durch das Pflegedienstleistungsangebot der öffentlichen Hand, enthalten im Abschnitt O „Allgemeine öffentliche Verwaltung“, führt die Einbeziehung der drei genannten Bereiche zu einer Untererfassung der Beschäftigten. Wird ein Pflegeheim beispielsweise vom Land betrieben und im Unternehmensregister der Statistik Austria der öffentlichen Verwaltung zugerechnet, finden sich diese Beschäftigten im Abschnitt „öffentliche Verwaltung“ (Abschnitt O) und nicht in den genannten Bereichen im Abschnitt Q wieder. Insgesamt differieren die unselbständig Aktivbeschäftigtenzahlen des Gesundheitsbereichs in den beiden Datenquellen²⁾, wobei der Mikrozensus detailliertere Angaben zu den Berufen liefert. Die Gegenüberstellung der Pflegebeschäftigten im Gesundheitswesen der beiden Datenquellen zeigt aus den dargestellten Gründen eine größere Anzahl im Mikrozensus. Der Anteil der Pflegebeschäftigten im Gesundheitswesen (8710 „Pflegeheime“, 8730 „Altenheime, Alten- und Behindertenwohnheime“, 8810 „Soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter“) laut Mikrozensus lag 2012 bei 2,1%. Dieser Anteil wurde auf die Sozialversicherungsbeschäftigtenzahlen übertragen und entsprechend erhöht (vgl. Übersicht 8).

²⁾ Aus dem Mikrozensus wurden nur Beschäftigte von 12 und mehr Wochenarbeitsstunden herangezogen, damit die geringfügig Beschäftigten, die auch in den Sozialversicherungsdaten nicht enthalten sind, ausgeklammert bleiben.

Auch der Bereich Gesundheitswesen a.n.g. (8690) ist breiter definiert als reine Tätigkeiten im Pflegebereich. Dieser umfasst Erwerbspersonen mit humanmedizinischen Tätigkeiten³⁾, darunter fallen Tätigkeiten von Krankenpflegerinnen und -pflegern, Hebammen, Physiotherapeutinnen und -therapeuten, Fachkräften der Bereiche Optometrie, Hydrotherapie, medizinische Massage, Beschäftigungstherapie, Sprachtherapie, medizinische Fußpflege, Homöopathie, Chiropraktik, Akupunktur etc. Der Leistungsort im Bereich 8690 kann dabei Gesundheitszentren, Unternehmen, Schulen, Altenheime, Gewerkschaften und Wohltätigkeitsvereine, sonstige Einrichtungen im Gesundheitswesen (nicht jedoch in Krankenhäuser) sein. Im Jahr 2014 (2012) waren hier insgesamt 22.914 (21.592) unselbständig beschäftigt. Diese Aufzählung zeigt die Breite des Tätigkeitsbereichs der hier Beschäftigten. Mit Hilfe der Berufsstruktur aus dem Mikrozensus kann eine weitere Einschränkung gemacht werden: In der Schnittmenge aus dem Bereich 8690 „Gesundheitswesen a.n.g.“ und der Berufsinformation im Mikrozensus⁴⁾ werden folgende Berufe berücksichtigt: Akademische und vergleichbare Krankenpflege- und Gesundheitsfachkräfte (222), sonstige akademische und verwandte Gesundheitsberufe (226) sowie nicht akademische Krankenpflege- und Gesundheitsfachkräfte (322). Bei Berücksichtigung dieser Berufe würden insgesamt 45% der Beschäftigten im Gesundheitswesen a.n.g. (8690) den Pflegeberufen zurechenbar sein.

Die letzte Adaptierung der Beschäftigtenzahlen erfolgt aufgrund der Tatsache, dass im Pflegebereich überwiegend Frauen beschäftigt sind. Gemäß Mikrozensus 2012 befinden sich rund 3% der unselbständig Beschäftigten im Pflegebereich – bei aufrechtem Dienstverhältnis - im Karenzurlaub. In der Gruppe der unselbständig Beschäftigten werden diese berücksichtigt und entsprechend erhöht.

Übersicht 8: Unselbständig Beschäftigte im Pflegebereich.

	2012	2013	2014
8710 Pflegeheime	9.698	10.294	11.395
8730 Altenheime, Alten- und Behindertenwohnheime	18.707	19.289	19.804
8810 Soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter	20.095	20.876	21.113
Zwischensumme	48.499	50.459	52.312
+ Differenz zu 2,1% gemäß Mikrozensus	21.000	21.500	22.000
8690 Gesundheitswesen a.n.g. (45% davon Pflegekräfte lt. MZ)	9700	10.300	10.300
Frauen in Karenz mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis	2400	2.450	2.050
Insgesamt	81.599	84.709	86.662

Q: HV, MZ, WIFO - Berechnungen.

Die Beschäftigten der ÖNACE-Abschnitte 8710 „Pflegeheime“, 8730 „Altenheime, Alten- und Behindertenwohnheime“, 8810 „Soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter“ summieren sich zu rund 48.500. Die getroffene Ergänzung aufgrund der Tatsache, dass bei der

³⁾ Diese Tätigkeiten werden nicht in Krankenhäusern oder von (Zahn)Ärztinnen und Ärzten durchgeführt.

⁴⁾ ISCO-08 Berufsuntergruppe (3-Steller) und der ÖNACE08 Gruppe (3-Steller).

ÖNACE-Statistik öffentliche Dienstleistungsanbieter im Abschnitt Q (allgemeine öffentliche Verwaltung) gebucht werden, führt zu weiteren 21.000 Personen. Weiters konnten 45% der Beschäftigten im Gesundheitswesen a.n.g. (8690), also 9.700 Personen, als Pflegekräfte identifiziert werden. Die Berücksichtigung der Karenzurlauberinnen und -urlauber mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis ergibt eine Gesamtbeschäftigung im Pflegebereich in der Höhe von insgesamt 81.600 unselbständig Beschäftigten im Jahr 2012.

4.2.2. *Selbständig Beschäftigte im Pflegebereich*

Die Zahl der selbständig Erwerbstätigen in den ÖNACE-2008-Klassen Pflegeheime (8710), Altenheime, Alten- und Behindertenwohnheime (8730), soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter (8810) lag 2014 bei 3.243 Personen. Die Berücksichtigung der Selbständigen im Gesundheitswesen a.n.g. (8690) umfasst weitere 3.894 Selbständige. Diese geringen Zahlen stehen im Widerspruch zu den Zahlen der Wirtschaftskammer, wo die Personenbetreuerinnen und -betreuer (freies Gewerbe) um ein Vielfaches höher liegen. Eine Adaption der Selbständigen im Pflegebereich ist daher ebenfalls erforderlich und wurde folgendermaßen durchgeführt.

Im ersten Schritt wurde die Schnittmenge der Wirtschaftsabschnitte 871 (Pflegeheim), 873 (Alten- und Behindertenwohnheime), 881 (soziale Betreuung Älterer und Behinderter) und 869 (Gesundheitswesen a.n.g.) mit den ISCO-08 Berufsuntergruppen, beide Bereiche auf Dreisteller, gebildet. Auch hier – wie bei den unselbständig Beschäftigten – fanden jene Berücksichtigung, die im ÖNACE-3-Steller die Berufsuntergruppen Krankenpflege- und Gesundheitsfachkräfte (222), sonstige akademische und verwandte Gesundheitsberufe (226), nicht akademische Krankenpflege- und Gesundheitsfachkräfte (322) Berücksichtigung ausübten. In den genannten Bereichen waren 2012 rund 5.500 Personen in jenen Berufen selbständig tätig. Diese Selbstständigenzahl liegt damit höher als jene gemäß ÖNACE und geringer als jene gemäß Wirtschaftskammerzahlen.

Seit 1. Juli 2007 gibt es das Gewerbe der Personenbetreuung, wo vor allem Einzelpersonen Pflegedienstleistungen anbieten können. Voraussetzungen zur Anmeldung des freien Gewerbes der Personenbetreuung sind ein Mindestalter (Vollendung des 18. Lebensjahres) und die Staatsangehörigkeit zu einem EU-Mitgliedsland⁵⁾ bzw. eine Aufenthaltsberechtigung. Da mit der Anmeldung auch eine Mitgliedschaft bei der Wirtschaftskammer verbunden ist, können diese Meldungen für Berechnungen herangezogen werden. Die Erfassung der Personenbetreuerinnen und -betreuer bei der WKO sind stichtagsbezogen, in den Erläuterungen wird seitens des Herausgebers daher auf Erfassungsunschärfen hingewiesen. Darüber hinaus zeigen die Meldungen über alle Kammermitglieder, dass bei rund 27% (2014), bei den Personenbetreuerinnen und -betreuer das Gewerbe ruhend gemeldet ist (WKO, 2015). Darüber hinaus kann es Personen geben, die ihr Gewerbe weder ruhend gemeldet haben noch ausüben, diese Zahl lässt sich allerdings nicht konkretisieren.

⁵⁾ Bzw. Lichtenstein, Norwegen, Island oder Schweiz.

Die Annahme, dass die Stichtagsdaten nicht von den Jahresdaten abweichen, könnte eine leichte Überschätzung der Beschäftigungszahlen bedeuten. Entsprechend der skizzierten Berechnungen waren 2014 rund 56.300 Pflegende selbständig tätig. Zwischen 2012 und 2014 zeigten die aktiven Personenbetreuerinnen und -betreuer gemäß WKO in den drei Jahren eine sehr hohe Dynamik.

Übersicht 9: Selbständig Beschäftigte im Pflegebereich.

	2012	2013	2014
871 Pflegeheime			
873 Altenheime, Alten- und Behindertenwohnheime	5.500	5.700	5.800
881 Soziale Betreuung Älterer u. Behinderter			
869 Gesundheitswesen a.n.g.			
Aktive Personenbetreuerinnen und -betreuer (WKO)	38.200	44.500	50.500
Insgesamt	43.700	50.200	56.300

Q: HV, MZ, WKO, WIFO-Berechnungen.

4.2.3. Zusammenschau

Neben den dargestellten Abgrenzungsschwierigkeiten und den Arbeitsschritten zur Annäherung der Pflege-Beschäftigtenzahlen muss noch eine bislang nicht erwähnte Einschränkung festgehalten werden. Die betrachteten Wirtschaftsklassen 8730 (Heime) und 8810 (soziale Betreuung) umfassen explizit auch Leistungen an Behinderte, und damit an eine mit Alterspflegeleistungen nicht notwendigerweise deckungsgleiche Gruppe. Aus diesem Blickwinkel könnten die unselbständigen und selbständigen Beschäftigtenzahlen zu hoch sein.

In den getroffenen Einschränkungen und Annahmen werden für das Jahr 2014 knapp 86.700 unselbständig Beschäftigte und 56.300 selbständig Beschäftigte im Pflegebereich in Österreich geschätzt. Das entspräche 3,2% (2012) bzw. 3,6% (2014) aller unselbständig und selbständig Erwerbstätiger in Österreich. Bezogen auf die Bevölkerung im Erwerbsalter wird geschätzt, dass 2012 2,2% und 2014 2,5% aller 15-bis 64-Jährigen in der Betreuung und Pflege arbeiten.

Insgesamt sind die Heterogenität der Dienstleistungserbringung auf stark regulierten Dienstleistungsmärkten wie auch die Heterogenität der Beschäftigungsgruppen (in qualifikatorischer aber auch arbeitszeitlicher Hinsicht) Rahmenbedingungen, die für Schätzungen des zukünftigen Pflegebedarfs relevant sind und derartige Projektionen mit einer großen Unsicherheit behaftet. Darüber hinaus muss betont werden, dass gegenwärtig die Arbeitsnachfrage das Arbeitsangebot im Pflegebereich übersteigt. Dies bedeutet, dass auf diesem sektoralen Arbeitsmarkt ein Ungleichgewicht herrscht. Dieses wird durch die quasi-monopsonistische Stellung der Arbeitgeber – mit der Vormachtstellung des öffentlichen Sektors bei Lohnverhandlungen – durch Lohnbewegungen nicht aufgelöst. Eine Projektion auf Basis der oben ermittelten Daten bedeutet letztendlich dieses Ungleichgewicht fortzuschreiben, was bei der Interpretation der Projektionsdaten berücksichtigt werden muss.

4.3. Entwicklung der Beschäftigtenzahlen bis 2075

Der zukünftige Pflegebedarf und damit auch die Anzahl der in der Pflege Beschäftigten hängt neben der demographischen Entwicklung, der Angebotsentwicklung und der Angebotsstruktur, auch von der Morbiditätsentwicklung im Zusammenhang mit der steigenden Lebenserwartung ab. Hier finden sich in der Literatur drei unterschiedliche Zugänge: Die steigende Lebenserwartung ist mit (1) einer entsprechenden Zunahme der Jahre in schlechter Gesundheit verbunden (Expansion der Morbidität), einer (2) Konstanz der Jahre in schlechter Gesundheit (konstante Morbidität) oder einer (3) Zunahme der Jahre in guter und schlechter Gesundheit (Kompression der Morbidität) verbunden (*Mühlberger et al., 2008, Comas-Herrera et al., 2003, Hackmann – Moog, 2010*). Für Österreich zeigte sich in den 1980er und 1990er Jahren, dass die Zunahme der Lebenserwartung mit einer Zunahme der Jahre in guter Gesundheit verbunden war (*Doblhammer – Kytir, 2001*) - aktuelle Befunde fehlen.

4.3.1 Anhaltspunkte zur Pflegebedarfsentwicklung

Neuere Entwicklungen werden für Deutschland jährlich dokumentiert. Durch die deutsche Pflegeversicherung, Umfragedaten und einer Verbindung mit der amtlichen Statistik, können - im Vergleich zu Österreich - umfangreichere Analysen durchgeführt werden. Anhand der Erfahrungen im Zeitraum 1998 bis 2011 zeigt sich in Deutschland (*Rothgang et al., 2012*), dass die Zunahme der Zahl Pflegebedürftiger durch die Zunahme der älteren Bevölkerung begründet ist. Nur in einem sehr geringen Umfang beruht die Zunahme auf Veränderungen der altersspezifischen Pflegeprävalenz. Bei Männern setzt die Pflegebedürftigkeit in jüngeren Jahren ein als bei Frauen; Im Beobachtungszeitraum waren von den pflegebedürftigen Männern 10% 90 Jahre und älter, bei den pflegebedürftigen Frauen lag der Anteil bei 20% (*Rothgang et al., 2012*). Mit zunehmendem Alter steigt die Pflegewahrscheinlichkeit: Während 5% der noch nicht pflegebedürftigen 80-jährigen Männer innerhalb eines Jahres pflegebedürftig werden, sind es im Alter von 85 Jahren bereits 10% und im Alter von 90 Jahren 20% (*Rothgang – Müller – Unger, 2013*). Die durchschnittlich längere Lebenserwartung der Frauen ist – gegenüber Männern – auch mit mehr Jahren an gesundheitlicher Beeinträchtigung verbunden (*Unger, 2006*).

Die altersspezifischen Prävalenzen haben sich zwischen 1998 und 2011 nicht verändert, *Rothgang et al. (2012)* schlussfolgern, dass die Annahme konstanter altersspezifischer Prävalenzen die gegenwärtig realistischste Annahme für die Vorausberechnung des zukünftigen Pflegebedarfs ist. Die Analyse der jährlichen Pflege-Neuzugänge, die Pflegeinzidenzen, zeigen deutliche Veränderungen im Pflegearrangement: Die Pflege beginnt immer weniger in Form einer vollstationären Pflege, sondern in Form von formell-ambulanter Pflege. Immer mehr Pflegeverläufe beginnen in Pflegestufe I und münden viel später in stationärer Pflege⁶⁾. Im 13-jährigen Beobachtungszeitraum sinken in Deutschland die

⁶⁾ In Deutschland gibt es drei Pflegestufen, die sich am durchschnittlichen Tagesbedarf an Hilfe (Grundpflege, hauswirtschaftliche Versorgung) orientieren. In der Pflegestufe I (erhebliche Pflegebedürftigkeit) sind es monatlich mindestens 45 Stunden, in der Pflegestufe II (schwere Pflegebedürftigkeit) sind es 90 Stunden und in der Pflegestufe III (schwerste Pflegebedürftigkeit) sind es 150 Stunden und mehr. Das siebenstufigen österreichische System beginnt in

alters- und geschlechtsstandardisierten Pflegeinzidenzen leicht. Die Autorinnen und Autoren sehen dies als Inzidenz für eine Kompression der Morbidität - für eine zukünftig gesündere Alterung der Bevölkerung. Das Ausmaß des Rückgangs der alters- und geschlechtsspezifischen Prävalenz hängt allerdings von den verwendeten Gesundheitsindikatoren ab: Bei schweren gesundheitlichen Beeinträchtigungen ist eine größere Zunahme der gesunden Lebenserwartung vorhanden, bei leichten Beeinträchtigungen fällt diese Zunahme geringer aus (Unger 2006).

Entscheidend für die Pflegebedürftigkeit und die Pflegeintensität ist die Erkrankung: Dementielle Erkrankungen, das primäre Parkinson-Syndrom und Multiple Sklerose tragen die höchsten Risiken einer Pflegebedürftigkeit, sind aber gegenwärtig in Deutschland nicht häufig. Der Anteil an primär Parkinson-Syndrom Erkrankten an den 2010 erstmals Pflegebedürftigen, in Abhängigkeit der zugeteilten Pflegestufe, liegt zwischen 1,3 bis 6,0 Prozent, jener mit Multipler Sklerose unter einem Prozent. In der Gruppe der erstmals Pflegebedürftigen beträgt der Anteil an dementiell Erkrankten zwischen⁷⁾ 5,5% in der Pflegestufe I und 11,8% in der Pflegestufe III (Rothgang et al., 2011). Die steigende Anzahl der Pflegebedürftigen erklärt sich überwiegend durch das altersbedingte Auftreten von chronisch-degenerativen Erkrankungen, die zu Beginn mit einem teilambulanten Pflegearrangement in der Pflegestufe I begleitet werden.

4.3.1 Pflegebedarf als Determinante der Beschäftigungsentwicklung

Die umfassenden Analysen zum Pflegegeschehen in Deutschland erhärten die Annahme, dass die Zunahme der Restlebenserwartung mit einer Zunahme der gesunden Lebensjahre verbunden ist, die steigende Lebenserwartung verschiebt die Pflegephase ins höhere Alter, verlängert sie aber nicht. Die Zunahme der Pflegebedürftigen wird aufgrund der demographischen Veränderungen mit einer Zunahme der Pflege- und Betreuungsbeschäftigten einhergehen.

Im vorhergehenden Kapitel ist die Entwicklung der Pflegedienstleistungsbezieherinnen und -bezieher in Österreich und des damit verbundenen Finanzaufwands ausführlich dargestellt. Die pflegebedürftigen Personen wurden disaggregiert und entlang der Einzelbereiche stationäre Pflege, mobile Pflege, Kurzzeitpflege, alternative Wohnformen und teilstationäre Leistungen und räumlich entlang der Bundesländer bis zum Jahr 2075 fortgeschrieben. Aus betreuungstechnischer Sicht kann eine Person innerhalb eines Jahres wohl unterschiedliche Pflegedienstleistungen in Anspruch nehmen. Die Summe aus den fünf unterschiedlichen Dienstleistungen zeigt die Inanspruchnahme von formellen Pflegedienstleistungen in Österreich, soweit sie aus den Mitteln der Sozialhilfe/Mindestsicherung mitfinanziert werden. Für das Jahr 2012 zeigen sich 232.968 Fälle der Inanspruchnahme von Pflegedienstleistungen,

der Stufe 1 mit einem gegenüber Deutschland etwas höheren Pflegebedarf von 65 Stunden, in der Stufe 2 sind es 95 Stunden, ebenfalls etwas über der Stufe II in Deutschland; die deutsche Stufe III liegt knapp unter der Schwelle der österreichischen Stufe 4 (160 Stunden).

⁷⁾ Den geringsten Anteil mit 5,5% haben erstmals anspruchsberechtigte Männer in der Pflegestufe III, den höchsten Anteil anspruchsberechtigte Frauen mit 11,8% in der Pflegestufe I (Rothgang et al., 2010, Tabelle 27).

wobei es möglich ist, dass Personen unterschiedliche Leistungen in Anspruch nehmen. Die höhere Zahl der Pflegegeldbezieherinnen und -bezieher (441.000) verdeutlicht die Rolle der informellen Pflege in Österreich (*Sozialministerium, 2013*).

Während die Inanspruchnahme aller Dienstleistungen im Jahr 2070 2,47-mal höher sein wird als 2012, übersteigen die Zunahmen im Bereich der stationären wie auch der Kurzzeitpflege diesen Durchschnitt deutlich: Die Zahl der Personen, die stationäre Pflege brauchen, steigt um das 2,61-Fache, jene mit Kurzzeitpflege sogar um das 2,79-Fache (vgl. Übersicht 10).

Übersicht 10: Projektion der Pflegedienstleistungen Österreich 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung

	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit-pflege	Alternative Wohnformen	Teilstationäre Dienste	Insgesamt
	Fälle					
2012	71.916	139.013	4.916	11.140	5.983	232.968
2050	173.721	311.784	12.529	22.744	12.615	533.393
2070	187.616	334.698	13.762	26.261	13.565	575.902
	Zunahme in %					
2050	141,6	124,3	154,9	104,2	110,8	129,0
2070	160,9	140,8	179,9	135,7	126,7	147,2

Q: WIFO-Berechnungen.

Im Jahr 2012 gab es 232.968 Fälle der Inanspruchnahme von Pflegedienstleistungen, die von 125.300 Beschäftigten in entsprechenden Dienstleistungsberufen erbracht wurden. Damit stehen jedem dienstleistungsbedürftigen Fall 0,54 Pflegepersonen gegenüber. Unter der Annahme eines auf dem Niveau 2012 konstantem Betreuungsverhältnis in den Einzelsparten der Pflege, bestimmt die Anzahl der Pflegedienstleistungsbezieherinnen und -bezieher die Beschäftigungszahlen. Allerdings muss hier noch einmal betont werden, dass das Ungleichgewicht dieses sektoralen Arbeitsmarktes mit einem Arbeitsnachfrageüberhang im Jahr 2012 fortgeschrieben wird, was zur äußersten Vorsicht bei der Interpretation der Projektionsdaten führt. (vgl. Ausführungen am Ende des Kapitels 4.2). Unter Berücksichtigung dieses Vorbehalts müssten bis zum Jahr 2070 die Pflege- und Betreuungsbeschäftigten ebenfalls um das 2,51-Fache ansteigen, wenn ein konstantes Betreuungsverhältnis bis 2070 angenommen wird. Dies ergäbe für 2070 309.700 Beschäftigte im Pflegebereich, die 585.200 Fälle der Inanspruchnahme von Pflegedienstleistungen betreuen.

Arbeiten derzeit (2012) 3,2% der Erwerbspersonen in der Pflege, würden es unter den beschriebenen Annahmen und Bedingungen 2030 4,3% und 2070 7,1% sein. Umgelegt auf die Erwerbsquote, definiert als der Anteil der Erwerbspersonen an der Erwerbsbevölkerung (15 bis 64-Jährige), stellen derzeit die Pflegebeschäftigten 2,2 Prozentpunkte der Erwerbsquote (2012 73,0%) dar, im Jahr 2030 würden es 5,4% und 2070 8,2 Prozentpunkte von der Erwerbsquote (lt. *Kaniovsky et al. 2014*) in der Höhe von 78,2% (2030) bzw. 81,4% (2070) sein. Die Erhöhung geht sowohl auf die absolut steigende Beschäftigtenzahl als auch auf die Tatsache zurück, dass gemäß jüngster Bevölkerungsfortschreibungen von Statistik Austria weniger Menschen im

erwerbsfähigen Alter sein werden: Waren es 2012 noch rund 5,7 Mio. Personen, werden es aus heutiger Sicht 2070 um rund 117.000 Personen weniger als im Jahr 2012 sein.

Die Annahme der konstanten Betreuungsquoten führt zu einem relativ gedämpften Anstieg der Beschäftigten im Pflegebereich. Schon die dargestellten Beschäftigungszuwächse zwischen 2012 und 2014 deuten darauf hin, dass die Beschäftigungsdynamik tendenziell höher sein wird. Die dargestellten Werte müssen daher als vorsichtige Schätzung betrachtet werden.

Übersicht 11: Vorausberechnung der Pflegebeschäftigten in Relation zur Erwerbsbevölkerung

	2012	2013	2014	2020	2030	2050	2070
Erwerbspersonen	3.922.254	3.947.896	3.974.200	4.332.800	4.339.100	4.400.500	4.391.400
Pflegebeschäftigte	125.300	134.900	143.000	148.000	188.300	286.900	309.700
Pflegerinnen und Pfleger in % der Erwerbstätigen	3,2	3,4	3,6	3,4	4,3	6,5	7,1
Pflegerinnen und Pfleger in Prozentpunkten der Erwerbsquote*)	2,2	2,4	2,5	4,0	5,4	7,2	8,2
Erwerbsbevölkerung (15- bis 64-Jährige)	5.693.436	5.716.968	5.745.406	5.851.841	5.702.581	5.569.325	5.576.194
Pflegerinnen und Pfleger in % Erwerbsbevölkerung	2,2	2,4	2,5	2,5	3,3	5,2	5,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. - *) Die künftige Entwicklung der Erwerbspersonen wurde von Kaniovski et al. (2014) übernommen.

Die Zunahme der Bedeutung des Pflegesektors wird auch von der Europäischen Union festgehalten. Hier steht allerdings die Finanzierungsseite im Vordergrund, Langzeitpflege als Arbeitskräftenachfrageimpuls ist im jüngsten *Ageing Report 2015* nicht thematisiert. Die Ausgaben für die Langzeitpflege im Jahr 2013 betragen 1,6% der EU-weiten Wirtschaftsleistung. Bis 2060 wird sich dieser Anteil laut den Projektionen der EU mit 2,7% stark steigern. Für Österreich berechnete die Europäische Kommission eine Zunahme der Langzeitpflegeausgaben von 1,4% des BIP auf 2,7% bis 2060. Die EU-Projektion definiert die Langzeitpflege umfassender als dies im vorliegenden Bericht der Fall ist. Für Österreich geht die EU-Kommission im Jahr 2013 von 309.000 Personen mit Pflegedienstleistungsbezug aus, im vorliegenden Bericht sind es 233.000 (2012). Die Entwicklungen bis 2060 aus beiden Arbeiten können daher nicht miteinander verglichen werden.

4.4. Zusammenfassung

Der Pflegebereich ist von den prognostizierten demographischen Veränderungen in zweifacher Hinsicht betroffen: Einerseits führt die Zunahme des Anteils der Hochbetagten, ceteris paribus, zu einem steigenden Betreuungs- und Pflegebedarf: Würde die Nachfrage nach Pflege- und Betreuungsdienstleistungen konstant bleiben, stiege der Betreuungsbedarf an. Zum anderen bedeutet der Erwerbsaustritt der geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre, dass die Gruppe, die bisher die informelle Pflege übernimmt, kleiner wird und damit die Nachfrage nach formellen Pflegeleistungen steigen sollte.

Gegenwärtig leben rund 425.000 Personen im Alter von 80 und mehr Jahren in Österreich, 2040 werden es mit 830.000 beinahe doppelt so viele sein. Im Jahr 2075 werde es gemäß der aktuellen Bevölkerungsfortschreibung in der Hauptvariante das 2,8fache gegenüber heute sein. Im Jahr 2012 gab es knapp 233.000 Fälle der Inanspruchnahme von Pflegedienstleistungen. Dies ist nicht mit Personen gleichzusetzen, da manche Personen vermutlich mehr als eine Dienstleistung in Anspruch nahmen. Mit 60% war die mobile Pflege die am öftesten nachgefragte Dienstleistung gefolgt von der stationären Pflege (31%), alternativen Wohnformen (5%), teilstationären Diensten (3%) und der Kurzzeitpflege (2%). Unter der Annahme einer Betreuungs- und Pflegebedürftigkeit, die sich trotz steigender Lebenserwartung nicht verlängert, ist der Pflegebedarf demographisch getrieben. Bis 2040 bzw. 2075 steigt die Nachfrage nach Pflegedienstleistungen um das 1,8- bzw. das 2,6fache an. Die Steigerungsraten sind in Vorarlberg, Tirol, Oberösterreich, Niederösterreich und Salzburg über dem Österreichschnitt, in Wien, Burgenland, Steiermark und Kärnten darunter. Daneben werden die Pflegegeldbeziehenden um das 1,3fache bis 2075 zunehmen.

Die Pflegedienstleistungen für die 233.000 Fälle der Inanspruchnahme werden von geschätzten knapp 82.000 unselbständig und 44.000 selbständig beschäftigten Personen durchgeführt. Da in der Beschäftigungsstatistik laut NACE-Klassifikation eine Trennung zwischen Pflege-, Gesundheits- und anderen Sozialbereich nicht scharf möglich ist, stellten die ermittelten Beschäftigungszahlen eine Näherung dar. Für die zukünftige Pflegeintensität - und damit den Beschäftigungsbedarf - ist das Erkrankungsgeschehen entscheidend. Unter der Annahme, dass die Pflegeintensität in Zukunft dem gegenwärtigen Verhältnis zwischen Beschäftigten im Pflegesektor und der Pflegenachfrage entspricht, nimmt die Zahl der Beschäftigten im Pflegesektor mit der Anzahl der zu Pflegenden zu: Waren 2012 insgesamt 2,2% der Bevölkerung im Erwerbsalter im Pflegebereich beschäftigt, könnte sich dieser Anteil bis 2070 mit 5,6% mehr als verdoppeln. Abschließend sei nochmals auf die Tatsache hingewiesen, dass das bestehende Marktungleichgewicht mit einem Nachfrageüberhang im Pflegesektor bei dieser simplen Projektion fortgeschrieben wird.

5. Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Ansatzpunkte

Demographische Entwicklungen

Die Alterszusammensetzung der österreichischen Bevölkerung ähnelt dem europäischen Durchschnitt. In Bulgarien, Deutschland und Italien ist der Anteil der unter 15-Jährigen in Relation zur Gesamtbevölkerung geringer als in Österreich, in 14 EU-Mitgliedsländern ist der Anteil der über 65-Jährigen und in 9 Ländern der Anteil der über 80-Jährigen höher als in Österreich. Von der österreichischen Bevölkerung waren im Jahr 2013 67,5% zwischen 15- bis 64 Jahre alt und 18,2% 65 Jahre und älter. In 8 Mitgliedsländer ist ein größerer Teil der Bevölkerung im Erwerbsalter, in den restlichen 19 Ländern beträgt der Anteil weniger als 67,5%. In Frankreich nimmt die Erwerbsbevölkerung nur 63,8% der Gesamtbevölkerung ein, hier ist sowohl die Gruppe der über 65-Jährigen als auch die Gruppe der unter 15-Jährigen größer als in Österreich. Mit 71,5% an der Gesamtbevölkerung hat die Slowakei die relativ größte Erwerbsbevölkerung und einen unterdurchschnittlichen Anteil der über 65-Jährigen in der EU.

Österreich zählt weder zu den besonders „alten“ noch zu den „jungen“ Ländern in der Europäischen Union.

In den Ländern der Europäischen Union, ist das Durchschnittsalter (2014) der Bevölkerung im Erwerbsalter 15- bis 64 Jahre in Deutschland mit 42,1 Jahren am höchsten und in Zypern mit 39,2 Jahren am geringsten. Österreich liegt mit 41,1 Jahren knapp unter dem EU-28 Schnitt von 41,3 Jahren.

Österreich blickt auf ein kontinuierliches Bevölkerungswachstum zurück, obwohl die Gesamfruchtbarkeitsrate in den vergangenen Jahrzehnten stetig gefallen ist. Getragen war dieses Wachstum von der hohen Nettozuwanderung und von den geburtenstarken Jahrgängen der 1960er Jahre. Die Veränderungen der Bevölkerungsentwicklung abgebildet in den Indikatoren Fertilität, Sterblichkeit und Zuwanderung wirken auf die Größe der Erwerbsbevölkerung (15- bis 64 Jahre) etwas zeitverzögert.

Wird die Erwerbsbevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren in 5-Jahres-Altersgruppen – also insgesamt zehn Gruppen – eingeteilt, so zeigt sich, dass 2013 die Gruppe der 45- bis 49-Jährigen mit 12,5%, die Gruppe der 50- bis 54-Jährigen mit 11,6% sowie die der 40- bis 44-Jährigen mit 11,2% die am stärksten besetzten Altersgruppen in Österreich stellten. Ab zirka 2035 wird die geburtenstärkste Altersgruppe dem Arbeitsmarkt austreten. Gemäß der Bevölkerungsprojektion von Statistik Austria aus dem Jahr 2014, sinkt zwischen 2022 und 2037 die Erwerbsbevölkerung, anschließend sollte es wieder zu einer leichten Zunahme kommen. Auf Bundesländerebene werden für Kärnten und das Burgenland die stärksten Rückgänge prognostiziert, während in Wien der Rückgang der Erwerbsbevölkerung deutlich geringer ausfallen wird als im Österreichschnitt.

Wirkungen demographischer Verschiebungen auf die wirtschaftliche Entwicklung

Die empirischen Befunde zeigen vielschichtige Wechselwirkungen zwischen demographischen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Die Veränderung der Bevölkerungszahl insgesamt hat weniger klare wirtschaftliche Implikationen als die Dynamik der Bevölkerungsstrukturveränderung: Während eine wachsende Zahl der Erwerbsbevölkerung das Arbeitskräftepotential und damit das wirtschaftliche Potential vergrößert, konsumiert eine wachsende Kinder- oder Pensionsgeneration einen größeren Teil der Wirtschaftsleistung. Bei entsprechenden finanziellen Möglichkeiten der beiden genannten Gruppen, kann diese durch die Nachfrage nach Güter- und Dienstleistungen einen gesamtwirtschaftlichen Nachfrageimpuls darstellen. Gleichzeitig fragt die Kinder- bzw. Pensionsgeneration stärker öffentliche Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Pflege etc.) nach und bezieht einen großen Teil an monetären staatlichen Transfers.

Die Wirkungskanäle zwischen einer „alternden“ Erwerbsbevölkerung und der wirtschaftlichen Entwicklung sind vielschichtig und empirisch nicht eindeutig quantifizierbar. Jedenfalls hängen positive oder negative demographische Impulse mit gestaltbaren Rahmenbedingungen zusammen.

Gonzalez-Eiras – Niepelt (2007) zeigen in einem theoretischen Gleichgewichtsmodell für die USA, dass ein Rückgang der Erwerbsbevölkerung, unter der Annahme einer konstanten Investitionsquote, einerseits zu einer Erhöhung des pro-Kopf-Kapitalstocks und über die höhere Produktivität zu einem Wachstumsimpuls führt. Andererseits ist die relative Zunahme der Bevölkerung im Pensionsalter, wie auch eine rückläufige Fertilität, ceteris paribus, mit einer Verschiebung der öffentlichen Ausgaben zugunsten der Altersausgaben begleitet. Der steigende Finanzierungsbedarf führt zu einer Steigerung der Abgabenbelastung, aber auch zu einer Zunahme der pro-Kopf-Arbeitszeit durch die Verlängerung der Erwerbsphase. Die Größe der positiven und negativen Wachstumsimpulse hängt für die Autoren davon ab, ob rechtzeitig Schritte gesetzt werden um langfristig die Humankapitalinvestitionen zu erhöhen.

Der traditionelle ökonomische Ansatz geht davon aus, dass das Arbeitskräfteangebot von der Größe der Erwerbsbevölkerung getrieben wird. Durch den prognostizierten Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen kann die Verknappung der Arbeitskräfte mittel- und langfristig eine Wachstumsbremse bedeuten. Gegenwärtig ist das Arbeitskräftepotential nicht ausgeschöpft. Die Finanz- und Wirtschaftskrise führte im Gegenteil zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Das Arbeitskräfteangebot wie die Arbeitskräftenachfrage ist damit stark von der konjunkturellen Lage bestimmt. Mittelbar, über das Nachfrageniveau einzelner Bevölkerungsgruppen wirkt die demographische Zusammensetzung auf die wirtschaftliche Lage eines Landes.

Die Alterung der Erwerbsbevölkerung verändert auch ihre Qualifikationsstruktur. Zahlreiche Erhebungen und Analysen zeigen (beispielsweise Prskawetz et al. 2007, Grund et al. 2005) eine durchschnittliche Produktivität, die eine umgekehrte U-Form haben: Am Beginn des Erwerbslebens ist die Produktivität unterdurchschnittlich, wird dann höher um dann gegen Ende des Erwerbslebens wieder zu sinken. Die individuelle Produktivität bestimmt sich sowohl

von individuellen wie betrieblichen Faktoren. Durch Weiterbildung, den richtigen betrieblichen Einsatz der Beschäftigten, durch gemischte Teams von Jung und Alt etc. kann die individuelle und betriebliche Produktivität verbessert werden.

Die Konsumnachfrage der privaten und öffentlichen Haushalte bleibt in einer alternden Gesellschaft weiterhin ein wichtiger Nachfrageimpuls für die wirtschaftliche Entwicklung.

Insgesamt ist die private und öffentliche Konsumnachfrage ein wesentlicher Impuls für die Wirtschaft. Konsumstruktur und Konsumniveau eines Landes hängen unter anderem mit der Altersstruktur der Bevölkerung zusammen. Entgegen den theoretischen Modellen steigt die Konsumquote der privaten Haushalte mit zunehmendem Alter nicht an, wie die Auswertung der jüngsten Konsumerhebung zeigt. Während die Haushalte mit Haushaltsvorständen im Alter zwischen 30- bis 65-Jahre im Schnitt 89% des verfügbaren Haushaltseinkommens für Konsumzwecke verwenden, sind es bei jenen mit Haushaltsvorständen im Alter von 65 und mehr Jahren 86% in der Gruppe der über 75-Jährigen sogar nur 77%. Mit dem Pensionsübertritt sinkt damit nicht nur das Einkommen sondern stärker noch der Konsum. Das Konsummuster ändert sich ebenfalls: Die Ausgaben für Wohnen, Gesundheit und Nahrung und Getränke liegen in Pensionshaushalten relativ höher als in Erwerbshaushalten. Bei einem steigenden Anteil von Pensionshaushalten ist mit einer deutlich steigenden Nachfrage nach Gesundheits- und vor allem nach Pflegedienstleistungen zu rechnen.

Demographische Entwicklungen am Arbeitsmarkt

Der demographische Wandel vollzieht sich zwischen unselbständig und selbständig Beschäftigten, zwischen ArbeiterInnen und Angestellten, zwischen den Bundesländern und vor allem zwischen den Wirtschaftsbereichen mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten.

Im Jahr 2013 variierte das Durchschnittsalter der Erwerbstätigen sowohl entlang ihres sozialrechtlichen Status (ArbeiterInnen, Angestellte, unselbständig und selbständig Erwerbstätige) als auch entlang der Wirtschaftsklassen. Insgesamt zeigen selbständig Erwerbstätige im Schnitt ein höheres Durchschnittsalter als unselbständig Erwerbstätige: Während Selbständige im Beobachtungsjahr 2013 ein Durchschnittsalter von 46,0 Jahren aufwiesen, lag der entsprechende Wert für die unselbständig Erwerbstätigen bei 38,5 Jahren.

Das Durchschnittsalter der Angestellten⁸⁾ bewegt sich zwischen 35 Jahren in der Branche „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ und 42,5 Jahren in der „Energieversorgung“. Das Alter der unselbständig Beschäftigten insgesamt liegt im Grundstücks- und Wohnungswesen (hier arbeiten allerdings nur 0,5% der Unselbständigen) mit 42,3 Jahren deutlich über dem Gesamtdurchschnitt von 38,5 Jahren, gefolgt vom Bergbau, der öffentlichen Verwaltung, der Wasserver-, und Abfallentsorgung sowie dem Gesundheits-

⁸⁾ Das niedrigste Durchschnittsalter der ArbeiterInnen findet sich mit 31 Jahren in der ÖNACE-2008-Wirtschaftsklasse „Erziehung und Unterrichtswesen“ und das höchste mit rund 44 Jahren im „Grundstücks- und Wohnungswesen“. Beide Bereiche beschäftigten aber nur knapp 1% der der ArbeiterInnen.

und Sozialwesen mit 39,5 Jahren. Der Beschäftigungsanteil im Gesundheits- und Sozialwesen liegt bei knapp sieben Prozent und in der öffentlichen Verwaltung/Sozialversicherung bei rund 16%.

Von den Wirtschaftsbranchen mit einem nennenswerten Beschäftigungsanteil haben die unselbständig und selbständig Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen (Wirtschaftsabschnitt „O“) mit 39,5 (Unselbständige) und 49,3 (Selbständige) Jahren ein hohes Durchschnittsalter.

Bei den selbständig Erwerbstätigen streut das Durchschnittsalter entlang der Wirtschaftsklassen (ohne Land- und Forstwirtschaft) zwischen 62 Jahren in der Wirtschaftsklasse der „privaten Haushalte“ (wo allerdings nur 1,2% der Selbständigen tätig sind) und 42 Jahren in der „Kunst, Unterhaltung und Erholung“. Im beschäftigungsmäßig ebenfalls kleinen Wirtschaftsabschnitt Grundstücks- und Wohnungswesen sowie im größeren Gesundheitswesen (hier finden rund 5,5% der Selbständigen eine Beschäftigung) liegt das Durchschnittsalter mit 49,4 bzw. 49,3 ebenfalls überdurchschnittlich hoch. In den genannten Bereichen sollte sich demographiebedingt die Beschäftigungsdynamik mit dem Erwerbsaustritt der geburtenstarken 1960er Jahre beschleunigen.

Der prognostizierte demographische Wandel ist eine große Herausforderung für den Arbeitsmarkt. Einerseits braucht es bei einem steigenden Durchschnittsalter der Erwerbstätigen Arbeitsplatzadaptierungen, damit der Erwerbsaustritt möglichst nach hinten verschoben werden kann. Andererseits variieren diese Adaptierungsnotwendigkeiten zwischen den Wirtschaftsklassen aufgrund des unterschiedlichen Anteils älterer Erwerbstätiger, wobei die Bereiche Gesundheits- und Sozialberufe wie auch die öffentliche Verwaltung hier rascher gefordert sind. In den Wirtschaftsklassen finden sich unterschiedliche Berufs- und Qualifikationsstrukturen. Auf der Grundlage der Altersstrukturen in den Wirtschaftsklassen können nur indirekt Rückschlüsse darauf gezogen werden, in welchen Bereichen es zukünftig, durch den Erwerbsaustritt der Kohorte der geburtenstarken 1960er Jahre, zu Engpässen an Arbeitskräften kommen kann. Es braucht jedenfalls besonders in Branchen mit durchschnittlich älteren Beschäftigten, intensive qualifikatorische Maßnahmen, damit der Erwerbsaustritt möglichst nahe am Regelpensionsalter sein kann.

Demographische Wirkungen auf den Pflegebereich

Eine langfristige Projektion der Nachfrage nach Pflegedienstleistungen und Pflegegeld ist notwendig, um rechtzeitig politische Maßnahmen setzen zu können, welche die Lastenverteilung zwischen den Generationen regeln. Im Wesentlichen kann der starke Anstieg der Nachfrage nach Pflegedienstleistungen und des Pflegegeldes bis 2050 (vor allem zwischen 2020 und 2050) in einem steuerfinanzierten Pflegesystem folgende Wirkungen haben: 1) eine stärkere Belastung der jüngeren Generation (bzw. der aktiven Steuerzahlerinnen und -zahler), 2) eine stärkere Belastung der künftigen Generationen durch Schuldenfinanzierung, 3) einen Abbau von öffentlichen Unterstützungsleistungen im

Pflegebereich oder 4) eine Mischung aus den vorher genannten Möglichkeiten. Eine politische Planung auf Basis einer offenen gesellschaftlichen Diskussion ist, wie die Ergebnisse der Projektionen erkennen lassen, unerlässlich.

Auch wenn, wie zur Zeit durch das Pflegefondsgesetz verfolgt, die mobile Pflege im Gegensatz zur stationären Pflege stärker ausgebaut werden wird, um Kosten zu sparen, zeigen *Firgo – Famira-Mühlberger* (2014B) klar auf, dass der Substitution von stationärer durch mobile Pflege Grenzen gesetzt sind. Vielmehr sollte der Nachfrageanstieg in der stationären Pflege durch den Ausbau von alternativen Betreuungsformen (z. B. teilstationäre Dienste, alternative Wohnformen, 24-Stunden Pflege) gedämpft bzw. verzögert werden. Ein nachgelagerter Ausbau der stationären Pflege ist angesichts der oben vorgestellten Ergebnisse jedoch unausweichlich.

Die Zahl der Fälle der Inanspruchnahme von Pflegedienstleistungen, wird demographiebedingt bis 2040 (2075) um 83% (157%) zunehmen. Die Zunahme wird in Vorarlberg, Tirol, Oberösterreich, Niederösterreich und Salzburg höher sein als im Österreichdurchschnitt.

Des Weiteren geht aus den Projektionen eine Verknappung des Arbeitskräftepotenzials im Pflegebereich hervor. Auch wenn technologische Fortschritte im Pflegebereich zu erwarten sind (z. B. effizientere Routenplanung, automatische Übertragung gesundheitlicher Werte, automatisierte Medikation, etc.), wird die Zunahme von Demenzerkrankungen durch die steigende Lebenserwartung die durchschnittliche Betreuungsintensität im mobilen wie im stationären Bereich erhöhen. Eine Attraktivierung der Arbeitsplätze im Pflegebereich ist unerlässlich, um der Arbeitskräfteknappheit zu begegnen. Auf Basis einer Befragung unter 650 Pflegedienstleistern im stationären und mobilen Bereich, zeigten *Firgo – Famira-Mühlberger* (2014B), dass dafür nicht nur höhere Löhne notwendig sind, sondern auch bessere Förderungen von Ausbildungen, Kompetenzerweiterungen und Möglichkeiten zur Höherqualifizierung für geringqualifiziertes Personal im Pflegebereich.

Angesichts der hohen Steigerungsraten der Nachfrage nach Pflegedienstleistungen werden auch die Transaktionskosten, die durch die Dualität von Pflege und Gesundheit entstehen, zentraler. Durch die derzeitige Trennung der Pflege vom Gesundheitssystem und die Finanzierung aus unterschiedlichen Töpfen bzw. durch unterschiedliche Ebenen, entstehen neben Ineffizienzen auch Zielkonflikte und externe Effekte, da die einzelnen Träger Anreize haben, die eigenen Kosten gering zu halten. Dies manifestiert sich beispielsweise durch häufig zu kurze Krankenhausaufenthalte pflegebedürftiger Personen, wie die Befragung von Pflegedienstleistern in *Firgo – Famira-Mühlberger* (2014B) ergab. Diese Ausgestaltung kann insgesamt zu höheren Kosten führen, wenn die Versorgungsqualität darunter leidet und die Unterversorgung zu häufigeren bzw. schwereren Erkrankungen der betreuten Personen führt.

Die Beschäftigten, die im Pflegebereich arbeiten sind in unterschiedlichen Wirtschaftsklassen „verbucht“: Sie finden sich zum einen in der Wirtschaftsklasse O (öffentliche Verwaltung), zum anderen in der Klasse Q (Gesundheitswesen). Darüber hinaus stellt die Wirtschaftsklasse S

(Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen) besonders für selbständig Erwerbstätige jene Wirtschaftsklasse dar, welcher sie zugerechnet werden. Die Zahl der Pflegebeschäftigten kann auf der Grundlage der Sozialversicherungsdaten, ergänzt um Berufsinformationen aus dem Mikrozensus, daher nur angenähert werden. In den betrachteten Unterabschnitten gelingt es aber nicht, die Beschäftigten zwischen jenen, die in der Pflege und jenen, die in der Behindertenbetreuung oder im Gesundheitsbereich beschäftigt sind, zu unterscheiden.

Die ermittelte Zahl der Personen, die 2012 in der Pflege beschäftigt waren, stellt eine sehr vorsichtige Annäherung dar. Insgesamt waren im genannten Jahr 125.300 Personen für die Erbringung der Pflegedienstleistungen in den Bereichen stationäre, mobile, teilstationäre Pflege, Kurzzeitpflege und alternative Wohnformen tätig. Der Pflegevorsorgebericht 2013 weist für rund 47.500 Betreuungspersonen der Länder und Gemeinden aus für Dienste der Langzeitpflege soweit sie aus den Mitteln der Sozialhilfe/Mindestsicherung mitfinanziert werden (*Sozialministerium, 2013*). Da hier Bundeseinrichtungen bzw. Einrichtungen ohne Sozialhilfemitfinanzierung nicht berücksichtigt werden, sind die Beschäftigungszahlen nicht vergleichbar und entsprechend höher.

Unter der Annahme, dass die Relation zwischen zu Pflegenden und Personal in Zukunft konstant bleibt, hängt die zukünftige Beschäftigtenzahl ausschließlich von der Zahl der Pflegebedürftigen ab. Diese Annahme wird aller Voraussicht nicht eintreffen, da sich mit der steigenden Lebenserwartung sowohl die Krankheitsbilder verändern, als auch die neuen Pflegebedarfe zu einer veränderten pflegerischen Begleitung führen wird.

Arbeiten gegenwärtig rund 2,2% der Bevölkerung im Erwerbsalter im Pflegebereich, wird die Zunahme der Betreuungs- und Pflegebedürftigen diesen Anteil in Zukunft steigern

In Relation zur Bevölkerung im Erwerbsalter (15 bis 64 Jahre) waren 2,2% im Pflegebereich beschäftigt. Auf Basis der projizierten Zunahme der Nachfrage nach Pflegedienstleistungen könnte dieser Anteil bis 2030 auf 3,3% und bis 2070 dann weiter auf 5,6% ansteigen.

Bezogen auf die Erwerbsquote des Jahres 2012 in der Höhe von 73,0% machen die Pflegebeschäftigten 2,2 Prozentpunkte der Quote aus. Bis 2050 werden dann 7,2 Prozentpunkte bzw. 8,2 Prozentpunkte (2070) der Erwerbsquote ceteris paribus von den Pflegebeschäftigten induziert sein. Um dieser Dynamik entsprechen zu können, braucht es bereits heute Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung dieser Berufe, Maßnahmen, die entsprechenden Qualifikationen der Beschäftigten zu planen. Insgesamt handelt es sich um einen sehr dynamischen Beschäftigungssektor, der in Hinkunft nicht nur aus arbeitsmarktpolitischer, sondern auch aus gesellschaftspolitischer Sicht verstärkt in den Mittelpunkt der Arbeitsmarktförderung gerückt werden muss.

Handlungsnotwendigkeiten

Der Erwerbsaustritt der geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre ist aus heutiger Sicht mit einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung verbunden. Bis zum Jahr 2030 wird sie von 5,7 Mio. auf voraussichtlich 5,5 Mio. fallen.

Das Alter der unselbständig Beschäftigten liegt in den Bereichen Gesundheits- und Sozialwesen, Handel Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen über dem Durchschnitt aller Unselbständigen. Bei selbständig Erwerbstätigen ist das Durchschnittsalter in den Bereichen Grundstücks- und Wohnungswesen wie auch im Gesundheits- und Sozialwesen wie im Handel Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen überdurchschnittlich hoch. Hier wird es demographiebedingt in den kommenden Jahren zu einer überdurchschnittlichen Jobdynamik kommen.

Auf der anderen Seite wird in der Gruppe der über 65-Jährigen ein zunehmender Bedarf an Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen entstehen. Dieser Bedarf kann nur zu einem kleinen Teil innerfamiliär abgedeckt werden, die Anforderungen an den Dienstleistungsmarkt werden steigen. Gleichzeitig wird mit fortschreitendem Alter der Generation 1960/1970 auch die Zahl der Hilfsbedürftigen steigen, sodass einer kleiner werdenden Zahl an Erwerbstätigen eine größer werdende Zahl an Unterstützungsbedürftigen gegenüberstehen wird.

Insgesamt braucht es Politikansätze, welche sowohl der Alterung der Erwerbsbevölkerung, als auch ihrem Rückgang in den Wirtschaftsbranchen und Berufen Rechnung tragen und aktiv auf die Entwicklungen einwirken. Ziele dabei sollten eine möglichst lange Arbeitsmarktpartizipation, sowie das Treffen von Vorkehrungen im Pflegebereich darstellen.

Wie gezeigt wurde, ergibt die durchgeführte langfristige Projektion der Nachfrage nach Pflegedienstleistungen und Pflegegeld die Notwendigkeit einer Vorsorge der demographiebedingten Veränderungen in diesem Bereich, die gegenwärtig noch nicht in einem ausreichenden Maß gegeben ist. Vor dem Hintergrund der sinkenden Erwerbspersonenzahl, kann es im Pflegebereich zu einer Verknappung des Arbeitskräftepotenzials kommen. Mit der Zunahme der Altenbevölkerung werden die Betreuungskapazitäten und -intensität in der Pflege, trotz technologischer und organisatorischer Neuerungen, zunehmen. Eine notwendige Begleitmaßnahme ist die Attraktivierung der Arbeitsplätze in diesem Bereich durch altersgerechte Arbeitsplätze, höhere Löhne, Förderungen von Ausbildungen, Kompetenzerweiterungen, Möglichkeiten zur Höherqualifizierung von bereits in der Pflege tätigen etc.

Gestaltende Politikmaßnahmen zur Beeinflussung und Abfederung der voraussichtlichen Veränderungen am Arbeitsmarkt bedürfen einer hinreichenden institutionellen Verankerung. Allem voran benötigt der längere Arbeitsmarktverbleib der geburtenstarken Jahrgänge Rahmenbedingungen auf betrieblicher Ebene.

Diese einzuführenden und zu verstärkenden institutionellen Rahmenbedingungen sind sowohl quantitativer als auch qualitativer Natur. Zu den quantitativen Rahmenbedingungen zählen:

- Adaptierung der Arbeitsplätze in den Betrieben für ältere Arbeitskräfte,
- Forcierung eines durchlässigen Beschäftigungswechsel (Qualifizierung) zwischen wachsenden und schrumpfenden Branchen,
- betriebliche und überbetriebliche Qualifizierungsstrategien der Erwerbsbevölkerung,
- Einschränkung der Freisetzung älterer ArbeitnehmerInnen bzw. Kostenbeteiligung der ArbeitgeberInnen im Falle von Freisetzungen älterer Arbeitskräfte.

Zu den qualitativen Rahmenbedingungen zählen:

- Verringerung der beruflichen Segregation durch die Förderung der Durchmischung von „Frauen- und Männerberufen“,
- Verringerung der geschlechtsspezifischen Inanspruchnahme von atypischen Beschäftigungsformen durch neue Arbeitszeitmodelle, Neuverteilung der unbezahlten Pflegearbeit,
- Verringerung der atypischen Beschäftigungsformen durch neue Modelle der Arbeitsplatzbewertung sowie Abgabeberechnung (Sozialversicherung und Lohn- bzw. Einkommensteuer).

Literatur

- Bacharach, M., *Biproportional matrices and input-output change*, Cambridge University Press, Cambridge, 1970.
- Blanchflower, D., „Self-Employment in OECD Countries“, *Labour Economics*, 2000, 7(5), S. 471-505.
- Bloom, D., E., Canning, D., „Cumulative Causality, Economic Growth and the Demographic Transition“, in Birdsall, N., Kelley, A., Sinding, S. (Eds.), *Population Matters: Demographic Change, Economic Growth and Poverty in the Developing World*, Oxford, 2001, S.165-197.
- Bloom, D., E., Canning, D., Sevilla, J., „Economic Growth and the Demographic Transition“, NBER, Working Paper Series, 2001, (8685).
- Blundell, R., Bozio, A., Laroque, G., „Extensive and Intensive Margins of Labour Supply: Working Hours in the US, UK and France“, IFS Working paper, 2011.
- BMLFUW, *Grüner Bericht 2014*, 2014, www.gruenerbericht.at.
- Bock-Schappelwein, J., Eppel, R., Mühlberger, U., *Sozialpolitik als Produktivkraft*, WIFO-Monographie, 2009.
- Boersch-Supan, A., „Labour Market effects of Population Aging“, NBER Working Paper, 2001, (8640).
- Börsch-Supan, A., „The Impact of Global Aging on Labour, Product and Capital Markets“, in Prskawetz, A., Bloom, D., E., Lutz, W., (Hrsg.), *Population Aging, Human Capital Accumulation, and Productivity Growth*, *Population and Development Review*, 2008, S. 52-78.
- Börsch-Supan, Axel; Düzgün, Ismail; Weiss, Matthias (2006): "Altern und Produktivität - Eine neue Sichtweise der Arbeitsproduktivität". In: *Personalführung*, 07/2006 (), pp. 74-81.
- Börsch-Supan, A., Düzgün, I., Weiss, M., *Altern und Produktivität: Zum Stand der Forschung*, Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel, Mannheim, 2005, (73).
- Brunow, S., Hirte, G., „The Age Pattern of Human Capital and Regional Productivity: A Spatial Econometric Study on German Regions“, *Papers in Regional Science*, 2009, 88(4), S. 799-823.
- Bundeskanzleramt, *Das Personal des Bundes 2013: Daten und Fakten*, Wien, 2013.
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMAK), *Österreichischer Pflegevorsorgebericht 2012*, Wien, 2013.
- Carone, C., Salomäki, A., „Indicators and Policies to make work pay“, *European Economy, Special Reports*, European Commission, 2005.
- Comas-Herrera, A., Costa-Font, J., Gori, C., di Maio, A., Patxot, C., Pickard, L., Pozzi, A., Rothgang, H., Wittenberg, R., „European Study of Long-Term Care Expenditure: Investigating the sensitivity of projections of future long-term care expenditure in Germany, Spain, Italy and the United Kingdom to changes in assumptions about demography, dependency, informal care, formal care and unit costs“, *Personal Social Services Research Unit (PSSRU), Discussion Paper*, 2003, (1840), http://ec.europa.eu/employment_social/soc-prot/healthcare/ltc_study_en.pdf.
- Doblhammer, G., Kytir, J., „Compression or expansion of morbidity? Trends in healthy-life expectancy in the elderly Austrian population between 1978 and 1998“, *Social Science and Medicine*, 2001, (52), S. 385-391.
- Ehrlich, P., *The Population Bomb*, New York, 1968.
- Eichhorst, W. (IZA), Boeri, T. (frdb), Braga, M. (fdb), De Coen, A. (IDEA Consult), Galasso, V. (frdb), Gerard, M. (IDEA Consult), Kendzia, M. (IZA), Mayrhuber, Ch. (WIFO), Pedersen, J. (NIRAS), Schmidl, R. (IZA), Steiber, N. (WIFO),

- „Combining the Entry of Young People in the Labour Market with the Retention of Older Workers“, IZA Research Report, European Parliament, Policy Department A: Employment Policy, 2013, (53).
- Eppel, R., Horvath, Th., Mahringer, H., Die Struktur und Dynamik von Arbeitslosigkeit, atypischer Beschäftigung und Niedriglohnbeschäftigung in der Längsschnittanalyse 2000/2010, WIFO-Monographie, Wien, 2013.
- European Commission, Population ageing in Europe: facts, implications and policies, Outcomes of EU-funded research, Brüssel, 2014, http://ec.europa.eu/research/social-sciences/pdf/policy_reviews/kina26426enc.pdf.
- European Commission, The 2012 Ageing Report: Economic and budgetary projections for the EU28 Member States (2010-2060), 2012.
- European Commission, The 2015 Ageing Report, Underlying Assumptions and Projection Methodologies, 2014, (8).
- European Commission, The 2015 Ageing Report: Economic and budgetary projections for the EU28 Member States (2013-2060), 2015.
- European Union, European Union Labour Force Survey - Annual results 2012, 2013, (14).
- EUROSTAT, „Arbeitslosenquote des Euroraums bei 11,3%“, Pressemitteilung, 2015, (57).
- Famira, U., Huemer, U., Mayrhuber, Ch., Der Einfluss der sozialen Sicherungssysteme auf die Beschäftigungsquote Älterer in traditionellen Wohlfahrtsstaaten, im Erscheinen.
- Farber, H. S., „Mobility and Stability: The Dynamics of Job Change in Labor Markets“, in Ashenfelter, O., Card, D. (Hrsg.), Handbooks in Economics, 1999, (5), S. 2439-2483.
- Feyrer, J., „Demographics and Productivity“, Review of Economics and Statistics, 2007, 89(1), S. 100-109.
- Firgo, M., Famira-Mühlberger, U., (2014A), Ausbau der stationären Pflege in den Bundesländern. Quantitative und qualitative Effekte des Einsatzes öffentlicher Mittel im Vergleich zur mobilen Pflege, WIFO-Studie, 2014.
- Firgo, M., Famira-Mühlberger, U., (2014B) „Status quo und Zukunftspotentiale der Pflegedienstleistungen in Österreich“, WIFO-Monatsberichte, 2014, 87(9), S. 631-642.
- Freeman R., B., „Labor Economics“, in Palgrave Encyclopedia of Economics, 2005.
- Frimmel, W., Horvath, Th., The role of firms in early retirement decisions, Working Paper 2014, Department of Economics, Johannes Kepler University of Linz, 2014.
- Frosch, K., Kühntopfer, S., Tivig, T., „Beschäftigung im Wandel, eine Regionale Perspektive“, Wirtschaftspolitische Blätter, 2007, (4), S. 669-692.
- Gonzalez-Eiras, M., Niepelt, D., „Population ageing, government budgets, and productivity growth in politico-economic equilibrium“, CEPR Discussion Paper Series, 2007, (6581).
- Grund, Ch., Westergård-Nielsen, N., (2005), „Age Structure of the Workforce and Firm Performance by Christian Grund, Niels C. Westergård-Nielsen“, International Journal of Manpower, Revised Version, 2008, 29(5), S. 410-422.
- Grundig, B., Pohl, C., Thum, M., Demographic Change and Regional Labour Markets The Case of East Germany, Centre for Economic Studies (CESifo), München, 2007.
- Hackmann, T., Moog, S., „Pflege im Spannungsfeld von Angebot und Nachfrage“, Zeitschrift für Sozialreform, 2010, 56(1), S. 113-137.
- Haydn, R., „Personenbezogene Statistik 2014“, Soziale Sicherheit, 2015, (2), S. 48-58.

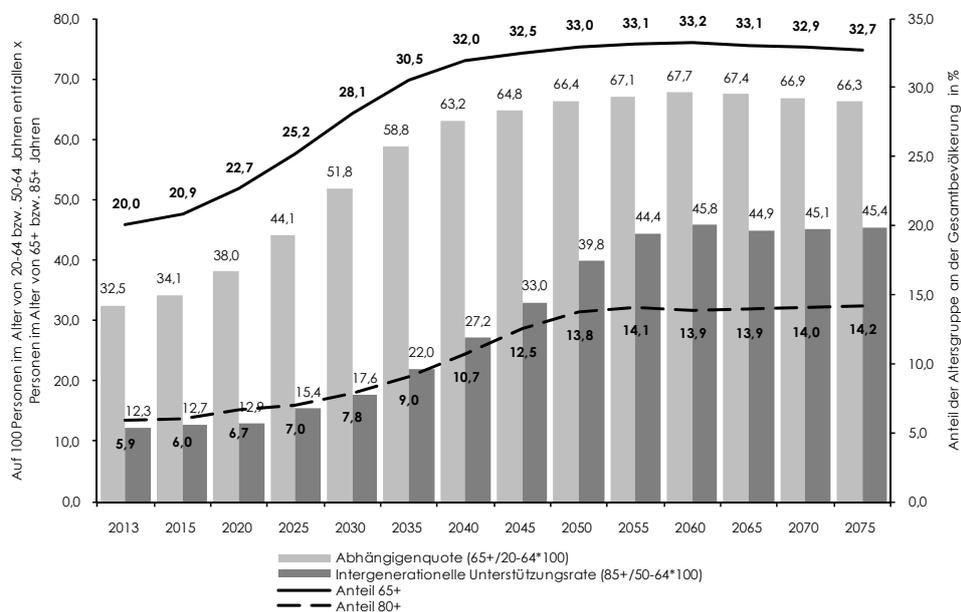
- Hellerstein, J., K., Neumark, D., „Are Earnings Profiles Steeper Than Productivity Profiles? Evidence from Israeli Firm-Level Data“, *Journal of Human Resources*, 30(1), 1995, S. 89-112.
- Henseke, G., Tivig, T., „Demographic Change and Intra-specific Innovation Pattern in Germany“, *Thünen Series of Applied Economic Theory Working Paper*, Universität Rostock, 2007, (72).
- Horvath, Th., Huemer, U., Kratena, K., Mahringer, H., *Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer, Berufliche und sektorale Veränderungen 2010 bis 2016*, WIFO, Wien, 2012, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/43873>.
- Horvath, Th., Mahringer, H., *Einfluss von Bildungsexpansion und Pensionsreformen auf die Erwerbsbeteiligung*, WIFO, Wien, 2014, 87(1), S. 55-66.
- Horvath, Th., Mahringer, H., (2014A), *Kompetenz oder Ausbildung – was bestimmt Erwerbschancen und Einkommen*, in: *Schlüsselkompetenzen von Erwachsenen – Vertiefende Analysen der PIAAC-Erhebung 2011/12*, Monographie, 2014, S.298-310.
- Huber, P., *Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen. Teilbericht 2: Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot und den Arbeitsmarkt*, WIFO, Wien, 2010.
- Illmakunnas, P., Maliranta M., *Technology, „Labour Characteristics and Wage-Productivity Gaps“*, *Oxford Bulletin of Economics and Statistics*, 2005, 65(5), S. 623-645.
- Jasper, G., Rohwedder, A., Schletz, A., „Innovieren mit alternden Belegschaften“, in Moser, J., (Hrsg.), *Vom alten Eisen und anderem Ballast*, München, 2001.
- Jimeno, J., „Demographic change, immigration and the labour market: A European perspective“, *FEDEA, Documento de Trabajo*, 2004, (18).
- Jones, B., „Age and Great Invention“ , *Review of Economics and Statistics*, 2010, 92(1), S. 1-14.
- Kaniowski, S., Url, Th. (WIFO) Hofer, H., Müllbacher, S. (HIS), *A Long-run Macroeconomic Model of the Austrian Economy (A-LMM). New Results (2014)*, WIFO-Monographie, Wien, 2014.
- Karazman, R., „Vision Productive Ageing: Produktive und gesundheitsfördernde Unternehmensorganisation für alle Generationen“, in *Universität Hannover, (Hrsg.), Kongressband Altern & Gesundheit*, 2003.
- Karazman, R., Kloimüller, I., Arato, P., „Productive Ageing. Balancing Generations and Managing Human Sustainability at Work“, in Buck H., Dworschak B., (Hrsg.), *Ageing and work in Europe. Strategies at Company Level and Public Policies in selected European Countries*, Stuttgart, 2003, S. 89-98.
- Kletzan-Slamanig, D., F. Sinabell, D. Pennerstorfer, G. Böhs, M. Schönhart, E. Schmid, *Ökonomische Analyse 2013 auf der Grundlage der Wasserrahmenrichtlinie. Datenanalyse und Ergebnisse – Teil 2*, WIFO-Monographie, 2014, (12).
- Kommission zur langfristigen Pensionssicherung, *Bericht über die langfristige Entwicklung der gesetzlichen Pensionsversicherung für den Zeitraum 2013 bis 2060*, Wien, 2014.
- Kunnert, A., Fritz, O, Pennerstorfer, D., (WIFO), Streicher, G., (Joanneum Research), Aigner, B., Döring, Th., (Fachhochschule Kärnten), *Teilbericht 3: Alterung und regionale Wettbewerbsfähigkeit*, in: *Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen*
- Lutz, H., Mayrhuber, Ch., *Folgen der Einführung neuer Arbeitsformen für die Finanzierung der Sozialversicherung*, WIFO-Monographie, 2010.
- Malthus, T., R., *Essay on the Principle of Population*, 1798.

- Mason, A. (1988): „Saving, Economic Growth, and Demographic Change“, *Population and Development Review*, 1988, 14(1), S. 113-144.
- Mayerhofer, M., *Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen*, WIFO, Wien, 2010.
- Mayerhofer, P., (WIFO), Aigner, B., Döring, Th., (Fachhochschule Kärnten), *Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen. Teilbericht 1: Räumliche Charakteristika des demographischen Wandels – Bevölkerung und Erwerbspotential*, WIFO-Monographie, 2010.
- Medeiros, J., Schwierz, C., „Estimating the drivers and projecting long-term public health expenditure in the European Union: Baumol's 'cost disease' revisited“, *European Economy, Economic Papers*, 2013, (507).
- Mesch, M., „Der Berufsstrukturwandel der Beschäftigung in Österreich 1991-2012“, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 2014, 40(3), S. 445-494.
- Mühlberger, U., Knittler, K., Guger, A., *Mittel- und langfristige Finanzierung der Pflegevorsorge*, WIFO, Wien, 2008.
- Ochsen, C., „Regional Labour Markets and Ageing in Germany“, *Manuscript*, University of Rostock, 2009.
- OECD, „Projecting OECD Health and Long-Term Care Expenditures: What are the Main Drivers?“, *Economic Department Working Paper*, 2006,(477).
- Prskawetz, A., Mahlberg, B., Skirbekk, V., „Firm Productivity, Workforce Age and Educational Structure in Austrian Industries in 2001“, in Clark, R., Ogave, N., Mason, A. (Hrsg.), *Population Aging, Intergenerational Transfer and the Macroeconomy* , Edward Elgar, Northampton, MA, 2007, S. 38-66.
- Prskawetz, A., Mahlberg, B., Skirbekk, V., Freund, I., Winkler-Dworak, M., Lindh, T., Malmberg, B., Jans, A., Nordström, O., Andersson, F., „The Impact of Population Ageing on Innovation and Productivity Growth in Europe” , Institut für Demographie, Forschungsbericht 28, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, 2006.
- Rothgang, H., Iwansky, S., Müller, R., Sauer, S., Unger R., *BARMER GEK Pflegereport 2011, Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse*, 2011, (11), <http://www.barmer-gek.de/barmer/web/Portale/Presseportal/Subportal/Presseinformationen/Archiv/2011/111129-Pflegereport-2011/PDF-Pflegereport-2011,property=Data.pdf>.
- Rothgang, H., Müller, R. Unger, R., *BARMER GEK Pflegereport 2013, Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse*, 2013, (23), http://presse.barmer-gek.de/barmer/web/Portale/Presseportal/Subportal/Laender/Einstieg-Hamburg/Standort-info/Weiterf_C3_BChrende_20Informationen/1__2014/140311-Pflegereport_202013.pdf.
- Rothgang, H., Müller, R. Unger, R., Weiß, C., Wolter, A., *BARMER GEK Pflegereport 2012, Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse*, 2012, (17).
- Schipfer, R., „Der demographische Wandel: Überalterung oder Schrumpfung? Entwicklung und Perspektiven für Österreichs Gemeinden“, *Wirtschaftspolitische Blätter*, 2007, (4), S. 657-668.
- Schneider, U., Flecker, J., Bittschi, B., Jira, M., Papouschek, U., Saupe, B., Sengschmid, T., *Beschäftigungsreport für die österreichische Sozialwirtschaft*, Wien, 2011.
- Statistik Austria, *Bevölkerungsprognose*, Wien, 2014.
- Statistik Austria, *Demographische Indikatoren – Querschnittsindikatoren 2012*, 2012.
- Statistik Austria, *Statistik der Einkommensteuer 2011*, Wien, 2014.
- Statistik Austria, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung*, Wien, 2015.

- Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2060, Berlin, 2009, http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2009/Bevoelkerung/pressebrochuere__bevoelkerungsentwicklung2009,property=file.pdf.
- Unger, R., „Trends in active life expectancy in Germany between 1984 und 2003 – A cohort analysis with different indicators of health“, *Journal of Public Health*, 2006, (14), S. 155–163.
- United Nations (UN), „The determinants and consequences of population trends“, *Populations studies*, New York, 1973, 50(2).
- Url, T., Wüger, M., *Die Konsumausgaben österreichischer Haushalte im Pensionsalter*, WIFO, Wien, 2005.
- Violante, G., „Skill-Biased Technical Change“, in Blume, L., Durlauf, S., (Hrsg.), *The New Palgrave Dictionary of Economics*, Palgrave MacMillan, New York, 2009.
- WIFO, *Prognose für 2015 bis 2016: Unsicherheit bremst Konjunktur*, Wien, 2015.
- WKO, *Erläuterungen zur EPU-Auswertung*, WKÖ, 2015, <https://www.wko.at/Content.Node/Interessenvertretung/EPU/zahlen/Erlaeuterungen-EPU-Auswertung-2014.pdf>.
- WKO, *Zahlen, Daten, Fakten: Ein-Personen-Unternehmen (EPU) in Österreich*, 2014, http://wko.at/statistik/EPU/EFGmbH_Bld.pdf.
- Wüger, M., „Neuere Tendenzen im Konsumverhalten. Eine Auswertung der Ergebnisse der Konsumerhebung 1984“, *WIFO Monatsbericht*, 1989, (2), S. 106-114.

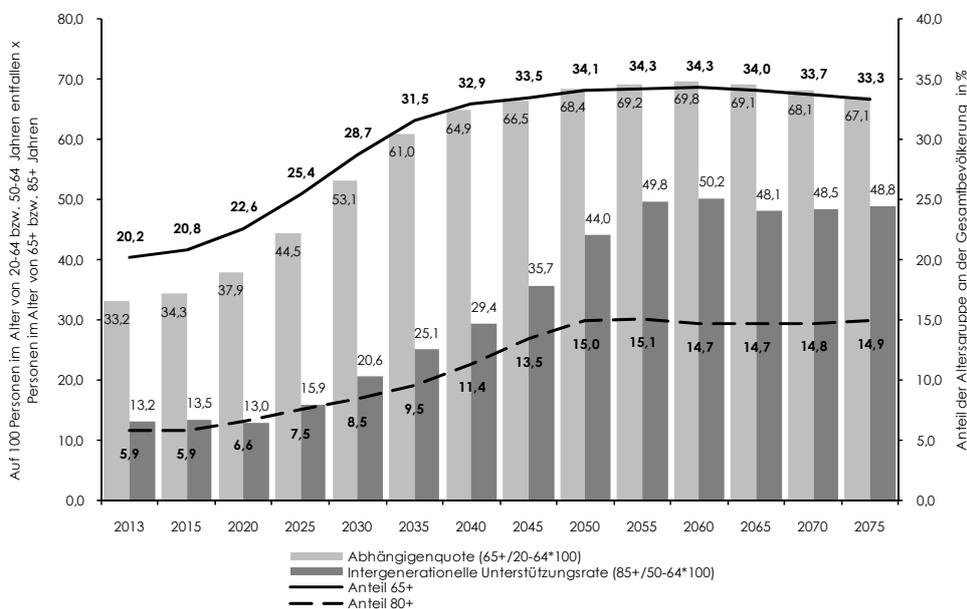
Anhang

Abbildung A 1: Demographische Entwicklung Burgenland 2013-2075



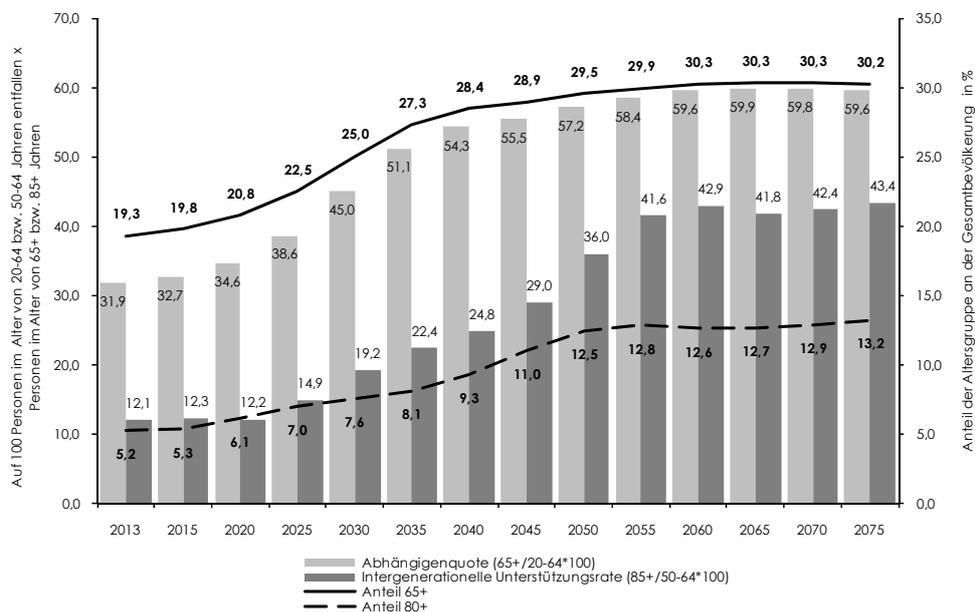
Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2014 (Bevölkerung zur Jahresmitte, Hauptvariante); WIFO-Berechnungen.

Abbildung A 2: Demographische Entwicklung Kärnten 2013-2075



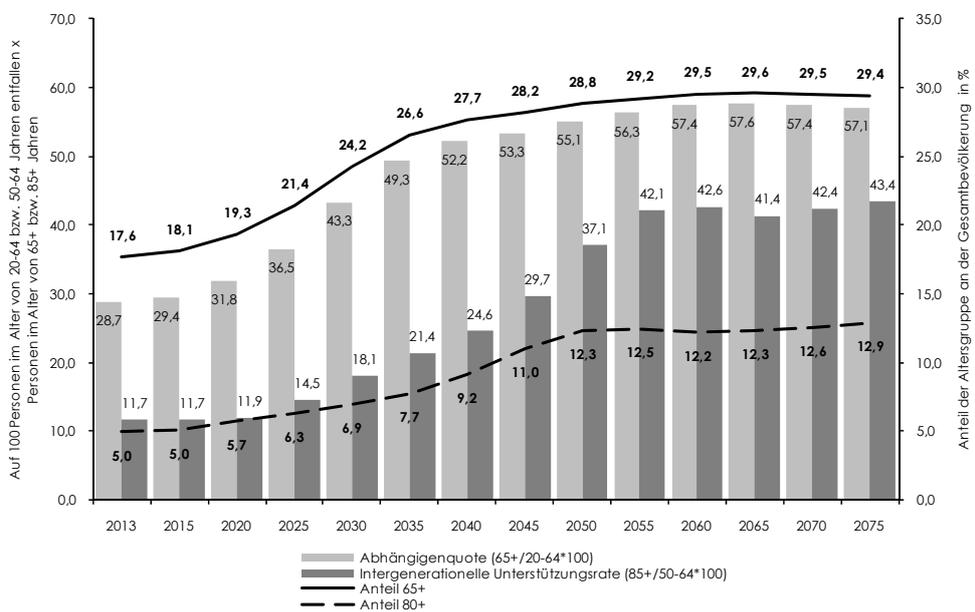
Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2014 (Bevölkerung zur Jahresmitte, Hauptvariante); WIFO-Berechnungen.

Abbildung A 3: Demographische Entwicklung Niederösterreich 2013-2075



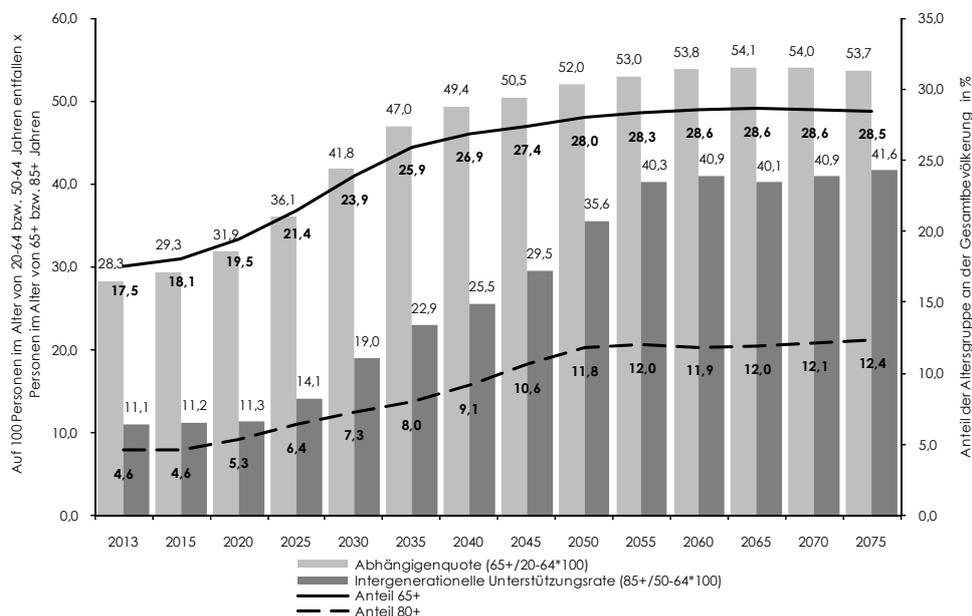
Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2014 (Bevölkerung zur Jahresmitte, Hauptvariante); WIFO-Berechnungen.

Abbildung A 4: Demographische Entwicklung Oberösterreich 2013-2075



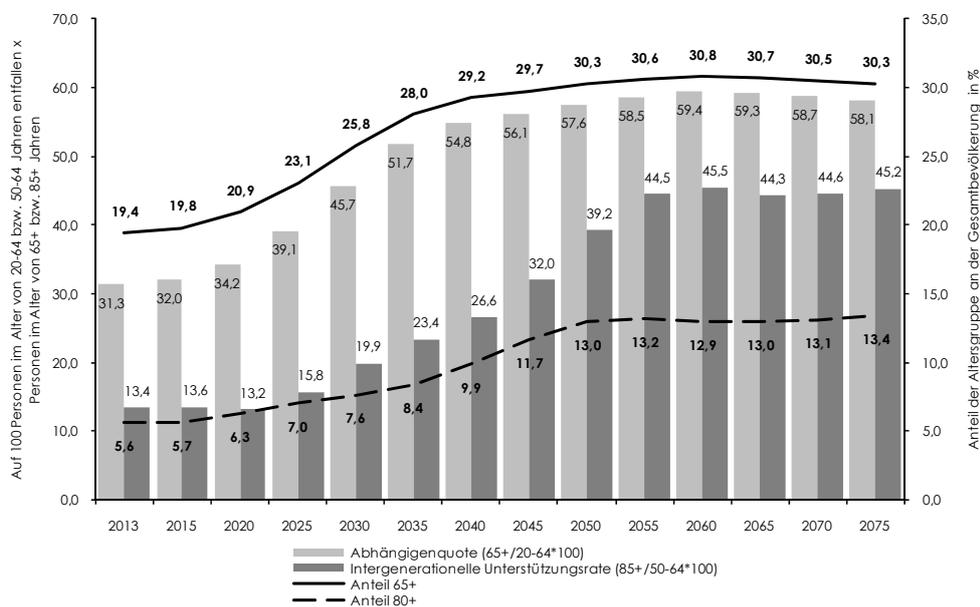
Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2014 (Bevölkerung zur Jahresmitte, Hauptvariante); WIFO-Berechnungen.

Abbildung A 5: Demographische Entwicklung Salzburg 2013-2075



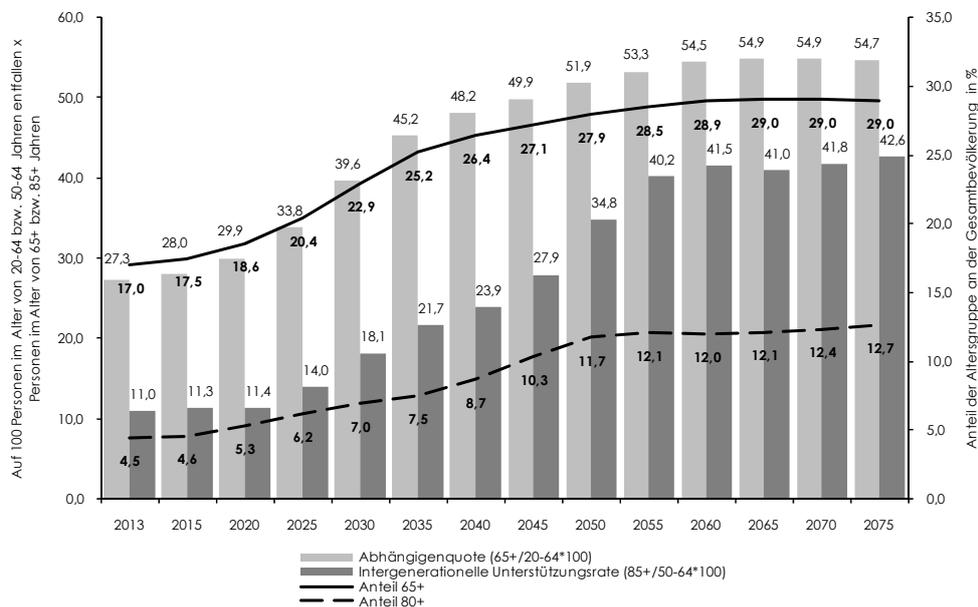
Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2014 (Bevölkerung zur Jahresmitte, Hauptvariante); WIFO-Berechnungen.

Abbildung A 6: Demographische Entwicklung Steiermark 2013-2075



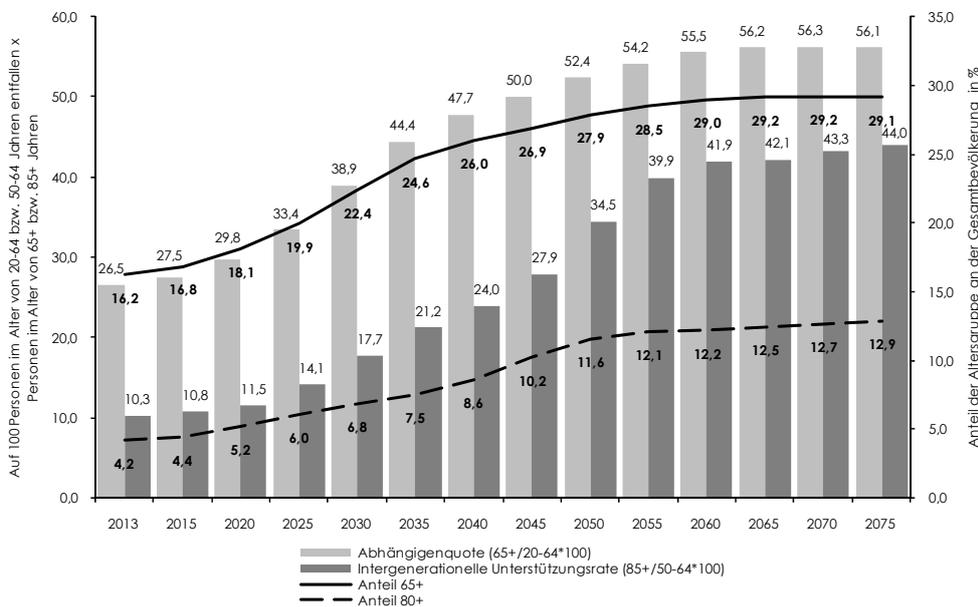
Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2014 (Bevölkerung zur Jahresmitte, Hauptvariante); WIFO-Berechnungen.

Abbildung A 7: Demographische Entwicklung Tirol 2013-2075



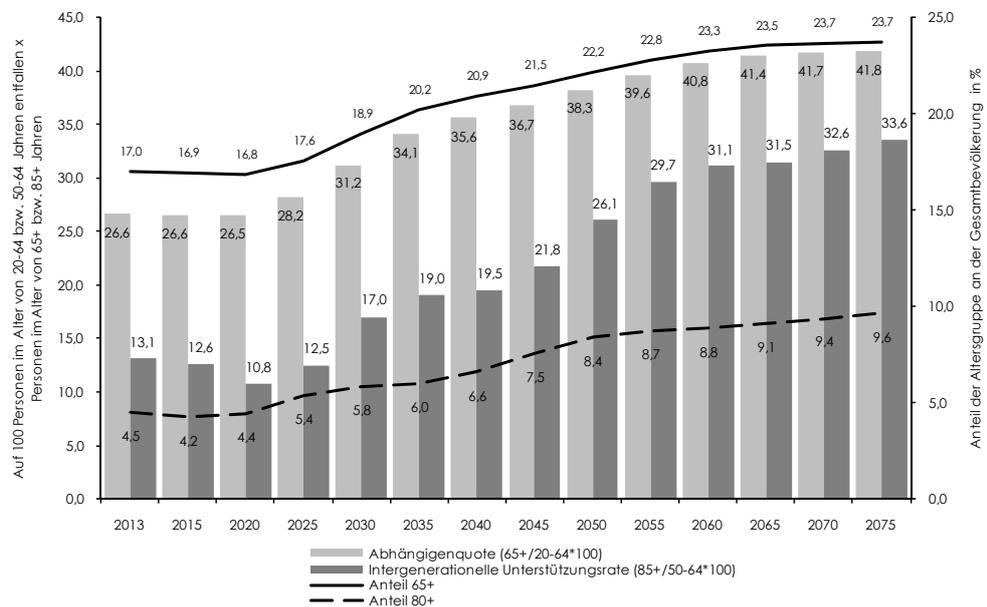
Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2014 (Bevölkerung zur Jahresmitte, Hauptvariante); WIFO-Berechnungen.

Abbildung A 8: Demographische Entwicklung Vorarlberg 2013-2075



Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2014 (Bevölkerung zur Jahresmitte, Hauptvariante); WIFO-Berechnungen.

Abbildung A 9: Demographische Entwicklung Wien 2013-2075



Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2014 (Bevölkerung zur Jahresmitte, Hauptvariante); WIFO-Berechnungen.

Übersicht A 1: Projektion des öffentlichen Aufwands für Pflegedienstleistungen
Burgenland 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung

Fälle	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn-formen	Teil-stationäre Dienste	
2012	2.025	4.455	k.A.	k.A.	130	
2015	2.190	4.808	k.A.	k.A.	140	
2020	2.328	5.089	k.A.	k.A.	148	
2025	2.671	5.799	k.A.	k.A.	167	
2030	2.894	6.305	k.A.	k.A.	185	
2035	3.342	7.239	k.A.	k.A.	208	
2040	3.814	8.220	k.A.	k.A.	232	
2045	4.301	9.190	k.A.	k.A.	251	
2050	4.686	9.921	k.A.	k.A.	262	
2055	4.875	10.264	k.A.	k.A.	266	
2060	4.906	10.327	k.A.	k.A.	267	
2065	4.865	10.260	k.A.	k.A.	267	
2070	4.916	10.364	k.A.	k.A.	269	
2075	4.958	10.440	k.A.	k.A.	270	
Finanzaufwand in 1.000 €	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn-formen	Teil-stationäre Dienste	Gesamt
2012	24.453	5.231	k.A.	k.A.	294	29.978
2015	26.447	5.645	k.A.	k.A.	317	32.409
2020	28.107	5.975	k.A.	k.A.	335	34.417
2025	32.252	6.809	k.A.	k.A.	378	39.439
2030	34.943	7.403	k.A.	k.A.	418	42.764
2035	40.351	8.500	k.A.	k.A.	471	49.322
2040	46.055	9.651	k.A.	k.A.	524	56.231
2045	51.931	10.790	k.A.	k.A.	568	63.290
2050	56.583	11.649	k.A.	k.A.	594	68.825
2055	58.872	12.052	k.A.	k.A.	602	71.526
2060	59.246	12.126	k.A.	k.A.	605	71.977
2065	58.750	12.047	k.A.	k.A.	604	71.401
2070	59.369	12.169	k.A.	k.A.	609	72.147
2075	59.872	12.258	k.A.	k.A.	611	72.741
Steigerungsraten in %	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn-formen	Teil-stationäre Dienste	Gesamt
2012/2015	8,2	7,9	k.A.	k.A.	7,8	8,1
2012/2020	14,9	14,2	k.A.	k.A.	14,1	14,8
2012/2025	31,9	30,2	k.A.	k.A.	28,4	31,6
2012/2030	42,9	41,5	k.A.	k.A.	42,1	42,7
2012/2035	65,0	62,5	k.A.	k.A.	60,1	64,5
2012/2040	88,3	84,5	k.A.	k.A.	78,2	87,6
2012/2045	112,4	106,3	k.A.	k.A.	93,3	111,1
2012/2050	131,4	122,7	k.A.	k.A.	101,9	129,6
2012/2055	140,8	130,4	k.A.	k.A.	104,6	138,6
2012/2060	142,3	131,8	k.A.	k.A.	105,6	140,1
2012/2065	140,3	130,3	k.A.	k.A.	105,5	138,2
2012/2070	142,8	132,6	k.A.	k.A.	107,1	140,7
2012/2075	144,8	134,3	k.A.	k.A.	107,8	142,6

Q: Statistik Austria, BMASK, Pflegevorsorgebericht; WIFO-Berechnungen.

Übersicht A 2: Projektion des öffentlichen Aufwands für Pflegedienstleistungen
Kärnten 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung

Fälle	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	
2012	6.033	11.128	412	99	185	
2015	6.578	12.093	447	105	202	
2020	6.971	12.896	473	112	219	
2025	8.005	14.589	539	121	245	
2030	8.834	16.042	592	130	270	
2035	9.918	17.914	661	139	302	
2040	11.088	19.919	734	149	336	
2045	12.543	22.103	824	155	364	
2050	13.647	23.481	891	154	372	
2055	14.048	23.829	914	151	368	
2060	13.696	23.319	892	149	362	
2065	13.233	22.670	863	147	356	
2070	13.259	22.669	864	146	355	
2075	13.230	22.547	862	144	351	

Finanzaufwand In 1.000 €	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	Gesamt
2012	77.263	22.261	666	k.A.	463	100.653
2015	84.243	24.147	722	k.A.	506	109.619
2020	89.273	25.570	765	k.A.	548	116.157
2025	102.514	29.118	871	k.A.	613	133.116
2030	113.135	31.992	957	k.A.	676	146.760
2035	127.016	35.700	1.068	k.A.	756	164.541
2040	142.005	39.684	1.187	k.A.	842	183.718
2045	160.630	44.539	1.332	k.A.	911	207.413
2050	174.772	48.128	1.440	k.A.	931	225.270
2055	179.906	49.370	1.477	k.A.	920	231.672
2060	175.404	48.178	1.441	k.A.	907	225.931
2065	169.475	46.625	1.395	k.A.	891	218.386
2070	169.805	46.683	1.397	k.A.	888	218.772
2075	169.435	46.549	1.393	k.A.	878	218.254

Steigerungsraten In %	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	Gesamt
2012/2015	9,0	8,7	8,5	5,7	9,3	8,9
2012/2020	15,5	15,9	14,9	13,1	18,5	15,4
2012/2025	32,7	31,1	30,8	22,1	32,3	32,3
2012/2030	46,4	44,2	43,7	31,0	45,9	45,8
2012/2035	64,4	61,0	60,4	40,6	63,3	63,5
2012/2040	83,8	79,0	78,3	50,1	81,9	82,5
2012/2045	107,9	98,6	100,1	56,4	96,8	106,1
2012/2050	126,2	111,0	116,2	55,8	101,0	123,8
2012/2055	132,8	114,1	121,8	52,6	98,7	130,2
2012/2060	127,0	109,5	116,4	50,7	95,8	124,5
2012/2065	119,3	103,7	109,4	48,9	92,5	117,0
2012/2070	119,8	103,7	109,7	47,8	91,8	117,4
2012/2075	119,3	102,6	109,1	45,8	89,6	116,8

Q: Statistik Austria, BMASK, Pflegevorsorgebericht; WIFO-Berechnungen.

Übersicht A 3: Projektion des öffentlichen Aufwands für Pflegedienstleistungen
Niederösterreich 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung

Fälle	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	
2012	12.789	26.342	2.377	k.A.	560	
2015	14.014	29.107	2.653	k.A.	622	
2020	15.334	31.981	2.922	k.A.	689	
2025	17.919	36.908	3.439	k.A.	746	
2030	19.838	40.723	3.823	k.A.	806	
2035	21.968	45.309	4.293	k.A.	894	
2040	24.357	50.756	4.851	k.A.	1.015	
2045	27.775	57.601	5.603	k.A.	1.102	
2050	31.294	63.774	6.336	k.A.	1.113	
2055	33.417	67.225	6.759	k.A.	1.097	
2060	33.751	67.975	6.832	k.A.	1.114	
2065	33.510	67.849	6.792	k.A.	1.142	
2070	34.269	69.401	6.961	k.A.	1.164	
2075	35.088	70.864	7.131	k.A.	1.169	

Finanzaufwand In 1.000 €	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	Gesamt
2012	159.467	43.967	3.220	k.A.	881	207.535
2015	174.745	48.582	3.594	k.A.	979	227.900
2020	191.200	53.379	3.958	k.A.	1.083	249.621
2025	223.435	61.602	4.659	k.A.	1.174	290.870
2030	247.361	67.970	5.179	k.A.	1.269	321.779
2035	273.922	75.624	5.816	k.A.	1.407	356.769
2040	303.703	84.715	6.571	k.A.	1.597	396.586
2045	346.326	96.140	7.591	k.A.	1.733	451.791
2050	390.213	106.443	8.582	k.A.	1.751	506.990
2055	416.679	112.205	9.157	k.A.	1.726	539.766
2060	420.840	113.456	9.255	k.A.	1.753	545.304
2065	417.835	113.246	9.201	k.A.	1.796	542.078
2070	427.306	115.836	9.429	k.A.	1.831	554.402
2075	437.510	118.278	9.661	k.A.	1.839	567.288

Steigerungsraten In %	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	Gesamt
2012/2015	9,6	10,5	11,6	k.A.	11,1	9,8
2012/2020	19,9	21,4	22,9	k.A.	23,0	20,3
2012/2025	40,1	40,1	44,7	k.A.	33,3	40,2
2012/2030	55,1	54,6	60,8	k.A.	44,0	55,0
2012/2035	71,8	72,0	80,6	k.A.	59,7	71,9
2012/2040	90,4	92,7	104,1	k.A.	81,2	91,1
2012/2045	117,2	118,7	135,7	k.A.	96,7	117,7
2012/2050	144,7	142,1	166,5	k.A.	98,7	144,3
2012/2055	161,3	155,2	184,4	k.A.	95,9	160,1
2012/2060	163,9	158,0	187,4	k.A.	99,0	162,8
2012/2065	162,0	157,6	185,7	k.A.	103,9	161,2
2012/2070	168,0	163,5	192,8	k.A.	107,8	167,1
2012/2075	174,4	169,0	200,0	k.A.	108,8	173,3

Q: Statistik Austria, BMASK, Pflegevorsorgebericht; WIFO-Berechnungen.

Übersicht A 4: Projektion des öffentlichen Aufwands für Pflegedienstleistungen
Oberösterreich 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung

Fälle	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	
2012	13.112	19.542	73	46	903	
2015	14.305	21.219	79	51	983	
2020	15.696	23.177	85	55	1.077	
2025	18.415	26.528	96	65	1.232	
2030	20.283	29.164	104	71	1.359	
2035	23.114	32.882	116	82	1.534	
2040	26.538	37.301	131	95	1.743	
2045	31.011	42.266	146	111	1.965	
2050	35.112	46.133	158	124	2.127	
2055	37.032	47.765	162	130	2.191	
2060	36.736	47.631	162	129	2.189	
2065	36.159	47.277	161	127	2.177	
2070	37.074	48.279	164	131	2.222	
2075	37.844	48.983	166	133	2.251	

Finanzaufwand In 1.000 €	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	Gesamt
2012	163.661	35.750	21	147	1.510	201.089
2015	178.553	38.818	23	162	1.644	219.200
2020	195.908	42.400	24	177	1.801	240.310
2025	229.858	48.530	28	206	2.060	280.681
2030	253.166	53.353	30	228	2.272	309.048
2035	288.503	60.154	33	262	2.566	351.519
2040	331.236	68.238	38	304	2.914	402.730
2045	387.066	77.321	42	354	3.286	468.069
2050	438.255	84.395	45	396	3.556	526.647
2055	462.231	87.380	47	414	3.664	553.737
2060	458.531	87.136	47	412	3.660	549.785
2065	451.335	86.487	46	407	3.641	541.916
2070	462.754	88.321	47	418	3.716	555.255
2075	472.365	89.609	48	425	3.764	566.212

Steigerungsraten In %	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	Gesamt
2012/2015	9,1	8,6	7,6	9,9	8,9	9,0
2012/2020	19,7	18,6	16,5	20,3	19,3	19,5
2012/2025	40,4	35,7	31,1	40,2	36,4	39,6
2012/2030	54,7	49,2	43,0	55,0	50,5	53,7
2012/2035	76,3	68,3	59,5	78,3	69,9	74,8
2012/2040	102,4	90,9	79,0	106,8	93,0	100,3
2012/2045	136,5	116,3	100,1	140,8	117,6	132,8
2012/2050	167,8	136,1	115,8	169,3	135,5	161,9
2012/2055	182,4	144,4	122,2	181,7	142,7	175,4
2012/2060	180,2	143,7	121,8	180,2	142,4	173,4
2012/2065	175,8	141,9	120,7	177,0	141,1	169,5
2012/2070	182,8	147,1	125,0	184,0	146,1	176,1
2012/2075	188,6	150,7	127,8	189,4	149,3	181,6

Q: Statistik Austria, BMASK, Pflegevorsorgebericht; WIFO-Berechnungen.

Übersicht A 5: Projektion des öffentlichen Aufwands für Pflegedienstleistungen
Salzburg 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung

Fälle	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	
2012	4.168	6.235	415	k.A.	588	
2015	4.586	6.791	450	k.A.	646	
2020	5.104	7.554	493	k.A.	727	
2025	6.108	8.655	612	k.A.	837	
2030	6.980	9.589	718	k.A.	930	
2035	7.892	10.551	819	k.A.	1.026	
2040	8.761	11.536	901	k.A.	1.127	
2045	9.910	12.616	1.041	k.A.	1.232	
2050	11.018	13.422	1.210	k.A.	1.302	
2055	11.659	13.835	1.316	k.A.	1.336	
2060	11.635	13.870	1.305	k.A.	1.341	
2065	11.507	13.830	1.279	k.A.	1.340	
2070	11.729	14.030	1.306	k.A.	1.358	
2075	11.915	14.167	1.333	k.A.	1.370	

Finanzaufwand In 1.000 €	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	Gesamt
2012	44.979	15.693	232	k.A.	695	61.599
2015	49.490	17.093	252	k.A.	763	67.598
2020	55.081	19.012	276	k.A.	859	75.228
2025	65.916	21.784	342	k.A.	989	89.032
2030	75.324	24.136	402	k.A.	1.099	100.961
2035	85.160	26.556	458	k.A.	1.213	113.386
2040	94.543	29.034	504	k.A.	1.332	125.413
2045	106.937	31.754	582	k.A.	1.456	140.729
2050	118.901	33.782	676	k.A.	1.539	154.899
2055	125.811	34.822	735	k.A.	1.579	162.947
2060	125.556	34.909	730	k.A.	1.585	162.780
2065	124.175	34.810	715	k.A.	1.583	161.283
2070	126.571	35.313	730	k.A.	1.606	164.220
2075	128.573	35.657	745	k.A.	1.620	166.595

Steigerungsraten In %	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	Gesamt
2012/2015	10,0	8,9	8,5	k.A.	9,8	9,7
2012/2020	22,5	21,1	18,8	k.A.	23,6	22,1
2012/2025	46,5	38,8	47,6	k.A.	42,3	44,5
2012/2030	67,5	53,8	73,1	k.A.	58,2	63,9
2012/2035	89,3	69,2	97,3	k.A.	74,5	84,1
2012/2040	110,2	85,0	117,1	k.A.	91,7	103,6
2012/2045	137,7	102,3	150,9	k.A.	109,5	128,5
2012/2050	164,3	115,3	191,5	k.A.	121,4	151,5
2012/2055	179,7	121,9	217,0	k.A.	127,2	164,5
2012/2060	179,1	122,4	214,6	k.A.	128,0	164,3
2012/2065	176,1	121,8	208,1	k.A.	127,8	161,8
2012/2070	181,4	125,0	214,6	k.A.	131,0	166,6
2012/2075	185,9	127,2	221,2	k.A.	133,0	170,5

Q: Statistik Austria, BMASK, Pflegevorsorgebericht; WIFO-Berechnungen.

Übersicht A 6: Projektion des öffentlichen Aufwands für Pflegedienstleistungen
Steiermark 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung

Fälle	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	
2012	12.235	21.499	k.A.	993	664	
2015	13.239	23.236	k.A.	1.064	721	
2020	14.100	24.859	k.A.	1.156	776	
2025	16.041	27.868	k.A.	1.273	870	
2030	17.538	30.368	k.A.	1.382	951	
2035	19.446	33.574	k.A.	1.501	1.057	
2040	21.616	37.194	k.A.	1.625	1.177	
2045	24.508	41.377	k.A.	1.726	1.307	
2050	26.970	44.454	k.A.	1.764	1.394	
2055	28.124	45.703	k.A.	1.763	1.426	
2060	27.956	45.510	k.A.	1.760	1.421	
2065	27.480	44.989	k.A.	1.758	1.408	
2070	27.739	45.359	k.A.	1.763	1.420	
2075	28.016	45.631	k.A.	1.757	1.426	
Finanzaufwand In 1.000 €	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	Gesamt
2012	191.814	31.898	k.A.	1.468	1.531	226.711
2015	207.556	34.475	k.A.	1.573	1.664	245.267
2020	221.052	36.884	k.A.	1.710	1.789	261.434
2025	251.486	41.348	k.A.	1.882	2.006	296.721
2030	274.954	45.058	k.A.	2.044	2.193	324.248
2035	304.862	49.814	k.A.	2.220	2.437	359.333
2040	338.884	55.184	k.A.	2.402	2.713	399.184
2045	384.222	61.391	k.A.	2.552	3.013	451.178
2050	422.815	65.957	k.A.	2.607	3.215	494.595
2055	440.918	67.810	k.A.	2.606	3.289	514.622
2060	438.280	67.523	k.A.	2.602	3.277	511.682
2065	430.813	66.749	k.A.	2.599	3.247	503.407
2070	434.874	67.299	k.A.	2.606	3.274	508.053
2075	439.217	67.703	k.A.	2.598	3.289	512.806
Steigerungsraten In %	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	Gesamt
2012/2015	8,2	8,1	k.A.	7,1	8,7	8,2
2012/2020	15,2	15,6	k.A.	16,5	16,8	15,3
2012/2025	31,1	29,6	k.A.	28,2	31,0	30,9
2012/2030	43,3	41,3	k.A.	39,2	43,2	43,0
2012/2035	58,9	56,2	k.A.	51,2	59,2	58,5
2012/2040	76,7	73,0	k.A.	63,6	77,2	76,1
2012/2045	100,3	92,5	k.A.	73,8	96,8	99,0
2012/2050	120,4	106,8	k.A.	77,6	110,0	118,2
2012/2055	129,9	112,6	k.A.	77,5	114,8	127,0
2012/2060	128,5	111,7	k.A.	77,3	114,1	125,7
2012/2065	124,6	109,3	k.A.	77,0	112,1	122,0
2012/2070	126,7	111,0	k.A.	77,5	113,8	124,1
2012/2075	129,0	112,2	k.A.	77,0	114,8	126,2

Q: Statistik Austria, BMASK, Pflegevorsorgebericht; WIFO-Berechnungen.

Übersicht A 7: Projektion des öffentlichen Aufwands für Pflegedienstleistungen
Tirol 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung

Fälle	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	
2012	5.823	8.921	336	k.A.	385	
2015	6.490	9.855	376	k.A.	424	
2020	7.330	11.080	428	k.A.	480	
2025	8.746	12.974	503	k.A.	562	
2030	9.885	14.509	564	k.A.	630	
2035	11.202	16.256	639	k.A.	701	
2040	12.536	18.087	723	k.A.	774	
2045	14.369	20.408	821	k.A.	864	
2050	16.283	22.644	906	k.A.	945	
2055	17.438	23.965	954	k.A.	993	
2060	17.594	24.199	965	k.A.	1.003	
2065	17.528	24.177	967	k.A.	1.004	
2070	17.909	24.653	987	k.A.	1.021	
2075	18.254	25.055	1.002	k.A.	1.035	

Finanzaufwand In 1.000 €	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	Gesamt
2012	69.763	22.692	231	k.A.	550	93.236
2015	77.754	25.067	259	k.A.	606	103.686
2020	87.816	28.183	294	k.A.	686	116.979
2025	104.778	33.002	346	k.A.	803	138.930
2030	118.432	36.906	388	k.A.	900	156.626
2035	134.205	41.350	439	k.A.	1.001	176.995
2040	150.193	46.008	497	k.A.	1.106	197.804
2045	172.144	51.911	564	k.A.	1.234	225.852
2050	195.086	57.600	623	k.A.	1.350	254.659
2055	208.914	60.959	656	k.A.	1.419	271.947
2060	210.792	61.553	663	k.A.	1.433	274.442
2065	209.999	61.498	665	k.A.	1.434	273.596
2070	214.561	62.709	678	k.A.	1.459	279.407
2075	218.697	63.731	689	k.A.	1.479	284.596

Steigerungsraten In %	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	Gesamt
2012/2015	11,5	10,5	12,0	k.A.	10,1	11,2
2012/2020	25,9	24,2	27,3	k.A.	24,7	25,5
2012/2025	50,2	45,4	49,8	k.A.	46,0	49,0
2012/2030	69,8	62,6	68,0	k.A.	63,6	68,0
2012/2035	92,4	82,2	90,2	k.A.	82,0	89,8
2012/2040	115,3	102,8	115,1	k.A.	101,1	112,2
2012/2045	146,8	128,8	144,2	k.A.	124,3	142,2
2012/2050	179,6	153,8	169,6	k.A.	145,5	173,1
2012/2055	199,5	168,6	183,9	k.A.	158,0	191,7
2012/2060	202,2	171,3	187,2	k.A.	160,6	194,4
2012/2065	201,0	171,0	187,7	k.A.	160,8	193,4
2012/2070	207,6	176,3	193,7	k.A.	165,3	199,7
2012/2075	213,5	180,9	198,3	k.A.	168,9	205,2

Q: Statistik Austria, BMASK, Pflegevorsorgebericht; WIFO-Berechnungen.

Übersicht A 8: Projektion des öffentlichen Aufwands für Pflegedienstleistungen
Vorarlberg 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung

Fälle	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	
2012	2.151	13.991	436	62	458	
2015	2.403	15.593	492	69	509	
2020	2.756	17.802	570	79	583	
2025	3.278	20.986	691	92	687	
2030	3.686	23.500	784	102	771	
2035	4.180	26.547	899	115	865	
2040	4.679	29.731	1.011	129	962	
2045	5.301	33.523	1.159	144	1.073	
2050	5.959	37.322	1.325	158	1.180	
2055	6.404	39.860	1.440	167	1.251	
2060	6.554	40.788	1.474	171	1.279	
2065	6.598	41.102	1.483	173	1.289	
2070	6.738	41.943	1.517	176	1.312	
2075	6.832	42.490	1.541	178	1.326	
Finanzaufwand In 1.000 €	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	Gesamt
2012	46.615	10.994	563	689	261	59.122
2015	52.069	12.253	635	766	290	66.013
2020	59.718	13.989	736	873	332	75.648
2025	71.033	16.490	892	1.020	391	89.826
2030	79.881	18.466	1.012	1.138	439	100.937
2035	90.576	20.860	1.160	1.279	493	114.368
2040	101.401	23.362	1.305	1.431	548	128.048
2045	114.884	26.342	1.497	1.602	612	144.936
2050	129.135	29.327	1.712	1.758	672	162.604
2055	138.785	31.322	1.859	1.860	713	174.538
2060	142.033	32.051	1.904	1.903	729	178.618
2065	142.984	32.298	1.914	1.920	734	179.850
2070	146.018	32.958	1.959	1.956	748	183.639
2075	148.068	33.388	1.990	1.978	756	186.180
Steigerungsraten In %	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	Gesamt
2012/2015	11,7	11,4	12,8	11,2	11,1	11,7
2012/2020	28,1	27,2	30,7	26,6	27,3	28,0
2012/2025	52,4	50,0	58,5	48,0	50,0	51,9
2012/2030	71,4	68,0	79,8	65,2	68,3	70,7
2012/2035	94,3	89,7	106,1	85,6	88,8	93,4
2012/2040	117,5	112,5	131,9	107,7	110,0	116,6
2012/2045	146,5	139,6	165,8	132,5	134,3	145,1
2012/2050	177,0	166,8	204,0	155,1	157,6	175,0
2012/2055	197,7	184,9	230,2	169,9	173,1	195,2
2012/2060	204,7	191,5	238,2	176,1	179,2	202,1
2012/2065	206,7	193,8	240,0	178,6	181,4	204,2
2012/2070	213,2	199,8	247,9	183,9	186,5	210,6
2012/2075	217,6	203,7	253,4	187,1	189,6	214,9

Q: Statistik Austria, BMASK, Pflegevorsorgebericht; WIFO-Berechnungen.

Übersicht A 9: Projektion des öffentlichen Aufwands für Pflegedienstleistungen
Wien 2012-2075 auf Basis der demographischen Entwicklung

Fälle	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	
2012	13.580	26.900	867	9.940	2.110	
2015	14.231	28.391	918	10.521	2.243	
2020	14.888	30.545	994	11.220	2.461	
2025	17.238	34.169	1.120	12.800	2.730	
2030	19.723	37.564	1.238	14.366	2.959	
2035	21.517	40.356	1.337	15.626	3.173	
2040	23.072	43.144	1.439	16.844	3.412	
2045	25.750	46.958	1.576	18.671	3.691	
2050	28.752	50.633	1.704	20.544	3.920	
2055	30.967	53.351	1.798	21.914	4.088	
2060	32.037	55.053	1.859	22.674	4.221	
2065	32.787	56.373	1.906	23.245	4.330	
2070	33.982	58.001	1.964	24.045	4.443	
2075	34.977	59.234	2.006	24.674	4.520	

Finanzaufwand In 1.000 €	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	Gesamt
2012	449.216	133.040	3.910	74.182	15.459	675.807
2015	470.757	140.412	4.141	78.517	16.436	710.263
2020	492.487	151.068	4.484	83.738	18.031	749.809
2025	570.232	168.990	5.053	95.527	20.004	859.805
2030	652.416	185.781	5.582	107.216	21.678	972.672
2035	711.750	199.589	6.029	116.619	23.250	1.057.237
2040	763.211	213.378	6.489	125.707	25.002	1.133.786
2045	851.793	232.239	7.105	139.342	27.044	1.257.523
2050	951.098	250.416	7.685	153.320	28.722	1.391.242
2055	1.024.358	263.861	8.111	163.543	29.954	1.489.827
2060	1.059.745	272.275	8.383	169.219	30.923	1.540.545
2065	1.084.562	278.805	8.596	173.478	31.726	1.577.167
2070	1.124.108	286.857	8.855	179.449	32.553	1.631.822
2075	1.157.003	292.956	9.048	184.139	33.117	1.676.262

Steigerungsraten In %	Stationäre Pflege	Mobile Pflege	Kurzzeit- pflege	Alternative Wohn- formen	Teil- stationäre Dienste	Gesamt
2012/2015	4,8	5,5	5,9	5,8	6,3	5,1
2012/2020	9,6	13,6	14,7	12,9	16,6	11,0
2012/2025	26,9	27,0	29,2	28,8	29,4	27,2
2012/2030	45,2	39,6	42,8	44,5	40,2	43,9
2012/2035	58,4	50,0	54,2	57,2	50,4	56,4
2012/2040	69,9	60,4	66,0	69,5	61,7	67,8
2012/2045	89,6	74,6	81,7	87,8	74,9	86,1
2012/2050	111,7	88,2	96,5	106,7	85,8	105,9
2012/2055	128,0	98,3	107,4	120,5	93,8	120,5
2012/2060	135,9	104,7	114,4	128,1	100,0	128,0
2012/2065	141,4	109,6	119,9	133,9	105,2	133,4
2012/2070	150,2	115,6	126,5	141,9	110,6	141,5
2012/2075	157,6	120,2	131,4	148,2	114,2	148,0

Q: Statistik Austria, BMASK, Pflegevorsorgebericht; WIFO-Berechnungen.